

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 RM, monatlich 1,00 RM, wöchentlich 30 Pf. Frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnementspreis: 1,00 RM pro Monat. Einzelne Nummer 5 Pf. in die Post.
 Abonnement in die Post: 1,10 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 1,20 RM, für das übrige Ausland 1,30 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (gewöhnlich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 1. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Steuerpolitik im Reichstag.

Dr. Karl Helfferich, der bis vor wenigen Tagen des Deutschen Reiches Finanzminister war und jetzt das Reichsamt des Innern leitet, hat seine öffentliche Laufbahn als Lehrer der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft an einer Universität begonnen. Mehrere Gebiete seiner Fachwissenschaft hat er durch gelehrte Bücher angebahnt, die von wissenschaftlichen Kritikern gerühmt werden. Seine letzte Schrift, worin er an der Hand der von den Auswärtigen Ministern der kriegführenden Staaten veröffentlichten Urkunden einen Auszug in das Gebiet der internationalen Politik unternimmt, und den am Ausbruch des Weltkrieges Schuldigen zu ermitteln sucht, hat allerdings auch von wohlwollenden Beurteilern eine günstige Beurteilung nicht durchweg erfahren. Immerhin wird man sagen müssen, daß das Deutsche Reich noch niemals einen Staatssekretär des Reichsschatzamt gehabt hat, der an wissenschaftlicher Durchbildung in seinem Fache und an eigener Erfahrung und Tätigkeit auf wirtschaftlichen Gebieten Herrn Dr. Helfferich gleichkommen wäre. Desto auffällender ist es freilich, daß noch keine Finanzreform im Deutschen Reich — so nennt der politische Sprachgebrauch die Wünschelrutengänge des nach Steuerquellen suchenden Schatzsekretärs — so wenig von steuerwissenschaftlichen und allgemein ökonomischen Grundrissen beherrscht war, wie der Steuerplan, den Dr. Helfferich in diesen Tagen vor dem Reichstag zu verteidigen hatte. Ein „Steueruntertun ohne leitenden Gedanken, einen Rattenkönig von Steuern“ nannte Genosse Dr. David mit scharfer Kritik diese „Finanzreform“. Wir glauben es dem Herrn Staatssekretär Dr. Helfferich, daß er, wie er glaubte hervorheben zu müssen, nur schweren Herzens das Steuerkompromiß, wie es die bürgerlichen Parteien unter Ausschaltung der Sozialdemokraten gestaltet haben, verteidigt hat; und wenn es, nachdem er das Reichsschatzamt recht schnell verlassen hat, auch seine letzte Fahrt durch das brandende Meer der durch den Krieg aufgewühlten Reichsfinanzen war, so mag sie ihm, dem gelehrten Nationalökonom und praktischen Finanzmann, nicht nur deshalb schwer geworden sein, weil es gerade die letzte Fahrt war. Wenn einmal — hoffentlich in naher Zeit — auch die innerpolitischen Vorgänge der Kriegszeit besprochen werden können, so wird auch klar werden, wo der Wellstein liegt, an dem der Steuerwagen des Herrn Dr. Helfferich steuerlos geworden ist; im Reichstag oder an anderer Stelle? Vielleicht wird eine Untersuchung darüber nicht nur geschichtliches Interesse haben, sondern starke Bedeutung für die praktische Politik.

Die Abgeordneten Gerold vom Zentrum und Graf Westarp von der konservativen Partei, die sich für ihre Fraktionen am Mittwoch im Reichstag zu dem Steuerkompromiß äußerten, hielten mit auffälliger Beflissenheit den „Grundriss“ fest, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten und den Gemeinden gehören, die indirekten dem Reich. Als auch Dr. Helfferich diesen Standpunkt einnahm, und feierlich erklärte, daß die Verbündeten Regierungen „niemals“ die Grenze zwischen der Steuerhoheit der Einzelstaaten und dem Geldbedarf des Reiches weiter in das Gebiet der direkten Reichsteuern verschieben lassen würden, antworteten ihm die Zwischenrufe aus den Reihen der äußersten Linken, daß der Zwang der durch den Weltkrieg geschaffenen Finanzlage stärker sein würde, als alle solche Beteuerungen. Der Abgeordnete Bind von der Fortschrittlichen Volkspartei führte des näheren aus, daß, wenn der Krieg in diesem Sommer zu Ende gehen sollte, mehr als 7 000 Millionen für die Verzinsung von Kriegsanleihen und Heilung oder Besserung von Kriegsschäden jährlich würden aufgebracht werden müssen, und daß gegenüber solchen Aufgaben jener „Grundriss“ verfallen müsse. In der Tat kann von einem „Grundriss“, der die Erhebung direkter Steuern nur den Bundesstaaten zuwieft, durchaus nicht gesprochen werden, höchstens von einem Brauch, „von dem der Bruch mehr ehrt als die Befolgung“. Dies hielten mit einer Fülle trefflicher Gründe auch die Genossen Bernstein, Dr. David und Stolten Herrn Dr. Helfferich und den bürgerlichen Parteien vor.

Die Rede des Grafen Westarp hat übrigens ein interessantes Beispiel, wie Differenzen innerhalb der konservativen Fraktion in aller Ruhe vor der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Der Redner bekannte sich als Gegner des Steuerkompromisses und erklärte, seinen Widerstand auch bei der Abstimmung darüber nicht aufgeben zu können. Das hat seine Fraktion indes nicht gebindert, ihm die Vertretung der Fraktion zu übertragen. Die Mehrheit der Konservativen wird für das Steuerkompromiß stimmen und also in der namentlichen Abstimmung — am Freitag — gegen die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Wiedereinführung des Mehrbeitrages.

Als Vertreter der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zeichnete Genosse Bernstein die Grundrissen einer Steuerpolitik, wie sie sich unter den Einwirkungen der durch den Krieg herbeigeführten Umwälzung aller Wirtschaft gestalten müßte: Die allgemeine Verteuerung aller Warenpreise, besonders der Lebensmittel, die Erhöhung des Zinsfußes und die Verschiebungen im Vermögen und im Wohlstand der einzelnen, die Proletarisierung weitester Kreise des Mittelstandes und die Heranzüchtung von Millionen und Trägern anderer großen Vermögen; das seien die wirtschaftlichen Tatsachen, von denen die Steuerpolitik im Kriege und danach

ausgehen müsse. Daraus ergebe sich dann ohne weiteres die Verwerfung jeder indirekten Steuer auf den Verkehr (Postgebühren, Frachttarifen) und auf den Warenverkehr, desgleichen die Ablehnung der Tabaksteuer. Daraus ergebe sich aber ebenso zwingend die denkbar stärkste Heranziehung der Vermögen und der Erbschaften, woran auch der Einwand der bürgerlichen Parteien nichts ändern könne, daß alles vermieden werden müsse, was die zur Erneuerung und zum Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland nötige Kapitalbildung hindern könnte. Deutschland ist ein kapitalreiches Land.

In trefflichen Einzelausführungen vervollständigten die Genossen Stolten und Dr. David die Kritik an den Steuervorlagen der Verbündeten Regierungen und dem Kompromiß der bürgerlichen Parteien. Von diesen beteiligten sich noch an der Erörterung der Abgeordnete Reinath für die Nationalliberalen, Dr. Wiemer für die Fortschrittliche Volkspartei, Mertin für die Deutsche Fraktion, die auch nicht geschlossen für das Steuerkompromiß stimmt, und der Abgeordnete Seyda für die Polen, die trotz aller Erfahrungen, die sie gemacht haben, für das Kompromiß eintreten wollen. Herr Dr. Helfferich konnte sich schließlich nicht versagen, der Rede des Genossen Bernstein eine kriegsverlängernde Wirkung nachzureden.

Am Schluß der langen Sitzung wurde noch ein Nachtrag zum Besoldungsgesetz in allen drei Lesungen einstimmig angenommen; er bietet eine Anzahl gering besoldeter Beamten Aufbesserungen des Gehalts, die in der Kriegszeit doppelt angenehm sind.

Eine neue Auslassung Bethmann Hollwegs.

Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus München gemeldet wird, hat der Reichskanzler bei seinem Besuch in München den Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“ empfangen. Ein später erschienener Artikel dieses Blattes wird vom „Lokal-Anzeiger“ als Niederlage der Unterhaltung mit dem Reichskanzler interpretiert. Wir geben deshalb aus dem Artikel des Münchener Blattes folgende auch im „Lokal-Anzeiger“ besonders hervorgehobene Stelle wieder:

„Wenn die verantwortlichen Staatsmänner der Entente einen Blick auf die Kriegskarte werfen und die dort verzeichneten Tatsachen für sich sprechen lassen, so werden sie auch die Weigerungen unseres Reichskanzlers verstehen, daß die jetzige Kriegslage die Grundlage für einen Frieden bilden müsse. Wir sagen abschließend, die Grundlage. Es ist ein unehrerliches Mißverständnis, wenn man aus den Worten des Reichskanzlers herausgelesen hat, daß die undurchdringlichen Schützengräben, die die Mittelmächte im Osten und Westen errichteten, die derzeitige deutsche unerschütterliche Soldatenmauer, auch die Grenzen eines Friedensschlusses sein müssen. Nach in keinem Kriege — man denke nur an 1870 — war dies der Fall. Aber die militärischen Erzeugenschaften, die mit unendlich viel Blut erstritten worden sind, müssen die Ausgangspunkte irgendwelcher Verhandlungen bilden. Das ist so unzweifelhaft und klar, daß eine andere Deutung nur auf Bösseligkeit und Verdrehung der Tatsachen begründet sein kann.“

In dem Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird ferner die Ansicht ausgesprochen, daß die Verständigung der einzelnen kriegführenden unter sich, direkte Verhandlungen von Nacht zu Nacht, den Frieden am ehesten fördern würden.

Wir unsererseits halten diese Form der Separatverhandlungen nach Lage der Dinge für die unwahrscheinlichste Form der Verständigung. Nach wie vor erscheint uns ein verständiger und energischer Friedensvermittlungsvorschlag Neutralen die besten Aussichten zu versprechen.

Amerikas Stellung zur Friedensfrage.

London, 30. Mai. (B. L. B.) „Morning Post“ meldet aus Washington: Es ist bekannt, daß gewisse Politiker hoffen, daß die Vereinigten Staaten an den Friedensverhandlungen teilnehmen werden, und einige nehmen dies als ein Recht in Anspruch. Denn jeder Friedensvertrag würde die politischen und Handelsinteressen Amerikas berühren, und deshalb müsse es eine Stimme dabei haben. Als der Krieg zwischen Amerika und Deutschland drohte, sagten gewisse Leute, es würde sich für die Vereinigten Staaten lohnen, Deutschland den Krieg zu erklären, um Amerika eine Vertretung bei den Friedensverhandlungen zu sichern, die die amerikanischen Interessen schützen könne. Unter den Politikern besteht die Befürchtung, daß außer dem Friedensvertrag geheime Abkommen geschlossen werden könnten, die Amerika um Schaden gereichen könnten, und daß Japan imstande sein würde, seine Stellung weiter zu verstärken, und Amerika stark zu bedrohen.

London, 30. Mai. (B. L. B.) „Daily Mail“ schreibt im Leitartikel: Jeder Engländer würde gern Bismarck über die letzte Rede Wilsons sagen, aber wird sich recht davor hüten, es zu tun. Man muß daran denken, daß alles, was jetzt in Amerika geschieht, unter dem Zeichen der Präsidentenwahl steht. Am besten ist, sich für die nächsten Monate gegenüber allen amerikanischen Dingen blind zu stellen und sich auf den Krieg zu beschränken.

London, 30. Mai. (B. L. B.) „Morning Post“ schreibt: Wir in England möchten es nicht ohne einige Erregung betrachten,

daß Wilsons Wiederwahl gesichert wäre, wenn er den Frieden wiederherstellen oder sich an der Aufstellung der Friedensbedingungen beteiligen könnte. Deutschlands Finanzinteresse in den Vereinigten Staaten wird ungeheuer. Auf dem amerikanischen Handel beruht die Hoffnung Deutschlands, seinen Handel künftig wieder in die Höhe zu bringen, und ein vorzeitiger und unentschiedener Friede könnte den Interessen beider Nationen nützlich sein.

„Times“ polemisiert gegen Wilson.

London, 29. Mai. (B. L. B.) Reuters meldet aus Washington: Präsident Wilson sagte in seiner Rede am 27. Mai u. a. noch folgendes:

„Dieser große Krieg hat uns sehr tief betroffen, und es ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht sehr offen darüber und über die großen Interessen der Zivilisation zu sprechen, die er berührt; seine Ursachen und seine Ziele gehen uns nichts an. Wir haben kein Interesse daran, die dunklen Quellen, aus denen dieser gewaltige Sturmstrom entspringt, zu erforschen.“

Die „Times“ schreibt dazu: Wir müssen alsbald gegen Wilsons Aeußerung protestieren, daß die Ursachen und Ziele des Krieges Amerika nichts angingen, und daß Wilson oder ein anderes Staatsoberhaupt das Recht habe, eine Friedensbewegung früher oder später anzuzetteln, ohne auf die Ursachen und Ziele des Krieges Bezug zu nehmen. Wilson muß nicht glauben, daß seine Weigerung, über den Fall Belgien ein Urteil abzugeben, ihm einen Anpruch gibt zwischen denen, die es verräterisch angriffen, und denen, die es rechtmäßig verteidigten, zu vermitteln. Es muß ganz klar gesagt werden, daß die Alliierten nicht geneigt sind oder sein werden, zuzugeben, daß innerpolitische Interessen Amerikas sich in diesem Kampf um das Recht eindringen. Die Alliierten werden auf Friedensvorschläge nur hören, wenn sie von dem besiegten Feinde kommen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 31. Mai. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Dienstag nachmittag. Auf dem linken Ufer der Maas verdoppelte sich gestern am Ende des Tages die Festigkeit der Beschichtung zwischen dem „Toten Mann“ und Cumidres. Der Feind unternahm kurz darauf auf die Gesamtheit der Stellungen in diesem Abschnitt unter Verwendung einer frühen Kugel an dieser Front eingetrossenen Division einen sehr mächtigen Angriff. Auf dem linken Flügel der französischen Linie wurden alle Stürme auf die Abhänge östlich vom „Toten Mann“ durch unser Feuer gebrochen. Weiter östlich in der Gegend des Caurettes-Waldes zogen sich die Franzosen nach mehreren fruchtlosen Angriffen der Deutschen, die bedeutende Verluste erlitten, südlich des Weges Vethincourt-Cumidres zurück. Auf dem rechten Flügel glückte es den wiederholten Bemühungen der Deutschen nicht, die Franzosen aus dem Waldbrand südlich von Cumidres zu vertreiben. Die Beschichtung blieb die Nacht hindurch heftig. Auf dem rechten Ufer der Maas war der Artillerielampf sehr lebhaft in der Gegend von Fort Donamont; an der übrigen Front war die Nacht verhältnismäßig ruhig.

Paris, 31. Mai. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Links von der Maas sehr heftiges Geschützfener in der Gegend vom „Toten Mann“ und Cumidres. Artillerietätigkeit auf dem rechten Ufer und in der Doctreebene. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Belgischer Bericht. Wenig lebhafter Artillerielampf an der Front der belgischen Armee.

Die englische Meldung.

London, 30. Mai. (B. L. B.) Amtlicher Bericht. Die feindlichen Krieger waren gestern tätiger als sonst. Eines unserer Flugzeuge wurde im Luftkampfe abgeschossen und fiel innerhalb unserer Linien nieder. Ein feindliches Flugzeug wurde außerhalb der feindlichen Linien zum Niedergehen gezwungen. Südöstlich von Cumidres brachten wir eine Mine zur Explosion. Zwei deutsche Minen bei Souchez und Reuville richteten keinen nennenswerten Schaden an. In unseren Gräben herrschte heute mehr Ruhe als gewöhnlich. Es kam zu keinem Infanteriegefecht bei geringer Tätigkeit der Artillerie.

Belgischer Bericht.

De Havre, 30. Mai. (B. L. B.) Das große Hauptquartier teilt mit: Wochenbericht für den 20. bis 26. Mai. Im Laufe der Woche herrschte vom 20. bis zum 26. Mai an der Front der belgischen Armee, besonders in nördlichen Teil und im Zentrum, starke Tätigkeit. Lebhafteste Artillerielämpfe spielten sich in der Gegend östlich von Ramskapelle und Peruche ab, gegen Dymuiden aber waren die Kämpfe noch heftiger. Am 22. und 23. Mai wechselten heftige Bombenlämpfe mit starken Geschützlämpfen. Am Abend des 21. Mai wurde eine deutsche Abteilung, welche einen unserer Posten am östlichen Ufer der Herf südlich von Dymuiden angegriffen hatte, durch unser Infanteriefeuer abgewiesen. Zu wiederholten Malen nahm unsere Artillerie deutsche Werke in der Umgebung von Dymuiden unter zerstörendem Feuer.

Zustieg: Am 20. Mai abends hat ein belgisches Flugzeug während eines Luftkampfes auf der Höhe von Neuport ein deutsches Flugzeug herabgeschossen, welches in das Meer fiel. Auch ein anderes feindliches Flugzeug fiel, durch das Feuer unserer Flugzeugabwehrgeschütze getroffen, ins Meer; die Besatzung ertrank, das Flugzeug wurde ans Ufer geschleppt. Zusammen mit französischen und englischen Geschwadern führten wir Jagde gegen feindliche Lager und Flugplätze aus.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 31. Mai. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 30. Mai. Westfront: In der Nacht zum 20. Mai versuchte der Feind nach Artillerievorbereitung in der Gegend nordöstlich Augustinow einen Angriff, wurde aber durch unser Feuer in seine Gräben

zurückgeworfen. Feindliche Flieger warfen einige Bomben auf den Bahnhof von Bileja und den Heden Station, nordwestlich Bileja (20 Kilometer). — Galizien: In der Gegend des Dorfes Gladli (15 Kilometer nordöstlich Tarnopol) richtete der Feind ein heftiges Feuer aus schweren und leichten Geschützen, mit Bomben- und Mörserwerfern auf unsere Gräben und bereitete zu gleicher Zeit einen Infanterieangriff vor. Nachdem der Feind unsere Vorposten zurückgeworfen hatte, brachte er zwei unserer noch nicht vollständig geladenen Minengänge zur Explosion. Unsere herbeigeeilten Verstärkungen warfen die Deserteure im Gegenangriff auf unsere Gräben und stellten die alte Lage wieder her. Nordöstlich Zielona versuchte eine starke feindliche Abteilung sich unseren Gräben zu nähern, zog sich aber vor unserem Gewehr- und Handgranatenfeuer zurück. (Zielona 6 Kilometer nördlich Buczac.) — Kaukasusfront: Die Lage ist unverändert.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 30. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Die allgemeine Lage ist auf der ganzen Front unverändert, mit Ausnahme des Vosna-Abchnittes und des oberen Asch, wo gestern die feindliche Offensive wieder aufgenommen wurde. Im Lagarina-Tal (Etsch-Tal) und im Sasubio-Abchnitt heftige Tätigkeit der beiden Armeen, sowie große Tätigkeit der feindlichen Transporte, die wir durch unser Feuer störten. Südlich der Vosna griff der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung in der Richtung von Sogli-Campiglia und vom Prisafora-Berg an. Nach einem erbitterten Kampf blieben die Unseren im Besitz dieser Stellungen. Auf der Hochfläche von Schlegel (Asiago) und im Sugana-Tal Tätigkeit von Aufklärungsabteilungen. Die feindliche Artillerie begann die Ortschaft Ospedaletto zu beschießen. Im Tosana-Abchnitt am oberen Boite wurde ein kleiner Infanterieangriff des Feindes abgewiesen. Auf den nördlichen Abhängen des Monte San Michele zerstörten wir durch eine mächtige Minenexplosion einen großen Abschnitt der feindlichen Gräben. Cadorna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 30. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht.

An der Front keine Veränderung. An der Kaukasusfront vertrieben wir Erkundungsabteilungen, mit denen der Feind gegen unsere Stellung vorgehen wollte. Auf dem linken Flügel kam es nur zu örtlichen Artilleriekämpfen. Am 29. Mai warfen feindliche Flugzeuge dreißig Bomben auf einige Stadtviertel von Smyrna, wobei sie mehrere Personen teils tödlich, teils verletzt und einige Häuser beschädigten.

Am 27. Mai gingen ein feindliches Torpedoboot und feindliche Flugzeuge gegen El Arisch vor. Die von dem Flugzeug geschleuderten Bomben verletzten sieben Personen. Zwei unserer Flugzeuge griffen das Schiff und die Flugzeuge des Feindes vor El Arisch an. Sie warfen mit Erfolg Bomben ab und feuerten aus Maschinengewehren.

Zum Vormarsch der Bulgaren.

Amsterdam, 30. Mai. (W. Z. V.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Saloniki sind die Bulgaren nicht weiter auf griechischem Gebiet vorgekommen. Wie berichtet wird, haben sie alle griechischen Forts in der Gegend von Kypel besetzt. Sie haben bei Kypel, Demir Hisar, Kevrosop und Kanti Truppen zusammengezogen, die Seres, Drama und Kavalla bedrohen.

Die Ueberführung der serbischen Truppen beendet.

Paris, 30. Mai. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Marineminister Lacaze teilte im Ministerrat mit, daß die Ueberführung der serbischen Truppen von Korsu nach Saloniki beendet sei, und verlas einen Brief des serbischen Kronprinzen, der die französische Marine dazu beglückwünscht.

Vom U-Bootkrieg.

Amtlich. Berlin, 31. Mai. (W. Z. V.) Eine der kürzlich von einer Unternehmung im Atlantik zurückgekehrten deutschen U-Boote versuchte am 2. Mai d. J. in der Nähe von Quessant einen etwa dreitausend Tonnen großen Frachtdampfer ohne neutrale Abzeichen durch Warnungsschuh anzuhalten. Der Dampfer eröffnete darauf nach wenigen Minuten das Feuer aus einem etwa 5-Zentimeter-Kaliber großen Heckgeschütz. Das deutsche U-Boot konnte sich durch Ablauf mit hoher Fahrt in Sicherheit bringen. Es gelang ihm aber später nicht, an den mit Zigzagkursen ablaufenden Dampfer wieder heranzukommen.

Am Nachmittag des nächsten Tages folgte dasselbe U-Boot einem Dampfer und schoß auf große Entfernung einen Warnungsschuh, um diesen zum Stoppen zu veranlassen. Der Dampfer eröffnete darauf sofort das Feuer aus einem Geschütz von etwa 12- bis 15-Zentimeter-Kaliber und ließ dem U-Boot mit hoher Fahrt fort.

Englische Fallschirmmeldung.

Berlin, 31. Mai. (W. Z. V.) Von russischer und englischer Seite wird die Nachricht verbreitet, daß die deutschen Dampfer „Pera“, „Hebe“ und „Worms“ in der Dstee versenkt sind. Wir sind zu der Mitteilung der Erklärung ermächtigt, daß die Nachricht frei erfunden ist.

Die Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 30. Mai. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. General Northey, der Oberbefehlshaber der von Süden her gegen Deutsch-Ostafrika vordringenden britischen Streitkräfte, drahtet, daß seine Truppen den Feind gezwungen haben, Neulangenburg zu räumen. Sie besetzten die Stadt und erbeuteten große Mengen von Munition und Lebensmittelvorräte aller Art. Eine feindliche Besatzung, die Namema (23 Meilen ostnordöstlich von Abercorn) besetzt hält, ist eingeschlossen worden.

(Notiz des W. Z. V.): Diese Meldung ist die Fortsetzung der gestern eingetroffenen über das Vordringen der englisch-südafrikanischen Streitkräfte über die Südgrenze Deutsch-Ostafrikas zwischen Namema und Tanganyika. Da die dort stehenden deutschen Grenzschutzabteilungen infolge Inanspruchnahme der Schutztruppe auf fünf verschiedenen Kriegsschauplätzen dem Gegner an Zahl und Hilfsmitteln sehr unterlegen sind, muß mit einer allmählichen Räumung des Grenzgebietes gerechnet werden. Es scheint jedoch wenig wahrscheinlich, daß bei Räumung von Neulangenburg, das übrigens keine Stadt, sondern nur eine Regierungsstation ist, dem Gegner große Mengen Munition und Lebensmittel in die Hände gefallen sein sollten. Bei dem über kurz oder lang zu erwartenden Angriff und der grenznahen Lage der Station dürften wohl alle Vorräte schon vorher in Sicherheit gebracht worden sein.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 31. Mai 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Torpedoboots, die sich der Küste näherten, wurden durch Artilleriefeuer vertrieben.

Die rege Feuerstätigkeit im Abschnitt zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras hält an. Unternehmungen deutscher Patrouillen bei Neuve Chapelle und nordöstlich davon waren erfolgreich. 36 Engländer, darunter ein Offizier, wurden gefangen genommen, ein Maschinengewehr erbeutet.

Süd der Maas säuberten wir die südlich des Dorfes Cumidres liegenden Hecken und Büsche vom Gegner, wobei 3 Offiziere, 88 Mann in unsere Hand fielen. Beim Angriff am 29. Mai erbeuteten wir ein im Caurettes-Waldchen eingebauten Marinegeschütz, 18 Maschinengewehre, eine Anzahl Minenwerfer und viel sonstiges Gerät.

Auf beiden Maasfern blieb die Artillerietätigkeit sehr lebhaft.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 31. Mai. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart 31. Mai:

Russischer Kriegsschauplatz.

Erhöhte Geschütztätigkeit an der kharabischen Front und in Wolhynien dauert an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die unter Befehl Sr. K. u. K. Hoheit des Generalobersten Erzherzogs Eugen aus Tirol operierenden Streitkräfte haben Asiago und Arziera genommen. — Im Raume nordöstlich Asiago vertrieben unsere Truppen den Feind aus Valtio und erstürmten seine Höhenstellungen nördlich dieses Ortes. Der Monte Baldo und Monte Piara sind in unserem Besitz. Westlich von Asiago ist unsere Front südlich der Affaschlucht bis zum eroberten Werl Punta Corbin geschlossen.

Die über den Postnabach vorgebrungenen Kräfte nahmen den Monte Prisafora.

Neuerliche verzweigte Anstrengungen der Italiener, um die Stellungen südlich Vettale zu entreißen, waren vergeblich.

In dem halben Monat seit Beginn unseres Angriffs wurden 30 388 Italiener, darunter 694 Offiziere, gefangen genommen und 299 Geschütze erbeutet.

Heute früh besetzten mehrere eigene Seeflugzeuge den Bahnhof und militärische Anlagen von San Giorgio die Rogara mit zahlreichen Bomben. Im Bahnhofgebäude wurden vier Treffer beobachtet.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der unteren Bojsa haben unsere Truppen italienische Patrouillen verjagt.

Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Die englische Verichterstattung hat es offenbar für nötig erachtet, durch diesen Zusatz der Besetzung der Station erhöhte Bedeutung anzudeuten.

Das in der Meldung genannte Kamema ist hier unbekannt, es kann sich also nur um ein unbedeutendes Regerdorf handeln.)

Die Kämpfe in Darfur.

London, 30. Mai. (W. Z. V.) Amtlich. Die Vollständigkeit des Sieges über den Sultan von Darfur am 22. Mai wird durch ein weiteres Telegramm des Sirbars bestätigt. Daraus geht hervor, daß die besten Truppen des Sultans und die Stammeshäupter zugegen waren. Von den letzteren sind die meisten entweder gefallen oder haben sich seitdem ergeben. Die Entwaffnung der Stämme macht betriebende Fortschritte. Mehrere Tausend Gewehre und große Mengen Munition sind abgeliefert worden. Am Morgen nach der Schlacht von Syr warfen Flugzeuge Bomben auf eine große Schar von Männern, die mit Ali Dinar aus El Faifer flohen. Dieser hatte, als er zuletzt gesehen wurde, nur 300 Mann bei sich und eine Herde von anderthalb Tausend durch wasserlose Wüste vor sich, ehe er den Dschebel Marra erreichen konnte.

Der Balkanmarkt und die deutsche Industrie.

Recht interessantes Material zu der jetzt viel erörterten Frage der „Erschließung“ des nahen Ostens, d. h. des Balkans und der asiatischen Türkei, liefert der Bericht, den „Der Weltmarkt“, die Inlandsausgabe der Deutschen Export-Revue, über die am 24. d. M. im Hotel Adlon stattgefundenen Hauptversammlung des Deutschen Balkan-Vereins veröffentlicht. Der Geschäftsführer des Vereins Dr. Brühl erstattete auf Grund mehrerer während des Krieges unternommener Informationsreisen nach dem Balkan einen Bericht über die künftigen Aussichten des deutschen Balkanhandels, dem wir folgenden entnehmen:

Die Balkanstaaten — so führte der Berichtsteller aus — werden, daran ist kein Zweifel, künftig einen großen Aufschwung nehmen und können dann ein erster Absatzmarkt für die deutsche Industrie werden. Der deutsche Kaufmann darf sich aber nicht übertriebenen Hoffnungen hingeben, muß vielmehr auf einen scharfen Konkurrenzkampf gefaßt sein. Die uns jetzt auf dem Balkan in der Hauptsache günstige politische Lage wird nur durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir mit den Balkanstaaten stehen, gewährleistet, weshalb wir das größte Interesse daran haben, diese wirtschaftlichen Beziehungen nach jeder Richtung hin zu fördern und auszubauen. Freilich ist vor allem großem Optimismus hinsichtlich der künftigen Geschäftsaussichten zu warnen, und es wird infolge der leider vorhandenen Unkenntnis der Verhältnisse sicher noch viel deutsches Kapital auf dem Balkan und im Orient verloren gehen. Man darf sich bei den künftigen Geschäften nicht allzu sehr auf die jetzige Bundesfreundschaft verlassen und sich vor allen Dingen dem Handelsstand der verschiedenen Staaten nicht in allzu überheblicher Weise aufdrängen. Wir wollen lediglich im Austausch mit ihren Waren ein gutes Geschäft mit den Balkanvölkern machen, wir wollen wechselseitig an diesen Wirtschaftsbeziehungen verdienen.

Im Anschluß an diese einleitenden Worte gab Dr. Brühl einen Überblick über die gegenwärtige Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern. Der Krieg hat in der Türkei große Umwälzungen hervorgerufen. Die Kapitulationen sind abgeschlossen worden, es ist ein neuer Zolltarif gekommen, auch haben die nationalen Bestrebungen großen Umfang angenommen. Durch die ersten beiden Umstände werden sich die Staatseinnahmen erheblich verbessern, was natürlich für die innere Konsolidation des Landes von besonderer Bedeutung ist, insofern dadurch die Produktion des Landes gefördert wird. Einer Einfuhr von 700 Millionen Mark stand bisher eine Ausfuhr von 400 Millionen Mark gegenüber, ein Außenhandel, der sich sicher ganz erheblich zu entwickeln läßt. Gegenwärtig ist die Marktlage sehr ungünstig, da, durch den Krieg veranlaßt, Handel und Verkehr stoden. In erster Linie werden in Zukunft die natürlichen Reichtümer des Landes zu erschließen sein, wobei deutsches Kapital in größerem Umfange sich beteiligen muß, weil diese Bodenschätze ja für uns so notwendig sind. Erst später ist dann auch an die Mitwirkung Deutschlands an der Industrialisierung des Landes zu denken.

Während die Gesamtausfuhr Bulgariens im Jahre 1913 100 Millionen Leva betrug, der eine Einfuhr von 170 Millionen Leva gegenüberstand, belief sich die Ausfuhr nach Deutschland auf 17 Millionen, während die Einfuhr aus Deutschland 87 Millionen Leva betrug. Dieser Handel wird sich nach Ansicht Dr. Brühls am ehesten verdoppeln, ja man kann wohl annehmen, daß sich der Gesamtmarkt Alt-Bulgariens auf circa 500 Millionen, der Bulgariens und Mazedoniens zusammen vielleicht auf 700 bis 800 Millionen Leva erhöhen wird. Gegenwärtig ist die geschäftliche und wirtschaftliche Lage äußerst günstig, und es ist zu erwarten, daß der deutsch-bulgarische Handel den vor dem Kriege noch größeren deutsch-rumänischen Handel überflügeln wird. Während es in Rumänien in der Hauptsache nur Großgrundbesitzer gibt, sitzen in Bulgarien kleine Besitzer und Bauern, die, sehr sparsam und energisch, das Land, das freilich heute noch recht lappalartum ist, schnell voranzubringen werden. Trotzdem die bulgarischen Staatsfinanzen durch die vielen Kriege sehr geschwächt sind, wird das Land am schnellsten den Krieg überwinden, zumal es bereit sein dürfte, seine Bodenschätze mit fremder Hilfe bzw. mit fremdem Kapital zu heben. Alles in allem wird Bulgarien ein gutes Absatzgebiet werden.

Ueber die Handelsaussichten in Rumänien, Griechenland und Serbien äußerte sich Dr. Brühl wesentlich kürzer. Aus seinem Bericht über Serbien ist folgender Satz hervorzuheben:

„Wie sich unser künftiges Geschäft nach Serbien entwickeln wird, hängt sehr davon ab, ob dieser Staat Selbständigkeit bewahren oder vollständig verschwinden wird.“

Wie aus diesen Ausführungen hervorgeht, betrachten die Praktiker vom Deutschen Balkan-Verein die Zukunftsaussichten auf dem Balkan und in der asiatischen Türkei recht nüchtern, weit nüchterner als jene in den Wollen schwebenden Dilettanten, von denen Prof. L. v. Wiese mit seinem Spott im „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Es ist weder angebracht, gerührt über sich selbst zu sein, daß man doch so viel selbstloser als das alte europäische Konzert an die hohe Pforte pocht, noch ist überhaupt schon irgendeine Aufgabe gelöst. Vielmehr beginnt jetzt nicht nur neue Arbeit, sondern neue Probleme liegen vor uns, die schwieriger sind als die der reinen Kolonialpolitik und eine Synthese von staatsmännischer und ökonomischer Klugheit erfordern.“ (z)

Englische Besteuerung amerikanischer Wertpapiere.

London, 29. Mai. (W. Z. V.) Unterhaus. Der Antrag Mac Kennas, von amerikanischen Wertpapieren eine besondere Einkommensteuer von zwei Schilling pro Pfund Sterling zu erheben, wurde scharf kritisiert, dann aber ohne Widerspruch angenommen. Mac Kenna sagte, die Einlieferung amerikanischer Wertpapiere sei anfänglich sehr regelmäßig gewesen, habe aber in den letzten Wochen merklich nachgelassen. Die neue Maßregel habe den Zweck, nachzu helfen; wenn sie sich als unwirksam erweise, so würde er eine höhere Besteuerung vorschlagen.

Die Spaltung im britischen Sozialismus.

Allmählich beginnt man die Vorgänge in der britischen sozialistischen Partei klarer zu übersehen. Zunächst war es nicht möglich, weil die Partei mit dem Ausscheiden der Winderbeit ihr Publikationsorgan verlor, das nicht der Partei als solcher, sondern der „Zweiten Century Press“ gehörte und nur den Titel trug: „Organ der Sozialdemokratie“. In „Der Volk“ und in „Le Populaire“, der neuen Wochenchrift der französischen Minderheit, finden wir nun Berichte über den letzten Parteitag der British Socialist Party, die in Verbindung mit Aufsätzen und Aufrufen in der „Justice“ ein ziemlich lares Bild über die Spaltung der britischen Sozialisten geben.

Als bekannt darf vorausgesetzt werden, daß die Mehrheit der Partei und der Parteivorstand für eine sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und für die Durchführung einer starken Friedenspropaganda in England eintraten. Das kommt noch besonders klar in einem am 11. Mai in der „Justice“ veröffentlichten Manifest des Exekutivkomitees zum Ausdruck, in dem es nach einer Schilderung der Wirkungen des Dienstpflichtgesetzes am Schluß heißt:

„Der Kampf gegen militärischen Zwang und industriellen Zwang muß eine Kampagne für den Frieden sein. Wenn militärische Sklaverei und industrielle Leibeigenschaft vermieden werden sollen, muß der Krieg aufgehoben.“

Arbeitende Männer und Frauen von Britannien! Wir fordern Euch auf, Euch mit den Arbeitern Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Russlands und Oesterreichs zu vereinigen in dem Verlangen an die kriegführenden Regierungen, daß der ... des Krieges ein Ende gemacht werden soll. Vereinigt Euch mit der Britischen sozialistischen Partei in dem einstimmigen Wunsch nach Frieden und kämpft weiter zu Hause für die Befreiung der Arbeiterklasse.“

Die Spaltung zwischen Mehrheit und Minderheit auf dem Kongreß zu Salford wurde durch ein mehr äußerliches Moment herbeigeführt. Die Mehrheit des Vorstandes hatte vorgeschlagen, die Beratungen hinter geschlossenen Türen zu veranstalten, um jedem Mitglied eine absolut freie Aussprache zu gewährleisten. Sie schloß sich zu diesem Vorgehen durch verschiedene dramatische Maßnahmen der englischen Regierung genötigt. Die Parteiminderheit, mit den Genossen Dau Irving und Jones an der Spitze, bekämpfte den Vorschlag aufs heftigste. Genosse Alexander von der Mehrheit erwiderte und warf der Minderheit vor, daß sie Kameraden von der Antikriegsrichtung der Polizei als Vaterlandsfeinde denunziert hätte. Genosse Snydman versuchte zu antworten, aber unter großem Lärm beschloß der Kongreß mit 56 gegen 39 Stimmen, daß er nicht gehört werden solle. Die Minorität schlug nun vor, nur die Kriegsfrage in geheimer Sitzung zu debattieren, auch das wurde abgelehnt mit 73 gegen 10 Stimmen und die Resolution der Mehrheit mit 76 gegen 24 Stimmen angenommen. Darauf verließen Hundman und seine Freunde, etwa 20—25 Delegierte, den Saal, sie gründeten dann ein „National Socialist Advisory Committee“ (Nationales sozialistisches Beratendes Komitee) und beabsichtigen, Anfang Juni zur Gründung einer neuen Partei zu schreiben.

Selbstverständlich waren die Vorgänge auf der Ostertagung zu Salford nur der letzte äußere Anstoß zur Spaltung. Die inneren Gegenstände bestanden seit langem, sie waren bei den verschiedensten

Gelegenheiten offen herborgetreten und trieben zur Klärung. — Die wichtigsten Resolutionen des Salfordkongresses nach Ausschließung der nationalsozialistischen Minderheit verlangten den sofortigen Zusammenritt des Internationalen Sozialistischen Büreaus, beurteilten mit 71 gegen 9 Stimmen die Haltung der Arbeiterpartei in der Regierung, deren einziges Resultat war, die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die kapitalistischen Ziele zu sichern, und erklärten, daß „das Proletariat mehr als je seine Klassenunabhängigkeit erhalten“ müsse. Gegen die Beurteilungen der Arbeiter am Ende wurde Protest erhoben; die Redaktion der „Justice“ wurde aufgefordert, den Standpunkt der Partei zum Ausdruck zu bringen.

Die Ausführung des letzten Beschlusses wurde jedoch dadurch vereitelt, daß das Direktorium der Twentieth Century Press erklärte, „Justice“ könne nicht mehr das Organ der British Socialist Party sein. Als Gründe wurden angegeben:

1. sei es angesichts der Entscheidungen der W. S. P.-Konferenz in Salford ausgeschlossen, daß „Justice“ die Haltung zum Kriege beibehält, die das Blatt vom Ausbruch der Feindseligkeiten an angenommen habe, und gleichzeitig das offizielle Organ der Partei bleibe;

2. seien die antinationalen und pazifistischen Auslassungen zu Salford vollkommen unträglich mit den Traditionen und der Verfassung der „Justice“ seit 1884;

3. habe die W. S. P. und nicht die „Justice“ ihre Stellung seit Herbst 1914 gewandelt. Deshalb bleibt uns kein anderer Weg als zu erklären, daß „Justice“ nicht länger das offizielle Organ der British Socialist Party sein kann und vom 10. Mai 1916 aufhört, es zu sein.“

Das neue National Socialist Advisory Committee fordert nun in einem Aufruf diejenigen Mitglieder, die nicht auf dem Standpunkt der Minderheit stehen, auf, sich der Minderheit anzuschließen. Einige Gruppen haben bereits den Anschluß vollzogen; von einer Reihe anderer wird erwartet, daß sie folgen werden.

Vom Vorstand der W. S. P. aus sind die Ausgeschiedenen aufgefordert worden, entweder ihre den Beschlüssen der Osterkonferenz zuwiderlaufende Arbeit aufzugeben oder den Austritt aus der Partei zu vollziehen; sie haben den letzteren Weg gewählt.

„Get Volk“ glaubt, daß die British Socialist Party, da sie eines Stammes beraubt sei und auch wenig aktive Mitglieder besitze, vielleicht sich mit der Independent Labour Party als der soviel lebenskräftigeren verschmelzen werde.

Man wird die Entwicklung abwarten müssen; vor allem ist es wohl notwendig, daß die prinzipiellen Unterschiede der Rechten und der Linken im britischen Sozialismus in voller Klarheit ausgearbeitet und den Mitgliedern unterbreitet werden. Da in England die Renz eine Diskussion über innere Parteiangelegenheiten in vollem Umfang gestattet, auch wenn sie mit dem Krieg in engem Zusammenhang stehen, darf man erwarten, daß vollständige Klärung geschaffen wird.

Ankunft englischer Marineinstruktoren für Griechenland.

Athen, 31. Mai. (Vom Vertreter des B. L. B.) Der neue Chef der englischen Marinemission, Palmer, traf in Begleitung des Kapitäns Wells und des Schiffslieutenants Charell ein, um für ein Jahr Dienst bei der griechischen Regierung zu nehmen. Die Einzelheiten des Dienstvertrages werden zwischen dem Marineminister und den neuen Instruktoren in nächster Zeit festgesetzt und unterschrieben werden.

Austausch der ältesten Jahrgänge des Landsturms.

Amlich. Aus verschiedenen Mitteilungen der Tagespresse und den in letzter Zeit beim Kriegsministerium sich häufenden Anträgen auf Entlassung älterer Landsturmlaute geht hervor, daß irrige Ansichten über den eingeleiteten Austausch der älteren Jahrgänge des preußischen Landsturms der Klärung bedürfen.

Da Landsturmmannschaften der ältesten Jahrgänge sich seit geraumer Zeit, zum Teil schon seit Beginn des Krieges, in vorderster Linie, oder in dem anstrengenden und wichtigen Sicherungsdienst der Etappen- und General-Gouvernements-Gebiete befanden, schien ihre allmähliche Ablösung durch jüngere Landsturmmannschaften aus dem Heimatdienst angezeigt. Im allgemeinen ist daher die Ablösung und Zurückführung zunächst der 1870 und früher, demnächst die der 1871 und 1872 geborenen Mannschaften durchgeführt oder in die Wege geleitet worden. Der alleinige Zweck des Austausches ist, diesen seit längerer Zeit im Felde stehenden Landsturmlaute der ältesten Jahrgänge die Erleichterungen des Dienstes bei den Truppen des Besatzungsheeres zu verschaffen, nicht aber, wie fälschlicherweise angenommen worden ist, ihre Entlassung aus dem Heeresdienst herbeizuführen. Er betrifft auch nicht Landsturmmannschaften älterer Jahrgänge, die noch gar nicht eingezogen waren.

Alle weiteren in der breiten Öffentlichkeit damit in Zusammenhang gebrachten Meinungen über unzulässige Musterung und Neueinstellung der seit 1869 Geborenen, über beabsichtigte Entlassung der ältesten Jahrgänge des Landsturms usw. sind irrig. Die Einziehung Wehrpflichtiger, auch wenn sie zurzeit über 45 Jahre alt geworden sind, ist nach § 27 des Gesetzes betreffend Aenderung der Wehrpflicht vom 11. 2. 1888 zulässig.

Die Entlassung nicht kriegsverwendungsfähiger Mannschaften, die für militärische Aufgaben nicht gebraucht werden, aus den Ersatzgruppen kann ohne Rücksicht auf das Lebensalter von den stellvertretenden Generalkommandos genehmigt werden.

Politische Uebersicht.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Mittwoch, den 24. Mai, diese Ablehnung durch eine Erklärung zu motivieren. Zu Rednern wurden bestimmt für die Ernährungsfrage Hofmann-Kaiferslautern und Schmidt-Berlin, für die Herabsetzung der Altersgrenze Molkenbühr, für das Kriegskontrollgesetz Rauch und für das Kollisionsgesetz Frey und Sasse.

Anfrage im Reichstag.

Abg. Genosse Stadthagen hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht, die auf die Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung gesetzt ist:

Von der Polizeibehörde für Berlin-Friedrichsfelde ist die Abhaltung einer öffentlichen, für den 31. Mai geplanten Versammlung mit einem Referat über die Lebensmittelfrage verlagert, weil nach dem vom Oberkommando in den Marken aufgestellten Grundrissen öffentliche Versammlungen politischer Vereine oder dergleichen gleich zu achtenden Vereinigungen in keinem Falle gestattet werden dürfen.“

Ist der Herr Reichskanzler bereit, auf Aufhebung solcher durch den Oberbefehlshaber in den Marken angeordneten Beschränkung des reichsgesetzlichen Versammlungsrechts hinzuwirken und Maßnahmen zu treffen, die es der Bevölkerung ermöglichen, in öffentlichen Versammlungen gegen die Zurückhaltung und Preissteigerung von Lebensmitteln und für Hebernahme der Produktion der Nahrungsmittel durch das Reich Stellung zu nehmen?

Nationalliberale für direkte Reichsteuern.

Der Gesamtvorstand des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen hielt am 28. Mai in Leipzig eine Sitzung ab, in der Dr. Stresemann die Reichspolitik, das Reichssteuerkompromiß und die auswärtige Lage besprach. Nach dem „Leipziger Tagebl.“ betonte er u. a., daß für die endgültige Regelung der Reichsfinanzen nach dem Kriege dem Reiche der Weg zu direkten Steuern durchaus offen gehalten werden müsse. Mit Nachdruck wies er auf die unbedingte Notwendigkeit der Neuorientierung in der inneren Politik hin. Eins der ersten Fragen, die sofort nach dem Kriege gelöst werden müssen, sei die preussische Wahlreform.“

Stresemann fand nach dem „L. Z.“ „den lebhaftesten Beifall der Versammlung.“

Zur Anklage gegen Liebknecht.

Bürgerliche Blätter melden, daß gegen den Genossen Liebknecht Anklage wegen Kriegsverrats erhoben sei. Nach unseren Informationen trifft diese Mitteilung nicht zu.

Eine schnelle Kapitulation.

Bei der Abstimmung über die sozialdemokratischen Anträge auf Haftentlassung des Genossen Liebknecht im Reichstage haben bekanntlich mit den Antragstellern nur die Polen gestimmt, wobei Abg. Bajzewski den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion darlegte. Der „Schlesischen Volkszeitung“ zufolge teilt nun der „Dziennik Slaski“ (in Nr. 120 vom 26. Mai) einige interessante Details aus der Vorgeschichte des Beschlusses der Polenfraktion mit.

„Wir stellen fest“, schreibt das polnische Blatt, „daß der Beschluß der Polenfraktion in dieser Sache nicht einmütig gefaßt wurde. In drei Sitzungen stritt darüber die Minderheit mit der Mehrheit. Mit Genugtuung haben wir aber hervor, daß zu dieser Minderheit drei von den vier oberschlesischen Abgeordneten gehörten. Die Mitglieder haben sich auch bei der namentlichen Abstimmung im Plenum ferngehalten. Aber was am bezeichnendsten ist: Keiner der Abgeordneten wollte es übernehmen, die Erklärung im Reichstage zu verlesen, nicht einmal die Führer der Nationaldemokraten. Nun hat man darum den Abg. Dr. Bajzewski, der erst aus der Heimat anlangte und an allen vorausgegangenen Sitzungen fehlte...“

Der „Dziennik Slaski“ erörtert dann die taktische Seite der Angelegenheit und bemerkt hierzu:

„Wichtiger als alles andere ist es, zu wissen, wie sich das deutsche Volk, die deutschen Staatsmänner mit diesem Verhalten der Polenfraktion abfinden und welche Schlüsse sie hinsichtlich der polnischen Bevölkerung Polens überhaupt ziehen, was in der gegenwärtigen Zeit für uns von erstklassiger Bedeutung sein muß.“

Diese Bemerkung des polnischen Blattes wäre etwas unklar, wenn es nicht gleich darauf auf einen Artikel der „National-liberalen Korrespondenz“ hinwies, in welchem diese Abstimmung der Polenfraktion mit großer Entrüstung als eine „Verleumdung deutschen Empfindens“ hingestellt wird.

Diese Zurückweisung seitens des nationalliberalen Organs genügt, um das sibirische polnische Blatt zu einem heftigen Vorstoß gegen die polnische Reichstagsfraktion zu veranlassen.

„Was bedeutet für uns Liebknecht — ruft es aus — was aber Polen? Wir müssen von der Fraktion verlangen, daß sie sich der Verantwortung gegenüber dem Volke mehr bewußt wird.“

Es blieb aber nicht bei diesem Vorstoß allein. Im preussischen Abgeordnetenhaus stellte sich die polnische Fraktion prompt auf den Standpunkt, den ihr die extrem-nationalistische polnische Presse — allerdings unter dem Druck des nationalliberalen Offiziöses — anwies. Als die sozialdemokratische Landtagsfraktion sie um ihre Unterschriften für ihren Antrag auf Haftentlassung Liebknechts ersuchte oder mindestens darum bat, die Fraktion möge ihren einzelnen Mitgliedern freistellen, ihre Unterschriften herzugeben, lehnte die polnische Fraktion beides ab, worauf die Einbringung des Antrages — da auch die Freistimmigen ihre Unterschriften verweigert hatten — unterbleiben mußte.

Die Kriegsschäden in Ostpreußen.

Dem preussischen Landtage ist eine Denkschrift über die Beilegung der Kriegsschäden in den dem feindlichen Einfall berührten Landesteilen vorgelegt worden. Ueber die Zahl der Kriegssopfer und über die Vernichtung von Hab und Gut in Ostpreußen berichtet die Denkschrift:

In Ostpreußen sind 1620 Personen getötet, 483 körperlich behindert, 10 725 verschleppt und 368 weibliche Personen als gefangen genommen worden. 40 bis 50 Kinder sind aus diesen Schicksalen hervorgegangen, für welche auf Grund besonderer Bestimmungen vom Staate gesorgt wird. Die Zahl der Getöteten hat sich allmählich als wesentlich größer herausgestellt, als ursprünglich angenommen wurde. Immer von neuem fand und findet man vergrabene Leichen solcher Zivilpersonen, die bis dahin als verschleppt galten. Von den Verschleppten sind inzwischen auch sehr viele gestorben, da die russische Regierung einen großen Teil dieser Verschleppten ohne Fürsorge der Verelendung hat anheimfallen lassen. Die Zahl der in der Provinz ganz oder teilweise zerstörten Gebäude beträgt rund 34 000, davon entfallen auf den Regierungsbezirk Königsberg 2400, auf Gumbinnen 18 700 und Allenstein 12 900. 3100 Gebäudezerstörungen trafen Städte, 30 900 das Land. An den Zerstörungen sind 35 Städte und 1000 Ortschaften beteiligt. Die Wiederherstellungskosten werden auf 300 bis 350 Millionen Mark berechnet. Die übrigen Schäden sind in genauer Weise nicht feststellbar. Den größten Umfang haben dem landwirtschaftlichen Charakter entsprechend die eigentlichen landwirtschaftlichen Schäden. Doch ist der gewerbliche und kaufmännische Schaden sowie Brand- und Zerstörungen an sonstigem beweglichem Eigentum gleichfalls erheblich. Ist doch in mindestens 100 000 Wohnungen der Hausrat völlig, in fast ebensoviel weiteren teilweise vernichtet worden. Einschließlich der Gebäudeschäden wird zurzeit mit einer Gesamtsumme von 1 1/2 bis 1 3/4 Milliarden Mark gerechnet, ohne daß diese Schätzung Anspruch auf sichere Richtigkeit erheben kann. An Vorentscheidungen wurden bis 1. Mai dieses Jahres in Ostpreußen bei 710 671 Anträgen insgesamt 482 758 565,91 RM. angewiesen.

In Westpreußen hat sich der Feind in der Hauptsache auf Requisitionen von Lebensmitteln, Pferden und Wagen beschränkt. Unmittelbare Kriegsschäden haben in den Kreisen Strasburg und Tilsit insgesamt 2 Städte und 33 ländliche Ortschaften erlitten. Die vorwiegend polnische Bevölkerung ist im allgemeinen gespart worden; Verschleppungen haben nicht stattgefunden, getötet sind 2 Personen, verfehlt 4 und geschändet 8 Frauen und Mädchen. Die unmittelbaren Kriegsschäden betragen, abgesehen von den noch nicht geschätzten Wabtschäden, etwa 1 500 000 RM., wovon 530 200 RM. bereits als Vorentscheidungen an 940 Geschädigte gezahlt worden sind.

Ueber die Flucht und die Flüchtlingsfürsorge macht die Denkschrift folgende Angaben: Insgesamt haben in Ostpreußen 400 000 Personen die Heimat verlassen; von diesen entfielen 300 000 auf die aus unmittelbarer von den Kriegereignissen betroffenen Kreisen geflüchteten Personen, 100 000 auf die übrigen Kreise. Die Zahl der Personen, die von dem Flüchtlingsamt nach den für die staatliche Unterbringung bestimmten Gebieten übergeführt wurden, betrug rund 175 000. Die dem Staate aus der Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge erwachsenen und liquidierten Kosten beliefen sich bis Ende April 1916 auf ungefähr 2 380 000 RM. Hierzu kommen noch 400 000 RM., die für Unterkunft und Verpflegung der nicht in den staatlichen Unterbringungsgebieten untergebrachten sogenannten verprengten Flüchtlinge aus dem Sammelgeldefonds gezahlt wird.

Zur Unterstützung der Landwirtschaft, die durch den Russeneinfall allein 873 000 Stück Vieh verlor, sind von der Regierung 24 409 000 RM. zinsfreie Vorschüsse und 5 800 000 RM. verzinsliche Darlehen zur Beschaffung von Motorpflügen zur Verfügung gestellt worden. Dabur ist es ermöglicht worden, daß in der Zeit vom 1. Dezember 1914 bis 1. Dezember 1915 der Wert des lebenden Inventars um etwa 97 Millionen Mark stieg, die Winterungsfelder wieder bestellt werden konnten und die Sommerung besser ausfallen konnte, so daß die Brotgetreidernte 1916 in Ostpreußen voraussichtlich eine Mehrernte von 8 Millionen Hektaren gegen 1915 ergeben wird, falls die Winterung nicht zu ungünstig ist. Für Kartoffeln wird mit einer Mehrproduktion von 7 Millionen Hektaren gerechnet. Die Zahl der Viehhaltenden Haushaltungen ist in Ostpreußen auch wieder gestiegen.

Auch eine Himmelfahrtbetrachtung.

Die „Unabhängige Nationalzeit.“ schreibt unter dem Titel „Zeit und Ewigkeit“:

„In der Apostelgeschichte des Lukas heißt es unmittelbar vor der Schilderung, wie Christus „aufgehoben ward aufgehoben und eine Wolke nahm ihn auf vor ihren Augen weg“, im sechsten und siebenten Verse: „Die Jünger aber, so zusammengekommen waren, fragten Jesus und sprachen: Herr, wirst du auf diese Zeit wieder aufrichten das Reich Israel? Er aber sprach zu ihnen: Es gebührt euch nicht, zu wissen Zeit oder Stunde, welche der Vater seiner Macht vorbehalten hat. Sondern ihr werdet die Kraft des heiligen Geistes empfangen, welcher auf euch kommen wird...“

Es gebührt euch nicht, zu wissen Zeit oder Stunde! Eine Mahnung, wie geschaffen für den zweiten Himmelfahrtstag im Weltkrieg, für diesen Augenblick fürwärtiger und in jedem Betracht vorzüglicher Friedenserörterungen. Die Stunde der Errichtung des größeren und härteren, mächtigeren Reiches, vor der in deutscher Munde das Wort Frieden ein Frevsel ist, wird nicht herbeigeredet, noch herbeigeschrieben, am wenigsten uns von aufrichtiger Vermittlerhand bereitet werden oder gar als die Frucht internationaler Konferenzbeschlüsse in den Schoß Germanias fallen. Damit die Vorsehung unserer Macht, der unerlöschlichen und unüberwindlichen Kraft unseres Schwertes, es vorbehalte, den Frieden nach deutschem Willen zu formen, ist nicht Neben, sondern Handeln unsere heiligste Pflicht. Und weil jeder junge Tag unsere und unserer Verbündeten Kriegslage glänzender für uns, drückender für den Gegner gestaltet, ist schon der Gedanke und erst recht die Erörterung eines Friedensschlusses in diesem Augenblicke, auf Grund der bisherigen Entscheidungen, ein Verbrechen an uns selbst, an den Erben der Gefallenen und an der Zukunft der Nation.

Die eigentliche Gefahr, die uns jetzt bei nahendem Ende des zweiten Weltkrieges noch droht, ist nicht mehr (oder doch in weit geringerem Grade als vordem) der Feind, sondern das „hängliche Schwanken seiner Gedanken“, der unausgesprochene Krieg, der Kriegsschluß ohne Wiedererfüllung des eigentlichen Zweckes und Hauptzweckes der überfallenen Mittelmächte:

„Laß dich nicht kirren, laß dich nicht wirren
Durch gold'nen Kessel in deinem Lauf!
Die Schwerter kirren, die Weisse schwirren,
Doch halten sie nicht den Helden auf.“

Nicht also auf „Zeit und Stunde“, auf das Wann, sondern auf das Wie des Friedens kommt es an.“

Konservativer Landtagsabgeordneter verstorben.

Der konservative Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Ohlau, Stadt und Landkreis Brieg, Robert Kache, ist Mittwochnachmittag, als er auf dem Bahnhof Hebbrechtsstraße einen Zug besteigen wollte, im Alter von 67 Jahren infolge Herzschlages plötzlich verstorben.

Letzte Nachrichten.

Die Erklärungen des Reichskanzlers im amerikanischen Beleuchtung.

Am 31. Mai. (T. U.) Der Washingtoner Berichterstatter der „Königlichen Zeitung“ meldet durch Funkpruch unterm 28. Mai: Die New Yorker „World“, die dem Präsidenten nahesteht, enthält zwei auffallende Artikel zu den Erklärungen des Reichskanzlers. Am vergangenen Mittwoch griff sie den Kanzler heftig an und behauptete, er sollte die Friedensstunde und erkläre von neuem den Krieg. Am Freitag dagegen bringt sie einen Leitartikel ganz anderer Art. In Frankreich und England gebe es viel unverantwortliches Gerüde über die Notwendigkeit, das Deutsche Reich zu zerstören oder Deutschland auf 50 Jahre zu schwächen. Das sei aber unmöglich und unerwünscht, da es nicht beweisbar sei, daß ein ruiniertes Deutschland notwendigerweise dem Weltfrieden förderlich sein würde. Das Gegenteil könnte der Fall sein und in 20 Jahren könnte England und Frankreich eifrig bemüht sein, Deutschlands Macht wiederherzustellen, um Rußlands Vordringen nach Westen eine Schranke entgegenzusetzen. Sie könnten den Krieg auch aushalten ebenso lange wie der Feind oder selbst noch länger. Leider ist diese Äußerung nur der „World“ gegeben worden; sie wird daher von den Zeitungen totgeschwiegen und so der wohlverdienten Beachtung beraubt, die ihr gerade in diesem Augenblicke zukommt.

Bissolati als Ministeranwärter.

Bern, 31. Mai. (B. L. B.) Die „Tamps“ meldet, daß sich die italienische Regierung mit dem Plan trage, ein besonderes Ministerium für Lebensmittelversorgung zu schaffen, als dessen Führer der Führer der Reformsozialisten, Bissolati, genannt wird. Sein Eintritt in das Ministerium erfolge nicht aus politischen Interessen, sondern aus Rücksicht auf technische Notwendigkeiten, die die Regierung schon lange eifrig beschäftige.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Hilfsbund für gebildete Frauen und Mädchen.

Wir brachten vor einiger Zeit einen Bericht von der Schlichtungskommission der Schneider, in dem auch der Hilfsbund für gebildete Frauen und Mädchen genannt war, der beklagt war, erheblich unter dem Tariflohn gezahlt zu haben. In der letzten Sitzung war der kaufmännische Vertreter des Bundes erschienen, der folgende Erklärungen abgab:

Wir sind gewillt, die zu wenig gezahlten Beträge auf Heller und Pfennig nachzugeben, und ich habe das Geld auch mitgebracht. Ich betone aber, daß der Bund nicht schuld ist an diesem Vorgange, sondern das Verschulden trifft eine ungeheure Beamtin, eine Frau Geheimrat Thewald, die 50 M. pro Monat für ihre Tätigkeit erhalten hat. Sie hat die Geschäfte nicht im Sinne des Bundes geleitet, sondern sich als Selbstherrschin ausgepielt und alles verheimlicht. Die Frau Vorsitzende hat sie ausdrücklich gefragt, ob sie die Arbeiterinnen nach tariflich entlohne, und es wurde ihr ebenso ausdrücklich bestätigt. Die genannte Dame hat vom Bund auch den Tariflohn von 1,08 M. voraus erhalten, hat aber Zwischenmeister eingestellt und erheblich weniger gezahlt.

Der Bund hat Frau Thewald durch seinen Rechtsanwalt zwecks Rechtfertigung laden lassen, sie ist aber nicht erschienen und auch nicht aufgefunden. Es schwebt jetzt ein Zivilverfahren. Nebenfalls will der Bund alles gut machen.

Es stellte noch ein Zwischenmeister eine Forderung für persönlich geleistete Arbeit von 171 M., die entrichtet wurden. Außerdem legte der Vertreter des Bundes 2583 M. für 22 Arbeiterinnen auf den Gerichtstisch nieder. Eine der Arbeiterinnen hatte von ihren sämtlichen Kolleginnen die Vollmacht, das Geld in Empfang zu nehmen. Die Kommission erklärte aber, nicht von ihrer bisherigen Praxis abzuweichen und das Geld selbst anzuzahlen. Dies sei kein Mißtrauensvotum gegen die Frau mit der Vollmacht, sondern die Kommission übernehme die Verantwortung dafür, daß den Klägern das Geld auch richtig in die Hände komme.

Der Berliner Arbeitsmarkt im Monat April 1916.

Nach Beendigung der Quartalsarbeiten ließ — wie alljährlich — der Beschäftigungsgrad auf dem Berliner Arbeitsmarkt im Laufe des Berichtmonats nach, selbst bei dem Rückgang übertraf in den Arbeitsnachweisen das Angebot die Nachfrage, so daß auf 100 offene Stellen 121 Gesuche entfielen, gegen 89 im Vorjahr und 96 im Vormonat. Trotzdem blieben gelernter Arbeiter in der Metallbranche, im Holzgewerbe, im Buchdruck und in einzelnen Zweigen der Konfektion sehr gesucht. Nur Bekleidung der Tendenz trugen der Rohstoffmangel und die Knappheit der Lebensmittel bei. Für Frauen war die Beschäftigungsgelagenheit nicht günstig; in den Hauptindustrien, die für weibliche Beschäftigung in Frage kommen, wie in der Metall-, chemischen und Lederindustrie, war der Bedarf an Arbeiterinnen klein. Die Versteifung auf dem Berliner Arbeitsmarkt lassen auch die Mindererwartungen der Landesversicherungsanstalt Berlin aus Markennachrichten, die sich gegen das Vorjahr auf 100 000 M. belaufen, erkennen, während die Mitgliederzahlen bei den Krankenkassen sich auf der Höhe derjenigen des Vormonats halten. In der Kriegsbeschädigten-Abteilung des Zentralarbeitsnachweises lagen 194 Gesuche vor, von denen aber kaum die Hälfte einen Erfolg aufzuweisen hatte.

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Fleischer in der Kriegszeit.

Der Zentralverband zählte am Schlusse des zweiten Quartals 1914 6944 Mitglieder einschließlich 324 weibliche. Die günstige Konjunktur, hauptsächlich in der Wurst- und Konfektionsindustrie, die bis Anfang Februar d. J. anhielt, und die überaus hohe Zahl der Einkommen führte zeitweilig zu großem Mangel an Personal, hauptsächlich an gelernten Fleischern. Seit Februar d. J., speziell infolge der Viehknappheit und -teuerung, die so auch zu dem Verbot der gewerbsmäßigen Herstellung von Konjekten aus Fleisch oder Zusatz von Fleisch führte, ist eine große Arbeitslosigkeit und ein ganz erschwerter Ausgang der Lohne eingetreten. Die

meisten Großbetriebe haben ihre Fabriken geschlossen, und wo wirtschlich noch der Betrieb aufrechterhalten werden kann, wird nur wenig Personal, und dieses meist noch bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Bis zum 31. März d. J. betrug die Zahl der Neuaufnahmen 6350, darunter 1780 weibliche. Von 89 Zweigvereinen bestehen noch 51 mit 2065 Mitgliedern. 38 Zweigvereine sind aufgehoben, weil alle Mitglieder zum Seeresdienst eingezogen sind.

Die Statistik vom 31. März d. J. ergibt, daß insgesamt 7203 Mitglieder eingezogen sind, darunter 2676 Beheratete. Arbeitslos waren an diesem Tage einschließlich 387 weiblichen 654 Mitglieder oder 31,6 Proz. des Mitgliederbestandes. Bis 31. März dieses Jahres hatte der Verband nur 246 M. Arbeitslosenunterstützung auszu zahlen gehabt, dagegen aus dem Kriegshilfsfonds, der fast ausschließlich durch freiwillige Beiträge gehalten wird, 51 231 M. an Familien der Kriegsteilnehmer. 207 Mitglieder sind im Kriege gefallen.

Die Einschränkung bzw. Einstellung der Großbetriebe zwang natürlich in erster Beziehung die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen, Beschäftigung in anderen Industrien anzunehmen, was zur Folge hatte, daß dem Verbande 3935 Mitglieder, darunter 1457 weibliche, wieder verloren gingen.

Die Besserstellung der Arbeitsverhältnisse im Fleischergewerbe hängt zunächst von der besseren Vieh- bzw. Fleischversorgung ab. Für die nächsten Monate erscheint sie jedoch aussichtslos.

Ausland.

Lohnbewegung der Bauarbeiter in der Schweiz.

In zahlreichen Orten haben die Bauarbeiter Lohnbewegungen durchgeführt oder diese sind noch im Gange. Gefordert wird eine Lohnhöhung von 15 bis 30 Proz. und der Abschluß von Tarifverträgen. In Zürich, St. Gallen, Bern und Basel wurden vor den Einigungsämtern von den Unternehmern Lohnhöherungen von 10 Proz. zugestanden, Tarifverträge aber abgelehnt. Die Maurerlöhne in Zürich betragen bei Kriegsausbruch 88 bis 87 Cts., jetzt 70 bis 71 Cts., in St. Gallen 64 Cts. und 70 Cts., in Basel 67 Cts. und 72 Cts., in Bern 64 Cts. und 67 Cts.; die Bauhilfsarbeiterlöhne in Zürich 50 Cts. und 53 Cts. bis 54 Cts., in Basel 47 und 53 Cts., St. Gallen 48 Cts. und 54 Cts. Das sind ungenügende Stundenlöhne, die überdies sogenannte Durchschnittslöhne und nicht einmal Minimallohne sind. In Winterthur, Herisau, Diesbach und Lausanne ist die Lohnbewegung noch im Gange.

Aus Industrie und Handel.

Zusammenschluß der deutschen Leersfarbenindustrie.

Auf der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin wurde Mitteilung gemacht von dem Zusammenschluß der deutschen Leersfarbenindustrie als Interessengemeinschaft, um nach dem Kriege der Konkurrenz, die sich während des Krieges im Ausland gegen die deutsche Industrie aufgetan hat, besser standhalten zu können. Der Zusammenschluß ist auf fünfzig Jahre gedacht.

Die größte Schuhfabrik in Deutschland.

In Kornwestheim bei Stuttgart ist die größte deutsche Schuhfabrik, die der Firma Sigle u. Cie. gehörte und kürzlich mit 10 1/2 Millionen Mark Grundkapital in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Es sind jetzt 25 Jahre, daß diese Fabrik gegründet und mit 25 Arbeitern eröffnet wurde. Bei Kriegsausbruch zählte die Fabrik aber 3600 Arbeiter und Beamte. In jüngster Zeit hat die neue Aktien-Schuhfabrik noch die vor der Liquidation gestandene Aktien-Schuhfabrik Stetten-Geisingen, die ein Aktienkapital von über 1 Million Mark hatte und bis 500 Arbeiter beschäftigten konnte, durch Ankauf der Aktien zum Kurse von 48 Proz. erworben, um sie wieder in Betrieb zu setzen und das Gesamtunternehmen dementsprechend zu vergrößern. Es wird dann über 4000 Personen beschäftigen. So vollzieht sich während der Kriegszeit auch in der Schuhindustrie eine bedeutende Betriebs- und Kapitalkonzentration.

In der Kornwestheimer Schuhfabrik werden die gesamten Salamanderschuhe hergestellt, für deren Vertrieb aber wieder eine besondere Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Stuttgart bestellt.

Zus der ober-schlesischen Schwerindustrie.

In der Sitzung des Aufsichtsrats der Vereinigten Königs- und Laurahütte berichtete der Generaldirektor, Geheimrat Berggrün, über die Ergebnisse des 3. Vierteljahres des laufenden Geschäftsjahres 1915/16 (Januar-März 1916):

Auf dem Rohlenmarkt war und blieb die Nachfrage aus allen Absatzgebieten unverändert lebhaft. Die Belegschaftsziffer hielt sich auf etwa gleicher Höhe. Die von ihr abhängige Förderung zeigt bei 77 Förderertagen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mit 74 Förderertagen eine Steigerung um 27 Proz. Der Verkauf hob sich um 20 Proz. über den vorjährigen, dem höhere Halbenbestände zur Verfügung standen. Der Vorteil aus gesteigerter Förderung und besserer Verwertung deckte die durch wachsende Materialkosten, Löhne und Arbeiterwohlfahrt verteuerten Gesehungs-kosten.

Die schlesischen Hütten haben bei wachsendem Auftragsbeleg trotz der durch den Krieg hervorgerufenen großen Schwierigkeiten die Erzeugungs- und Absatzziffern der Friedenszeit erreicht. Die durch erhöhte Rohmaterialkosten und Löhne erheblich gestiegenen Selbstkosten wurden durch entsprechende höhere Erlöse ausgeglichen, welche auch für Stabeisen und Bleche nach langer Zeit wieder angemessenen (?) Ruhen brachten. Die Beschäftigung umfaßte neben dem Bedarf der Staatseisenbahnverwaltung in erster Reihe direktes und indirektes Kriegsmaterial. Die Nachfrage für den Inlands-Friedensbedarf ist demgegenüber noch nicht so hoch und auch noch abwartend; nach dem neutralen Auslande gingen nur 3 Proz. des Gesamtverbandes.

Von den beiden polnischen Hüttenwerken war nur das Guß- und Stangenzell Wschowonia in dauerndem Betriebe, während die Katharinahütte nach wie vor eingestellt blieb. Beide Werke trugen zum Gewinn nicht bei, sondern forderten weiter Zuschüsse zur Unterstützung der Arbeiter und zur Erhaltung der Anlagen.

Von Betriebsförderungen blieben die Werte verschont. Der im 3. Vierteljahr nach Abzug aller Unkosten und Zinsen verbliebene Gewinn betrug 3 507 445 M., so daß sich in den ersten 9 Monaten des laufenden Geschäftsjahres ein Gesamtgewinn von 9 023 528 M., d. i. 4 933 193 M. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, ergab. (B. T. B.)

Steigerung der Getreide- und Mehlausfuhr aus Rumänien.

Nach Angaben, die das Statistische Amt in Bukarest veröffentlicht, hat sich die Getreideausfuhr aus Rumänien im März 1916 auf 328 271 Tonnen gestellt gegen 42 901 Tonnen im März 1915. Für die ersten drei Monate des laufenden Jahres ergeben sich folgende Zahlen:

Weizen	242 826 To. gegen	128 To. im Vorjahre
Roggen	20 262 " "	4 686 " "
Weizen	230 410 " "	102 072 " "
Gerste	161 571 " "	45 047 " "
Hafer	42 731 " "	246 " "
Hirse	6 438 " "	1 106 " "
Raps	880 " "	6 140 " "

705 107 To. gegen 159 425 To. im Vorjahre

Auch die Ausfuhr von Mehl und Kleie hat sich vervielfacht. Im März 1916 wurden 7 205 Tonnen Weizenmehl ausgeführt (gegen 1 888 Tonnen im März 1915), und 3 159 Tonnen Kleie (im Vorjahre 741 Tonnen).

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 12 des achten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Ein wider Berein. — Schuppen an der russischen Front. Von Bernhard Kausch. — Die gefesselte Vertretung der Kinderkranken. Von Fr. Kleis. — Richtig gehende Uhren. Von Ernst Anton. (Mit Abbildungen.) — Einiges über Berstank I. Von Hans Sonntag. — Die Dageimgebildeten. Gedicht von Ludwig Lesken. — Aus der Jugendbewegung.

Neues Leben Nr. 5. Abonnementpreis 4 Fr. pro Jahr. Unions-Verleger Bern, Kapellenstr. 6.

Sidmanns Universal-Taschenatlas 1916. Geographisch-statistisches Nachschlagewerk. Geb. 4,50 M. V. Prentag u. Verant. Wien 7.

Belgische Einbrüche und Ausbrüche. Von Dr. E. Müller-Reinigen. 1 M. — Arie und Raftengigene. Von Olga v. Hoffmann. Geb. 80 Pf. — Der Treubruch Italiens. Von R. Gruner. Geb. 1,20 M. — Deutschland. Tatsachen und Sitten von Dr. Trisch. 1,20 M. J. B. Lehmanns Verlag, München.



Herren-Hosen

In sehr großer Auswahl
Neueste Ausmusterungen
für Straße und Gesellschaft

Vorteilhafte Preise

M. 6.- 8.- 10.- 12.- 15.-
18.- 21.- 24.- 27.- 30.-

BAER SOHN

Chausseestr. 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter St. 20 Geogr. 1801 Schöneb., Hauptst. 10
Nächsten Sonntag 8-10 u. 2-6 geöffnet.

Deutsches Theater.
Molière-Abend! Letzte Aufführung:
8 Uhr: Der eingebildete Kranke. —
Die Lästigen. Argan u. Ergasto:
Pallenberg.
Freitag, zum 1. Male:
Die Familie Schimek.
Johannes Nepomuk Zawadil:
Max Pallenberg.
Kammerspiele.
Heute u. Freitag 8 1/2: Der Welt-
teufel (mit Lucie Höflich).
Volksbühne. Theater 2. Bülowpl.
Heute u. Freitag 8 1/2: Der Silberpelz.
(Wehrhahn: Hans Waldmann.)

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
Täglich
8 1/2 Uhr: **Der 7. Tag.**

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Ein
Kaienspuk
Studentenbild
von Wehler.
Anfang 8 Uhr.

Gessing-Theater.
8 1/2 Uhr: **Schwarzer Peter.**
(Albert Bassermann).
Nachm. 3 Uhr: Komödie der Worte.
Freitag: **Gespenster.**
(Albert Bassermann).
Deutsch. Künstler-Theater.
8 1/2 U.: **Die selbige Exzellenz.**

National-Theater
Köpenicker Str. 68. Tägl. 7 1/2 U.
Als ich noch im
Fügelkleide...
Bestor Lustspielschlager.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Götterfest Alwin Neud:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
4 Uhr: Gr. Gartenbesichtigung.
Kongert, Theater, erste Kunststraße.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: **Hedwig, die Banditenbraut**
4 Uhr: Im Garten Borsteilung.

WINTERGARTEN

URANIA Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
**An den Grenzen von Süd-
tiro! und Italien.**
Freitag 8 Uhr: Professor Dr.
Donath und Dr. Walther Thiem:
**Das photographische Bild
in den natürlichen Farben.**

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Donnerstag, den 1. Juni (Himmelf.),
Freitag, den 2. Juni:
Goldener Boden.
Volksstück mit Gesang in 4 Aufzügen
v. Leop. Eld u. Karl Wibel.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Bei schön. Wetter im Garten. Anf. 6 U.

300
Heute:
Gr. Militär-Konzert.
Zoo je 50 Pf. Kinder die
Aqua je 50 Pf. Hälfte.
Aquarium.

Theater für Donnerstag, den 1. Juni.

Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: **Der Wildschütz.**
8 Uhr: **Die Fledermaus.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 1/2 U.: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater.
8 1/2 U.: **Die Hochzeitsreise.**

Komische Oper.
8 1/2 Uhr: **Der selbige Balduin.**

Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: **Brauchbar & Fix.**

Metropol-Theater
8 U.: **Die Großherzogin v. Gerolstein.**

Montis Operetten-Theater
Gastspiel des Kleinen Theaters:
8 1/2 Uhr: **Onkel Bernhard.**

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: **Fliegende Blätter.**

Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Ehrliche Arbeit.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Mutter Thiele.**

Thalia-Theater.
8 1/2 U.: **Blondinchen.**

Theater am Nollendorfpf.
7 1/4 Uhr: **Das Fürstenkind.**
8 1/2 U.: **Immer feste druff!**

Theater des Westens
8 1/2 U.: **Kubinke.**

Trianon-Theater.
8 1/2 U.: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**
8 1/2 U.: **Tante Tüs'chen.**

Theater für Freitag, den 2. Juni.

Deutsches Opernhaus, Charlottend.
8 Uhr: **D. Nachtlager i. Granada**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
8 1/2 U.: **D. Dreimäderlhaus**

Kleines Theater
Die Hochzeitsreise.
Die Dienstboten.

Komische Oper
8 1/2 U.: **Der selbige Balduin.**

Lustspielhaus
8 1/2 U.: **Brauchbar & Fix.**

Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Großherzogin v. Gerolst.**

Montis Operetten-Theater
Gastsp. des Kleinen Th.
8 1/2 U.: **Onkel Bernhard.**

Residenz-Theater
8 1/2 U.: **Fliegende Blätter.**

Schiller-Theater O
8 Uhr: **Der Ehrenbürger.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
Der Kammersänger.
8 Uhr: Hockenjos. Erster Klasse.

Thalia-Theater
8 1/2 U.: **Blondinchen.**

Theater am Nollendorfpf.
7 1/2 U.: **Immer feste druff!**

Theater des Westens
8 1/2 U.: **Kubinke.**

Trianon-Theater
8 1/2 U.: **Tante Tüs'chen.**

Zum vorletzten Male:
„Arizonda“
Das Mädchen mit den
Schicksalsaugen
Dazu:
Oscar | Lucy
Sabo | Kieselhausen
sowie der große
Varietéspielplan!
Sonabend, den 3. Juni:
Neu einstudiert:
„Venus im Grünen“ Operette
Oscar Straus.

Admirals-Palast
Heute 2 Vorstellungen
4 1/2 und 9 Uhr.
Das herrliche Eisballett
Frau Fantasie.
Nachm. kl. Preise, abd. 2, 3, 4 M.

Palast
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 U.
Heute zum 1. Male:
Der Zug nach dem Balkan
(Berlin - Wien - Budapest -
Sofia - Konstantinopel)
Variété-Revue in 5 Stationen
von Otto Reutter
Musik von **Paul Lincke.**
Dazu die neuen Lust-Spezialitäten.

Nur für Herren
und Junglinge, welche sich billig
kleiden wollen, empfehlen wir aus
feinsten Maßstoffen zurüggegebene
Anzüge M. 15 bis 45, Paletots
M. 16 bis 38, Hosen M. 6 bis 12.
Gesellschaftsanzüge sehr preiswert.
Deutsches Garderobehaus,
Grosse Frankfurter Strasse 118. I.

Der Reichstag zu den Steuerfragen.

Reichstag.

56. Sitzung, Mittwoch, den 31. Mai 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesrätisch: Dr. Helfferich, v. Jagow.

Eine Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1916 600 000 M. als erste Rate zur Errichtung eines Gesandtschaftshauses in Sofia) wird nach kurzer Empfehlung seitens des Staatssekretärs v. Jagow genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines

Kriegsgewinnsteuergesetzes.

Hierbei wird eine allgemeine Debatte über sämtliche Steuerentwürfe zugelassen.

Abg. Herold (Z.):

Ueber die Steuerentwürfe ist eine Verständigung der bürgerlichen Parteien mit den Verbündeten Regierungen erzielt worden. An dem grundsätzlichen Standpunkt, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten und den Gemeinden vorbehalten bleiben, ist durch die Vorlage nichts geändert worden. Die Besteuerung der Kriegsgewinne ist ja sehr populär, zeigte sich aber nicht als durchführbar; deshalb schlugen die Regierungen eine allgemeine Vermögenszuwachssteuer vor. Die Kommission hat die vorgeschlagenen Sätze verdoppelt und die Staffelung wirksamer gestaltet. Eine Schätzung des Ertrages dieser Steuer ist ganz unsicher, die hohen Sätze der Steuer lassen sich nur als ganz außerordentliche Kriegsmassnahme rechtfertigen. Der Vermögenszuwachs und das Streben nach ihm ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit für den einzelnen sowohl wie für den Staat. Ohne die gewaltige Vermehrung der Vermögen in den letzten Jahrzehnten hätten die Kriegsausgaben nicht geleistet werden können. Abänderungsanträge werden wir nur zustimmen, soweit sie von den bürgerlichen Parteien herrühren, die das Kompromiß mit den Verbündeten Regierungen geschlossen haben. — Um neben dem Kriegsgewinn auch den Besitz zu treffen, ist auch eine Steuer für alle Vermögen zugiebt, die sich um nicht mehr als 10 Prozent verringert haben. Diese Besitzsteuer soll 150 Millionen bringen. Den Antrag, eine neue Rate des Wehrbeitrages zu erheben, haben wir abgelehnt, der Wehrbeitrag sollte ausdrücklich nur ein einmaliger sein. — Bei den indirekten Steuern hat die Kommission sich bemüht, eine Reihe von Härten der ursprünglichen Vorlage zu beseitigen. Die Kommission hat die Steuererträge erheblich gesteigert. Die Bevölkerung zeigt sich bereit, nicht nur ihr Blut, sondern auch Geld und Gut zu opfern, damit wir zu einem glänzenden Siege gelangen.

Abg. Stolten (Soz.):

Die weittragenden Änderungen der Steuerentwürfe durch die Kommission beweisen, daß die Regierung den Bedürfnissen des Volkes bei solchen Gelegenheiten eigentlich niemals das richtige Verständnis entgegenbringt. Die Steuerentwürfe waren noch ganz im Geiste der althergebrachten Finanzpolitik geblieben und ließen jeden neuen schöpferischen Gedanken vermissen, ebenso auch das nötige Verständnis für die politische Wirkung der Steuern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Geist der Neuorientierung hat sich leider auf diese Steuerentwürfe nicht erstreckt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsschatzsekretär freilich suchte den Anschein zu erwecken, als ob er dem Reichstag etwas Neues gebracht habe; er räumte nämlich, er habe den richtigen Ausgleich zwischen direkten und indirekten Steuern gefunden. Wenn ein solcher Ausgleich wirklich gefunden werden könnte, müßte er sich in den Wirkungen zeigen. Da aber hört bei seinen Vorlesungen jede feuerpolitische Gerechtigkeit auf. Die Steuerlast aus Verbrauchs- und Verkehrsabgaben wirkt nicht im mindesten proportional der Leistungsfähigkeit, sondern sie wirkt progressiv nach unten, d. h. sie belastet die Leute mit kleinerem Einkommen verhältnismäßig härter. Auch die Umsatzsteuer wird vom ersten Verkäufer bis zum letzten Verbraucher immer in die Preise hineinkalkuliert, und daher auch am letzten Endes von dem Verbraucher bezahlt. Die Umsatzsteuer ist daher treffend charakterisiert worden als eine Gewerbesteuer der bedenklichsten Art. Der Vordrucker meint, sie werde eine Verlastung für den Verkehr nicht mit sich bringen. Man braucht sie aber nur in den Einzelheiten anzusehen, wie sie festgesetzt, wie sie kontrolliert werden soll, um eine ganze Menge von Schwierigkeiten und Scherereien für das gewerbliche Leben zu erkennen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Postzuschläge werden zu einer erheblichen Erhöhung und Verteuerung des Verkehrs beitragen. Doppelt bedenklich ist, daß zu einer Zeit, wo die Wiederbelebung des Verkehrs ein Lebensbedürfnis für unsere gesamte Volkswirtschaft sein wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Freilich ist in die Vorlage hineingeschrieben, die Zuschläge sollen spätestens nach Ablauf des zweiten Rechnungsjahres nach Friedensschluß abgeschafft werden, wenn der Reichstag es verlangt. Aber diesem Wechsel auf die Zukunft traue ich sehr wenig. Die Erfahrungen der Vergangenheit sollten uns davon abhalten, zubielt Glauben an solche Versprechungen zu hegen. Ich erinnere nur an die vielen Versprechungen auf Ermäßigung der Zucksteuer. Aber selbst wenn zwei Jahre nach dem Kriege die Aufhebung erfolgt, so werden doch in der allerwichtigsten Zeit diese Abgaben ein Hindernis für die Verkehrsentwicklung sein. Für die Erhöhung der Tabakabgaben hat man geltend gemacht, die Tabakindustrie werde sehr stark für die Heeresleitung beschäftigt und es bestehe daher keine Gefahr, daß Arbeitslosigkeit eintrete. Selbst wenn das zuträfe, mit dem Friedensschluß hört das auf und dann droht der Tabakindustrie eine Katastrophe. Selbst wenn an direkten und indirekten Steuern gleich hohe Summen gewonnen würden, wäre der feuerpolitischen Gerechtigkeit noch lange nicht genügt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei den gegenwärtigen Steuerentwürfen ist aber nicht diese zahlenmäßige Gleichheit vorhanden. Tabak und Verkehr sollen 480 Mill. bringen, und durch die Umarbeitung der Luittungssteuer wird die Summe voraussichtlich noch erheblich vermehrt werden. Ferner sieht ja die Kriegsgewinnsteuer außerhalb des Rahmens der Steuern, sie soll ja ein außerordentliches Deckungsmittel sein und scheidet daher eigentlich für die Rebalanz zwischen direkten und indirekten Steuern in diesem Etat aus. Kein Teil dieses Hauses konnte feuerpolitische Gerechtigkeit in den Vorlagen erkennen, sonst hätten ja die Bedenken nicht aufstehen können, die aufgetaucht sind. Es bestand ja die gemeinliche Ueberzeugung, daß aus den Besitzsteuern mehr herausgeholt werden sollte. Das ist ja durch die Kommission auch erreicht, freilich nicht in der rationellsten Form. Wir Sozialdemokraten wollten den Besitz härter belegen, um die Verbrauchs- und Verkehrsabgaben am liebsten ganz fallen zu lassen oder doch erheblich zu beschränken. Die bürgerlichen Parteien aber haben schließlich eine Vermehrung der Besitzsteuer nur verlangt, um die Verbrauchs- und Verkehrssteuern besser gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Ich glaube, daß sie dafür weder auf der einen noch auf der anderen Seite Anerkennung finden werden. Es kommt hinzu, daß die Steuern auf den Besitz nur einmalig sein sollen, während die Verbrauchs- und Verkehrsabgaben dauernde Abgaben sein werden, auch dann, wenn etwa der Wunsch beschloffen werden sollte, sie nach zwei Jahren wieder zu beseitigen. Das wird an der dann vorliegenden Finanzlage scheitern. In der Kommission hat der Staats-

sekretär den Spieß umgedreht, indem er sagte: Wollt Ihr mehr Besitzsteuern, dann muß ich auch mehr indirekte Steuern haben. Die Regierung hat ihre Zustimmung zur Vermehrung der direkten Steuern nur unter der Bedingung gegeben, daß auch die indirekten Steuern vermehrt würden. Anzuerkennen ist, daß die Kriegsgewinnsteuer im Ausmaß eine ziemlich wesentliche Verstärkung erfahren hat. Trotzdem ist die Vorlage im einzelnen nicht so ausgefallen, wie wir es wünschen. Trotzdem aber dürfen wir uns auf jeden Fall das wesentliche Verdienst zuschreiben, daß die Verschärfungen überhaupt in die Vorlage hineingekommen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ohne unser Drängen nach noch erheblich weiteren Verschärfungen wären die bürgerlichen Parteien sicher nicht so weit gegangen. Leider sind unsere Bemühungen in der entgegengesetzten Richtung, die Verbrauchs- und Verkehrsabgaben zu beseitigen, vergebens geblieben. Für diesen Teil der Steueraktion müssen wir daher die Verantwortung ablehnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir halten diese Steuern wenigstens in diesem Moment für durchaus nicht notwendig. Was die Gewinnsteuer anlangt, so glaubte man nach der ersten Vorlage, daß 50 Prozent der Kriegsgewinne für die Sonderabgabe bestimmt sein sollten. Das hat das große Publikum auch für durchaus gerechtfertigt gehalten. Es hat ja auch Leute gegeben, die eine vollständige Konfiskation aller Kriegsgewinne für angebracht gehalten haben. In der Tat aber sind nach der Vorlage diese 50 Proz. nur für die allergrößten Millionengewinne vorgesehen und auch da nicht einmal ganz. Bei 20 Millionen kommen erst 24 Proz. in Frage. Auch ein Zentrumsvertreter hat in der Kommission die Erhöhung dieser Sätze als notwendig bezeichnet. Der Grundgedanke der Regierungsvorlage, das Mehreinkommen höher zu besteuern, war durchaus richtig, weil so die einzige Möglichkeit geboten war, aus dem Vermögenszuwachs im allgemeinen den eigentlichen Kriegsgewinn herauszuschälen. In der ersten Lesung der Kommission hat man auch auf diesem Grundgedanken weitergebaut. Außerdem wurde beantragt, eine noch malige Erhebung des Wehrbeitrages in das Gesetz hineinzufügen, um auch die großen Einkommen und Vermögen zu den Kriegslasten heranzuziehen, die seine besonderen Kriegsgewinne gemacht haben. Das Versprechen der Regierung, den Wehrbeitrag nicht noch einmal zu erheben, ist zu einer Zeit gegeben worden, als von diesem Wehrtrag noch keine Rede war. Unter den jetzigen so gänzlich veränderten Umständen auf dies gegebene Wort Bezug zu nehmen, scheint mir durchaus hinfällig. An Stelle des noch maligen Wehrbeitrages ist nun die fingierte Vermögenszuwachssteuer gekommen. Der ursprüngliche Gedanke der härteren Erfassung der Kriegsgewinne ist bei den Kompromißverhandlungen fallen gelassen worden. Aller Vermögenszuwachs soll von den erhöhten Steuerhöhen gleichmäßig erfaßt werden. Der höchstwertige Kriegswunderer wird nicht härter herangezogen, als derjenige, der sich in der Kriegszeit mit seiner Familie Entbehrungen auferlegt hat, um auch in dieser Zeit auch noch für die Sicherstellung seines Alters etwas zurücklegen zu können. Für kleine Verhältnisse ist durch eine besondere Bestimmung eine gewisse Milderung vorgesehen. Entscheidend bei den Kompromißverhandlungen ist offenbar der Einspruch der einzelstaatlichen Finanzminister gewesen. Der Kompromißbeschluss bedeutet den Rückzug vor der dualistischen Finanztheorie, wonach die Besteuerung von Einkommen und Vermögen einzelnen Bundesstaaten vorbehalten werden muß. Aber gegenüber der ungeheuren Änderung der Verhältnisse wird diese Finanztheorie auf die Dauer doch nicht aufrechterhalten werden können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß sind die Lasten der Bundesstaaten durch den Krieg erheblich vermehrt worden. Das bedingt aber nicht, daß man den Einzelstaaten es auch in Zukunft völlig überläßt, mit diesen Verhältnissen völlig fertig zu werden. Nach dem Kriege wird vielmehr eine allumfassende und zusammenfassende Regelung der Finanzverhältnisse zwischen dem Reich und den Einzelstaaten erfolgen müssen. Das Reich als der kriegsführende Teil ist verpflichtet für die Ausgaben der Einzelstaaten, aus Anlaß des Krieges aufzukommen. Die direkten Steuern werden dann unter Führung des Reichs in verständiger Weise ausgebaut werden müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Lösung dieser Aufgabe wird sehr viel schwieriger, als alles was der Reichsschatzsekretär bisher geleistet hat. Aber ohne ihre Durchführung werden wir nicht zu erträglichen Verhältnissen kommen. Gerade deshalb ist das jetzige Jurächtwerden vor dem Widerspruch der Finanzminister gegen die Ausdehnung der direkten Reichsteuern sehr verhängnisvoll. Würde der Reichstag den noch maligen Wehrbeitrag beschließen, so würde die Regierung daran die Vorlage nicht scheitern lassen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie würde sonst beweisen, daß sie für die politischen Wirkungen dieser Vorlage im Volke sehr wenig Verständnis hat. Der Reichstag ist gewissermaßen der Vermögensverwaltung der Steuerzahler, die ihm gewählt haben und hat deshalb ein viel höheres Recht als die Regierung, über die Gestaltung der Steuern zu bestimmen. Die Steuern werden doch aus den Taschen der Steuerzahler und nicht aus dem Portemonnaie der Regierung bezahlt. Der Reichstag sollte sich noch in letzter Stunde nicht abhalten lassen, seinen Willen durchzusetzen. Deshalb haben wir die Wiederherstellung des Wehrbeitrages nochmals beantragt. Dieser Wehrbeitrag ist unendlich viel vernünftiger als das Konstrukt dieser Vermögenszuwachssteuer der Vorlage. Die Konstruktion dieser Vermögenszuwachssteuer in Fällen, wo in der Tat kein Vermögenszuwachs, sondern ein Vermögensverlust vorhanden ist, ist ebenso lustig wie lustig. Es ist eine Keilgeburt, deren Vater der Abscheu der Finanzminister vor der Reichsreform und Einkommensteuer ist. Es wird hier die alte Kalenderregel in das Steuerwesen übertragen: „Rathies macht's Eis, find' er leins, macht er eins“. (Heiterkeit.) Durch diesen Beschluss ist ein völliger logischer Widerspruch in das Gesetz gemacht. Die ganze Kriegsgewinnsteuer beruht auf der Voraussetzung eines erheblichen Vermögenszuwachses. Daraus sollen ihre Erträge fließen. Andererseits wird aber ein Vermögensverlust von 10 Proz. nach den weiteren Beschlüssen als das Normale betrachtet, denn es heißt, wer weniger als 10 Proz. verloren hat, ist verpflichtet, eine besondere Steuer zu zahlen. Da fehlt, wie gesagt, jeder logische Zusammenhang. Es kommt hinzu, daß nach dieser Steuerregelung auch Millionenvermögen von dieser Sondersteuer frei bleiben, wenn sie vielleicht 10 Proz. verloren haben. Für den Fall, daß Sie, wie wir fürchten, unseren Antrag auf Wiederherstellung des Wehrbeitrages ablehnen, haben wir beantragt, wenigstens bei der vorgesehenen Steuer bei dem höheren Vermögen auch höhere Sätze einzufügen. Ein weiterer großer Mangel der Vorlage ist

die Freigabe der Erbschaften

von der Kriegsgewinnsteuer. Die Erbschaftsteuer muß zu einer ergiebigen Einnahmequelle für das Reich gemacht werden. Dabei haben wir durchaus Verständnis für das Verlangen, daß die nahen Verwandten für die im Kriege Gefallenen nicht noch mit Steuern belastet werden. Wohl aber müssen die laßenden Erben herangezogen werden. Es bietet sich gerade jetzt die einzige Gelegenheit, die Erbschaften von entfernten Verwandten zur Steuer heranzuziehen. Nach dem Krieg wird sich dann die Gelegenheit, die Erbschaftsteuer weiter auszubauen, von selbst ergeben. Jedenfalls darf man jetzt nicht an einer Gelegenheit vorübergehen, wo das Geld sozusagen auf der Straße liegt.

Die Kriegswunderer und Kriegslieferanten haben durch die Vorlage eine angenehme Enttäuschung erlebt und auch noch nach den Verschärfungen in der Kommission werden sie noch viel billiger davon kommen, als sie vorher angenommen hatten. Immerhin bietet die Kriegsgewinnsteuer eine nicht unwesentliche Belastung des Gewinnes und deshalb erscheint sie uns immerhin viel annehmbarer als die weitere Anzapfung der Steuerquellen, aus denen das Reich bisher seine Einnahmen gedeckt hat. Der ungeheure Bedarf des Reiches macht es dem Besitz zur unausweichlichen Pflicht, tief in den eigenen Beutel zu greifen. Wenn wir den Feind im eigenen Lande hätten, würden gerade die Willen der Besitzenden zerstört und ihre Reichtumsquellen veräußert worden sein. Die ungeheuren Opfer der Massen draußen haben die Besitzenden vor diesen Verlusten bewahrt. Mit diesen ungeheuren Opfern kann keine noch so hohe Steuer der Besitzenden irgendwie in Vergleich gestellt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Statt Verluste zu erleiden, haben die Besitzenden noch zum Teil Millionen- und Milliardengewinne gemacht, während auf der anderen Seite Hunderttausende Leben und Gesundheit geopfert oder durch den Krieg in ihrem Erwerbleben ruiniert worden sind. Was will es diesem unglücklichen Lande gegenüber bedeuten, wenn Leute, die im Kriege ihr Vermögen erhalten oder gar noch vermehrt haben, einige Prozent mehr bezahlen müssen. (Sehr gut! bei den Soz.) Um so weniger wäre es angebracht, gefährliche Steuerexperimente zu machen, die schon in naher Zeit zu einem Hemmschuh für unsere wirtschaftliche Entwicklung werden können, wie das bei der Tabaksteuer, den Verbrauchsabgaben und besonders der Umsatzsteuer zutrifft. Es besteht keine zwingende Notwendigkeit, zu diesen Verlastungssteuern zu greifen. Wir lehnen diese Steuern unter allen Umständen ab und werden mit gutem Gewissen dafür draußen vor allem Volke die Verantwortung übernehmen. Der Reichsschatzsekretär sagte in der Kommission, das Volk verleihe, in welcher Lage sich das Reich befindet. Gewiß, aber es wäre nur zu wünschen, daß auch die Regierung besser verstände, in welcher Lage sich unser Volk und unsere Volkswirtschaft befinden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Stimmen Sie unseren Anträgen zu, das wird bei den Massen mehr Anklang finden als die Kompromißvorschläge. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es läuft ein Antrag Scheidemann auf namentliche Abstimmung über die Anträge Albrecht und über das gesamte Kriegsgewinnsteuergesetz ein. Auf Vorschlag des Präsidenten werden die Abstimmungen auf Freitag nachmittag vertagt.

Abg. Dr. Wiemer (Sp.):

Ich bedauere, daß es nicht gelungen ist, alle Parteien des Reichstags zur Verständigung über die Steuerentwürfe zu bringen. An Bemühungen in dieser Richtung haben wir es nicht fehlen lassen. Die Verständigung mit der Sozialdemokratie ist aber gescheitert an der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit über die indirekten Steuern. Die Sozialdemokraten waren für die Erhöhung der Tabak- und Verbrauchsabgaben nicht zu haben. Ohne diese aber war die Steuerentwürfe nicht zu machen. Wir stellten die Bedingung, daß die Kriegsgewinnsteuer nicht die einzige Besitzsteuer sein solle. Diese Bedingung ist erfüllt worden. Daß der Wehrbeitrag gefallen ist, bedauern wir genau so wie die Sozialdemokraten. An ihre Stelle ist die Kriegsteuer vom Vermögen getreten. Daß sie nur einmalig sein soll, halten wir für einen Nachteil. Aber die Kriegsteuer ist nicht der Augenblick für eine großartige Reform des gesamten Steuerwesens. Bei dieser nach dem Kriege notwendigen Reform wird sich der Grundsatz: „dem Reiche die indirekten, den Einzelstaaten die direkten Steuern“ nicht aufrechterhalten lassen. Es wird heißen müssen: „das Reich voran!“ (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Nur das Gedeihen des Reiches, auch auf finanziellem Gebiet, verbürgt das Gedeihen der Einzelstaaten. Die Ausführungen, die der preussische Finanzminister gestern im Abgeordnetenhaus gegen direkte Reichsteuern gemacht hat, stehen auf der Höhe des Geistes der Landwirte, die sagen: Nichts darf aus meinem Kreis heraus für die Allgemeinheit. (Sehr gut! bei der Volkspartei.) Herr Lenze war besonders ungehalten über die Tätigkeit der Volkspartei bei der Bestimmung der Steuern. Dem einen sein Mhl ist dem andern sein Nachteil, und die schwarze weiße Mhl erscheint uns als schwarze weiße Nachteil (Heiterkeit). Freilich entspricht die Bestimmung der Besitzsteuer nicht unseren Wünschen, aus dem Jungbrunnen des Herrn Deffrich ist statt einer blühenden Jungfrau nur ein verschumpeltes altes Weibchen herausgekommen (Heiterkeit). Aber bei dieser feuerpolitischen Eintagsfliege kommt es wirklich nicht auf die äußere Gestalt an, sondern auf das finanzielle Ergebnis, und das ist keineswegs ein schlechtes Minimum, wie Herr Stolten es dargestellt hat. Er hat die Besitzsteuern gewissermaßen als Ablatzmittel hingestellt, den wir den Wählern überreichen wegen der von uns vorgenommenen Erhöhung der indirekten Steuern. Das ist nicht richtig. Wir haben von vornherein keinen Zweifel gefaßt, daß wir ohne Erhöhung der indirekten Steuern nicht auskommen werden. Im Frieden würden wir vernünftigerweise diesen Steuerentwürfen die Zustimmung verweigert haben, im Kriege aber müssen wir dem Reich alle Mittel gewähren, um den Kredit des Reiches vor Erschütterung zu bewahren. Am schwersten fällt uns die Zustimmung zur Umsatzsteuer. Die Luittungssteuer, die ja gefallen ist, wird hoffentlich nicht noch einmal von der Regierung eingebracht werden, diesen Leinwand wird sie hoffentlich nicht noch einmal versuchen zu galbanisieren. Die Zustimmung zur Umsatzsteuer wurde uns ermöglicht durch die Gestaltung, da die Belastung aus ihr im ganzen recht gering sein wird. (Na, na! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem erlauben wir die Verpflichtung an, nachdem wir die Ausgaben bewilligt haben, auch für die Einnahmen zu sorgen, und das Volk wird die unbedingt notwendigen Lasten gern auf sich nehmen, damit wir den Krieg zum siegreichen Ende führen können. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Reinath (natl.):

Es liegt in der Natur eines Kompromisses, daß niemand die Beschlüsse mit ganz ungeleiteter Freude vertreten kann. Jedenfalls sind die Besitzsteuern während des Krieges erheblich gewachsen. 1907 brachten die Besitzsteuern 53,3 Proz. der gesamten Steuern, jetzt bringen sie 61,4 Proz. Die Besteuerung des Verbrauchs und Verkehrs war unvermeidlich, wenn die notwendige Summe aufgebracht werden sollte. Trotz aller Bedenken mußten wir daher auch den Verbrauchs- und Verkehrssteuern zustimmen. Die Frage der Veranziehung der Erbschaften wollten wir jetzt nicht wieder aufrollen, der Kriegsgewinnsteuer stimmen wir zu. Allerdings darf auch hier keine Ueberstimmung eintreten, und die festgesetzten Beträge sind schon recht hoch. Die Verhandlungen geben uns das Vertrauen, daß auch nach dem Kriege eine gesunde Steuerreform zustande kommen wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Westarp (Z.):

Wir halten an dem Grundsatz fest, daß die direkte Besteuerung der Vermögen und Einkommen den Einzelstaaten überlassen bleiben muß. Ihre finanzielle Selbstständigkeit ist die Grundlage ihrer staatlichen Selbstständigkeit, die durch die Verfassung gewährleistet ist. (Bravo! rechts.) Wenn das Reich ohne Rücksicht auf die Einzelstaaten seine Hand auf die direkte Vermögens- und Einkommensteuer legt, so erwächst daraus die Gefahr, daß der Besitz in einem Maße eingeschränkt und enteignet wird, das wir nicht billigen können, weil wir in dem Besitz eine wesentliche Grundlage unserer Wohlfahrt und Kultur erblicken. (Sehr wahr! rechts.) Aus diesen Gründen konnten

wir in der Kommission einer Wiederholung des Beibringens nicht zustimmen, denn das hätte zweifellos zu seiner Vereinerung geführt. Ebenfalls könnten wir der geplanten Ergänzungsgabe, der allgemeinen Besteuerung aller Vermögen zustimmen, die einen direkten Eingriff in das Recht der Einzelstaaten bedeutet hätte. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung an ihrer ursprünglichen Vorlage festgehalten hätte. (Sehr wahr! rechts.) Der Kompromißvorschlag, dem die Regierung schließlich zugestimmt hat, bringt auch eine gewisse Vermögenssteuer. Wir können dafür die Verantwortung nicht übernehmen. Ein Teil meiner Freunde wird daher gegen das Kriegsgewinnsteuergesetz stimmen. Dagegen sind sie bereit, in den Einzelfragen für entsprechende Erhöhungen der Einkommens- und Vermögenssteuer einzutreten. Der Teil meiner Freunde, der für den Kompromißvorschlag stimmen wird unter Berücksichtigung der besonderen Sachlage, die durch das Zustandekommen der Verbündeten Regierungen herbeigeführt worden ist, gibt trotzdem ebenfalls den Grundsatze nicht auf, daß auch in Zukunft eine Grenzverschiebung zwischen der Steuererhebung des Reichs und der Einzelstaaten nicht erfolgen soll. (Sehr richtig! rechts.) Die Zustimmung wird diesem Teil meiner Freunde erleichtert durch den Charakter der Einmaligkeit der beschlossenen Steuer und ihren unmittelbaren Zusammenhang mit den Wirkungen des Krieges, sowie durch den Umstand, daß der Antrag auf hauptsächlich anzustellende Steuerkommissare fallen gelassen ist. Den Belastungen des Verkehrs stimmen wir ohne besondere Begeisterung zu. Gegenüber der früher vorgeschlagenen Luittungsteuer erscheint uns jedenfalls die beschlossene Umsatzsteuer als das kleinere Übel. Bei der Tabaksteuer ist uns die Hauptfahne der Schutz des einheimischen Tabakbaues. Wir erkennen an, daß auch die übrigen Parteien, namentlich die Fortschrittspartei, durch ihrer Ueberzeugung bei dem Kompromiß gebracht haben. Voraussetzung unserer Zustimmung ist natürlich, daß das Kompromiß bis zur dritten Lesung un verändert bleibt. Ein Unikum in der Reichsfinanzgesetzgebung dürfte es sein, daß der Reichstag um 200 Millionen über die Vorlage der Verbündeten Regierungen hinausgegangen ist. Er hat das in der Erkenntnis getan, daß diese Steuervorlagen nur ein Schritt auf dem Wege zu weiter notwendig werden größeren Vorlagen sind. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ein ideales Kompromiß gibt es natürlich nicht, denn es liegt im Wesen eines Kompromisses, daß jeder, der daran beteiligt ist, von seinen Idealen etwas opfern muß. Auch die Verbündeten Regierungen hätten sich eine idealere Lösung der Steuerfrage sehr wohl vorstellen können. Wenn die Regierungen trotzdem dem Kompromiß zugestimmt und dabei sehr erhebliche Opfer ihrer Ueberzeugung und ihrer einzelstaatlichen Interessen gebracht haben, so war für sie bestimmend der Wille, die Vorlage zur sicheren Annahme zu bringen, und den Reichstag für die Vorlage in einer möglichst geschlossenen Form zu vereinigen, die wir nach innen und nach außen brauchen. Erleichtert wurde uns die Zustimmung dadurch, daß in den Verhandlungen auch von denen, die am meisten einen Ausbau der Besitzbesteuerung verlangten, ausdrücklich erklärt worden ist, daß eine prinzipielle Verschiebung der Grenzlinie auf dem Steuergebiet zwischen Reich, Einzelstaaten und Kommunen nicht beabsichtigt werde. Die Regelung der grundsätzlichen Fragen bleibt der Zukunft vorbehalten. Ich bin mir klar darüber, daß darüber noch große Kämpfe geführt werden müssen. Aber dann werden wir keinen äußeren Feind haben. Heute haben wir bei allem, was wir sagen, auf das Nächste zu nehmen, was außerhalb unserer Grenzen vorgeht. Im Gegensatz zum Vorredner habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn die Regierung sich auf den Standpunkt der Ablehnung eines jeden Kompromisses stellt und an ihrer Vorlage festgehalten hätte, die wahrscheinliche Folge die Gefährdung der gesamten Vorlage, jedenfalls ihre Verschlimmerung in einer Weise gewesen wäre, daß die Erreichung ihres Zweckes vereitelt worden wäre. Auch glauben wir die Gefahr vermeiden zu müssen, bis zur dritten Lesung stets mit Zulassmehreheiten in so wichtigen Fragen kämpfen zu müssen. Ich weiß nicht, ob das Geschehenlassen einer solchen Situation mit der Gesamtlage, in der wir uns befinden, in Einklang gestanden hätte. Diejenigen Herren, die heute gegen das Kompromiß stimmen, haben das beruhigende Bewußtsein, daß damit das Zustandekommen der Vorlage nicht gefährdet ist. Für die Verbündeten Regierungen aber handelt es sich darum, ob sie einen Beschluß fassen sollten, der das Scheitern der Vorlage bedeutet hätte. Die Annahme des Wehrbeitrages war für uns absolut unannehmbar, schon mit Rücksicht auf die frühere Erklärung. Die Verbündeten Regierungen sind nicht gekommen, ein Wort, das sie gegeben haben, in dieser Weise entwerten zu lassen. (Oh! bei den Sozialdemokraten; Zuruf: Selbst wenn ein Weltkrieg kommt!) Es gibt auch im Weltkrieg andere Möglichkeiten! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Aufhebung des Delagerungsstatus ist auch versprochen.) Der Wehrbeitrag war auch materiell unannehmbar, weil er keine Rücksicht nahm auf die Veränderung der Substanz des Vermögens nach unten. Im Gegensatz dazu ergreift der Kompromißvorschlag nur die Vermögen, die sich vermehrt haben, die intakt geblieben sind oder die höchstens um 10 Proz. geringer geworden sind. Diese Beschlüsse passen sich den Kriegszuständen an und tragen in ihrer eigenen Struktur einen Säug gegen Wiederholungen. Die Vorwürfe der äußersten Linken dagegen, daß auch noch indirekte Steuern beschlossen worden sind, sind völlig unberechtigt. Das Deutsche Reich besteht nicht nur aus dem Reich selbst, sondern auch aus Einzelstaaten und Kommunen und aus dieser Entwicklung hat sich der Grundgedanke ergeben, daß die indirekten Steuern dem Reich, die direkten den Einzelstaaten und Kommunen gehören. Trotzdem hat ja schon das Reich auch den Weg der direkten Besteuerung beschritten; aber eine weitere Ausdehnung dieser direkten Steuern wünschen die Verbündeten Regierungen nicht und werden sie zu verhindern wissen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Antworten!) Außerdem kann niemand behaupten, daß durch die hier beschlossenen indirekten Steuern die großen Massen betroffen werden. (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Nicht einmal beim Tabak infolge der vorgeschlagenen Differenzierung der Steuer. Viel eher hätte das bei der Abschaffung des Verzolls der Fall sein können, wie sie in der Kommission von sozialdemokratischer Seite beantragt wurde. Die Opposition der äußersten Linken gegen den Umsatzstempel findet bei mir am wenigsten Verständnis, denn gerade diese Steuer nimmt doch Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit, indem sie jeden nach Maßgabe ihres Verbrauchs trifft. Ich halte diese Steuer für ausbaufähig, dazu gehören aber Erfahrungen. Im allgemeinen kann ich es nur begrüßen, daß die Debatten in der Öffentlichkeit über die Steuerfragen ruhig und sachlich geführt worden sind und daß daraus der Gedanke hervorgeht, daß dem Reiche gegeben werden muß, was des Reiches ist. Als Ruhmesblatt in der Geschichte des Reichstages aber wird es zu verzeichnen sein, daß er den formellen Ertrag dieser Steuern im Wege des Kompromisses erheblich über die Vorlagen der Verbündeten Regierungen hinaus erhöht hat. Damit hat sich der Reichstag den Dank des gesamten deutschen Volkes verdient. (Bravo!)

Abg. Mertin (Deutsche Frakt.):

erklärt, daß auch seine Freunde bis auf einen kleinen Teil dem Kompromiß zustimmen und bedauert, daß sich kein Weg gefunden habe, die reinen Kriegsgewinne erheblich heranzuziehen.

Abg. Bernstein (Soz. Arb.):

Von den volkswirtschaftlichen Wirkungen des Krieges kommen für die Steuerfrage erstens die allgemeine Verteuerung der Preise und des Zinsfußes und zweitens die Verschiebungen im Wohlstand, im Vermögen in Betracht. Eine Steuer- und Finanzpolitik hat danach die Aufgabe, der Verteuerung möglichst abzuhelfen und für die Verschiebung im Wohlstand einen Ausgleich zu suchen. Das Bündel Steuern, das uns hier vorliegt, tut hinsichtlich der Verteuerung das Gegenteil. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) und berücksichtigt die Wohlstandsverschiebung nur ganz unzulänglich. Vor allem wäre es not-

wendig gewesen, die Steuern in einem Mantelgesetz zusammenzufassen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Denn jede Finanzpolitik soll etwas Organisches sein. Wir werden die Steuern jedenfalls als Ganzes betrachten und behandeln. Steuern auf Verbrauch und Verkehr lehnen wir ab. Die indirekten Steuern greifen irgendwo in den Wirtschaftsprozess ein, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Betroffenen. Die Umsatzsteuer verworren wir, denn der Umsatz ist kein Maßstab des Gewinnes. Ebenso verworren wir die Tabaksteuer, die eine ganze Reihe von Geschäftskleuten und Arbeitern mit Ruin und Arbeitslosigkeit bedroht. Eine auf indirekten Steuern beruhende Steuerpolitik wäre verständlich in einem kapitalistischen Lande, wo die Kapitalbildung nicht ershwert werden darf. Deutschland ist aber ein kapitalreiches Land, der ganze Streit, der den Weltkrieg herbeigeführt hat, war ja ein Streit um Kapitalanlagen im Ausland. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Dieser Krieg hat zweifellos die Reichen im Deutschen Reich noch reicher gemacht. Daher der berechtigte allgemeine Ruf nach einer Kriegsgewinnsteuer. Was die Regierung in der Richtung brachte, war unzulänglich und wurde durch die Annahme des Wehrbeitrages in der Kommission verbessert, der aber durch das Kompromiß wieder herausgeworfen wurde. Was das Kompromiß statt dessen brachte, bezeichnete Herr Biemer treffend mit seinem Gleichnis, daß aus einer blühenden Jungfrau ein verschrumpeletes altes Weib geworden ist. Das Interessante ist nur, daß er dieses Weib heiraten will. Er denkt mit der „Herzogin von Gerolstein“, wenn man nicht kriegt, was man liebt, dann liebt man, was man kriegt. (Heiterkeit.) Jeder Kriegsgewinn muß sehr stark besteuert werden, denn von diesem Unheil soll wenigstens niemand materiellen Vorteil haben. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht. Die Angst vor einer allzu großen Kriegsgewinnsteuer können wir nicht teilen. In England greift man mit viel stärkerer Hand gegen die Kriegsgewinne ein als bei uns. Uebrigens hat sich der englische Schatzsekretär in seiner Rede an die englischen Verbände gehalten und die deutschen Finanzen aus dem Spiel gelassen. Das sollte man auch bei uns tun. Denn Spizen gegen das Ausland tun niemand weh, sondern täuschen nur das eigene Volk. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Wir wollen nicht, daß es Leute gibt, die Vorteile vom Kriege haben, deren Weizen blüht, je länger der Krieg sich hinzieht. Wenn Herr Hirsch gestern auch noch so sehr protestiert hat, so ist doch Tatsache, daß in seinen Kreisen sich die Leute befinden, die die stärksten Profite vom Kriege ziehen und sehr bemüht sind, diese Profite einzubastern und festzuhalten. Man kann in den Berichten der Handelszeitungen lesen, was bei den Schwereisen vorgeht. Sinnes und Ahnesen z. B. stehen jetzt auch die Werften in den Bereich ihrer Tätigkeit. — Was hier von Liebknecht über die Zeichnung der Reichsanleihe gesagt wurde, stand schon lange vorher in der „Times“. Ebenso waren im Ausland auch die Aeußerungen des Staatssekretärs Helfferich bekannt. Man kann eben das Ausland vor solchen Informationen nicht abschließen. Bewußt soll man in seinen Aeußerungen vorsichtig sein, aber auch mit seinen Gedanken von Eroberungsplänen (Präsident Dr. Kaempf bittet den Redner, zur Sache zu kommen.) Ich komme sofort darauf. (Heiterkeit.) Das geht zum Thema, denn jede Verlängerung des Krieges erhöht die Ausgaben und die Steuern. Je länger der Krieg sich hinzieht, um so mehr wächst das Kapital, der Krieg hat durchaus eine plutokratische Tendenz. Nicht nur der Kapitalbesitz wächst, sondern auch der Kapitalertrag in jeder Form des Zinses. Darum brauchen wir eine soziale Steuerpolitik und in dieser Hinsicht ist das Kompromiß durchaus unzulänglich. Den Grundsatze: Dem Reich die indirekten, den Einzelstaaten und Kommunen die direkten Steuern können wir am allerwenigsten in dieser Zeit anerkennen, wo das Reich vor so gewaltigen Ausgaben steht. Jeder Volkswirtschaftler muß eine baldige Beendigung des Krieges wünschen. Warum kommen wir denn nicht zum Frieden? Weil die Vertreter der Regierungen der herrschenden Parteien durch ihre Erklärungen sich selbst den Weg zu einer vernünftigen Politik verarmen. Es gäbe ein Mittel, schnell zum Frieden zu kommen, wenn alle Regierungen der kriegsführenden Länder zurüctreten und die Sache der Sozialdemokratie überlassen würden. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten, die erst durch den Krieg in die Sozialdemokratie hineingetragen worden sind, bin ich der Meinung, daß nur auf der Grundlage der sozialdemokratischen Grundzüge der Frieden gesichert wäre. Der Staatssekretär hat gestern gegenüber einer Bemerkung meines Freundes Dittmann ... (Präsident Kaempf: Sie können die Debatte von gestern heute nicht fortsetzen.) Dann kann ich nicht beweisen, was ich eben gesagt habe. Ich will nur noch eins sagen. Ich habe einen rein sachlichen Artikel geschrieben, der den grundsätzlichen Gegensatz zwischen Grew und dem Reichsanwalt darlegt. Er ist von der Zensur gänzlich gestrichen worden. (Präsident Kaempf: Ich bitte zur Kriegsgewinnsteuer zu sprechen!) Dem Kompromiß, in dem die direkten Steuern nur der Vorspann für indirekte Steuern sind, die eine schwere Belastung der Volkswirtschaft bedeuten, können wir nicht zustimmen. Ich bleibe dabei, nur bei der Sozialdemokratie ist der Volkswille, nur bei der Sozialdemokratie eine gerechte Steuererhebung. (Bravo! bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Der Abg. Bernstein hat uns England wieder als Vorbild der Finanzierung des Krieges hingestellt. Ich kann seinen Argumenten nicht folgen. Wir gehen von der Ansicht aus, daß während des Krieges dem deutschen Volke an Belastung nur das zugemutet werden soll, was unbedingt notwendig ist, um eine ordentliche Finanzwirtschaft im Gleichgewicht zu erhalten. Wenn England glaubt, weitergehen zu müssen, interessiert uns das erst in zweiter Linie. Die direkte Besteuerung geht übrigens in England gar nicht wesentlich über das hinaus, was bei uns insgesamt an direkten Steuern im Reich, Einzelstaaten und Kommunen bereits vorhanden ist. Dabei ist die hohe direkte Besteuerung in England aber begleitet von einer Erhöhung der indirekten Steuern, bei der Ihnen (zu den Sozialdemokraten) die Augen übergehen würden. Ich greife nur als kleine Andeutung heraus: Bier, Zucker, Tabak, Tee, Kaffee, Zigaretten, getrocknetes Obst, Mineralwasser, Zündhölzer, Postabgaben usw. Bei einem solchen Vergleich schneidet Deutschland nicht schlecht ab. Herr Bernstein hat gesagt, meine Rede hätte kriegerisierend gewirkt. Solche Reden sind doch aber mehr gehalten worden von Herren, die ihm bedenklich nahe stehen. Es wirkt zweifellos kriegerisierend, wenn gestern von einem Frieden gesprochen wurde, bei dem es weder Sieger noch Besiegte gibt. (Widerpruch bei der Soz. Arb.) Das muß im Ausland den Eindruck erwecken, als ob wir Deutsche, die heute Sieger sind, nicht mehr Aussicht hätten, Sieger zu bleiben, und das muß kriegerisierend wirken. (Sehr wahr! rechts.) Gestern sagte ich, Herr Dittmann habe wohl geglaubt, er spreche im englischen Parlament; nach den Schlussworten des Abg. Bernstein muß ich sagen, ich glaube, er hat sich vorge stellt, er wäre in Zimmerwald. (Anrufe bei der Soz. Arb.)

Abg. Dr. Seyda (Pole):

Unsere Bemühungen auf Verbesserung der Steuervorlage im sozialen Sinne sind leider vergeblich gewesen. Unsere Stellungnahme zu den Steuervorlagen wird uns um so schwerer gemacht, da die Regierung uns nach wie vor die Gleichberechtigung versagt. (Hört! hört! bei den Polen.) Wir wollen aber nicht den Anschein erwecken, als ob wir in der jetzigen Zeit dem Reich die Mittel versagen, die es zur Aufrechterhaltung der ins Wanken geratenen Reichsfinanzen bedarf. Daher stimmen wir dem Kompromiß zu.

Abg. Dr. David (Soz.):

Von prinzipiellen Grenzsteinen in bezug auf die Steuererhebung des Reichs und der Einzelstaaten steht in der Reichsversammlung nichts. Wir halten uns an diesen klaren Rechtsweg. Auch in der Praxis ist das uns immer vorgeführte Prinzip der Scheidung zwischen direkter und indirekter Besteuerung in Einzelstaaten und Reich so durchlöchernd, wie ein Sieb. Die direkte Besteuerung im Reich hing an mit der Zantimesteuer, dann folgte die Erbschafts-

steuer, der Wehrbeitrag, die Besitzsteuer, und jetzt die Kriegsgewinnsteuer. Wenn man sagt, man muß Rücksicht nehmen auf die Finanzen der Einzelstaaten und Gemeinden, so liegt uns das genau so am Herzen wie den anderen Parteien und der Regierung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Frage ist, liegt es im Interesse des Reichs und der Einzelstaaten und Gemeinden, daß wir eine Vereinheitlichung der gesamten Steuererhebung erzielen? Zweifellos ist der heutige Zustand des überkommenen Chaos, des Ruinens und des Zerfalls im Reich, Einzelstaaten und Kommunen himmelstreichend und führt zu den größten steuerlichen Ungerechtigkeiten. Also gerade im Interesse der Einzelstaaten und Kommunen fordern wir eine Vereinheitlichung der Steuererhebung innerhalb des ganzen Reichs. Diese Entwicklung wird sich auch allen Widerständen zum Trotz durchsetzen, die harten Tatsachen nach dem Kriege werden dazu führen. Wenn einmal die Milliardenausgaben kommen, dann kann man mit dem Steuerchaos nicht mehr weiter wirtschaften, dann wird eine einheitliche Reichseinkommen- und Vermögenssteuer die Grundlage für die gesamte Steuererhebung bilden. Das wird auch der Festigung des Reichsgedankens förderlich sein. Man muß endlich den Mut haben, das aus der Vergangenheit Ueberkommene, gänzlich unzulängliche zu beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß gibt es eine Grenze für die Belastung des Volkes. Aber heute ist diese Grenze noch lange nicht erreicht. Deshalb bestand während des Krieges keine Notwendigkeit, so bescheiden mit direkten Steuern zu sein und indirekte ungeheuerlich zu vermehren. Möglichst schickand und verärgert sind diese Steuern,

eine unwirtschaftliche und verärgerte Grobsekkerei.

Wollte man schon die Postgebühren erhöhen, so hätte man es einheitlicher machen können. Der Staatssekretär sagt, die Steuern belasten die Masse nicht. Die Bevölkerung wird die Antwort darauf geben; wenn wieder frei gesprochen werden kann, werden die Steuern eine ganz gewaltige Rolle spielen. Die Umsatzsteuer ist eine allgemeine Grobsteuer, aber nach ihrer Erhebung vom Umsatz, nicht vom Gewinn, eine ganz rohe. Sie trifft jeden Verbraucher, aber der Staatssekretär übersieht, daß der kleine Verbraucher durch jeden Grobchen härter belastet wird wie der große. Bei den direkten Steuern haben wir deshalb auch das Prinzip der Progression. Auch trägt diese Steuer die Tendenz der Verschärfung in sich.

Wenn je ein Kompromiß kompromittiert war, so dieses Steuerkompromiß, das der Regierung sogar noch eine Zugabe gebracht hat. Die Parteien hatten die Macht, auf dem Resultat der ersten Lesung zu bestehen. Die Regierung konnte die Steuererhebung nicht am Wehrbeitrag scheitern lassen. Gerade bei den Steuern muß das Parlament den Ausschlag geben, das ja die Masse repräsentiert, die die Steuern zu zahlen haben. Das Kompromiß soll nach dem Staatssekretär die Verschärfung des Steuerwerks verhindert haben. Aber statt eines Steuerwerks haben wir ja nur ein Sammelsurium, ein Steuerunterwerk ohne leitenden Gedanken, einen Notentwurf von Steuern. Wir sind bereit, dem Reich die Mittel für das Durchhalten einer geordneten Finanzverwaltung zu geben, aber ungewöhnliche, ungerechte, gemeinschädliche Steuern zu machen, sind wir nicht verpflichtet. 1913 erklärte auch Herr Erdberger, unter außerordentlichen Umständen würde eine Wiederholung des Wehrbeitrages erfolgen. Er sagte auch, durch die Presse, die der Wehrbeitrag in die Finanzhöhe der Einzelstaaten gelegt habe, werde die Reichsvermögenssteuer ihren Eingang halten. Damit vergleiche man die Art, wie Herr Perold sich heute gegen eine Reichsvermögenssteuer gewandt hat. Der Staatssekretär berief sich heute auf das „niemals“ der Regierung gegenüber einer Wiederholung des Wehrbeitrages. Nicht einmal der Weltkrieg sollte Umstände schaffen, die dieses Niemals brechen, obwohl wir doch in diesem Kriege das Wort gehört haben: Not kennt kein Gebot. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Regierung ist gerade in Steuerangelegenheiten dem Parlament gegenüber überhaupt nicht zu einem Niemals berechtigt. Was nach Herausreichung des Wehrbeitrages übriggeblieben ist, ist nur noch ein denaturierter Wehrbeitrag. (Heiterkeit.) Herr Biemer brachte das Bild von der zum alten Weiblein verschrumpeelten Jungfrau. Man kann dieses Weiblein aber durch Annahme unseres Antrags wieder in die blühende Jungfrau zurückverwandeln. Unser zweiter Antrag, in das Vermögensgesetz des Kompromisses wenigstens die Progression einzuführen, wurde zum mindesten dem alten Weiblein noch eine gute Dosis frischen Blutes zuführen. Ueber unsere Ausschaltung bei dem Kompromiß sind wir nicht betrübt. Wir standen als drohender Schatten hinter der Vereinbarung, und die verschärfte Skala ist lediglich unserem energischen Drängen zu danken. In den Rahmen des Kompromisses würde sich auch die Erbschaftsteuer mindestens für enterbte Verwandtschaftsgrade einfügen lassen, eine Ergänzung, die um so notwendiger ist, als sie später nicht mehr nachgeholt werden kann. — Den Antrag Bernstein, der 100 Proz. des Vermögenszuwachses wegsteuern will, müssen wir ablehnen. Er ist steuertechnisch nicht durchführbar und würde ungeheure Härten auch für die kleinen und mittleren Geschäftsleute und einen großen Teil der Arbeiter mit sich bringen. — Der Staatssekretär sagt, daß deutsche Volk muß eine Geschlossenheit bewahren nach innen und außen. Mit seinen Steuervorlagen hat er der inneren Geschlossenheit des Volkes nicht gedient. Die Geschlossenheit nach außen wird das deutsche Volk trotzdem aufrecht erhalten, solange die Notwendigkeit es erfordert, wird es auch seine vaterländische Pflicht erfüllen, nicht wegen, sondern trotz dieser Steuern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hund (V.):

Der Abg. Bernstein hat im Ausschuss der Regierung alle Steuern verweigert. Wenn er jetzt einen Antrag auf völlige Wegsteuerung jedes Vermögens- und Einkommenszuwachses einbringt, so ist das mit Genugtuung zu begrüßen. Er scheint wieder unter die Revisionisten zu gehen. (Heiterkeit.) Der Krieg verschiebt die Grundlagen unserer Steuerverhältnisse vollständig. Wenn er noch in diesem Sommer zu Ende gehen sollte, was ich nicht glaube, so werden wir im Reich 7100 Millionen Steuern gegen 2700 Millionen vor dem Kriege auszubringen haben, in den Bundesstaaten außerdem noch 3500 Millionen. Gegenüber solchen Verschärfungen wird man an den alten Grundsatzen nicht festhalten können. Ich bedauere, daß die sozialdemokratische Fraktion und ein Teil der Freunde des Grafen Westarp ihre grundsätzlichen Einwendungen nicht zurückstellen vermögen.

Abg. Bernstein (Soz. Arb.):

Wir wollen durchaus nicht ausnahmslos jeden Zuwachs wegsteuern, sondern hätten schon durch Ergänzungsanträge für den Fall der Annahme unseres Antrages für Ausnahmen gesorgt. Im übrigen bitte ich bei der Kritik unserer Anträge meine Person nicht auszusparen. Wenn die Anträge auch Bernstein und Genossen beizugehen, so muß ich es ablehnen, für jeden Antrag persönlich verantwortlich gemacht zu werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, ob der Abg. Abrecht mit allen Anträgen einverstanden ist, die unter seinem Namen hier gestellt werden. Der Staatssekretär hat es als einen Vorzug bezeichnet, daß bei uns die Ausgaben für den Krieg in Form von Anleihen gedeckt werden. Ich bin ganz entschieden dagegen, daß in dieser Weise die nächste Zukunft schon mit diesen Ausgaben belastet wird. Anleihen sollten so wenig wie möglich aufgenommen werden. Meine Rede wirkt nicht kriegerisierend. Auch unserer Regierung kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nur mit den Regierungen, nicht mit den Völkern redet. Und über die Stimmung der arbeitenden Massen in allen Ländern bin ich besser unterrichtet wie der Staatssekretär. Die Tätigkeit der Völker ist darauf gerichtet, sobald als möglich dem Kriegsende ein Ende zu machen. Ich weiß, daß nur eine Tätigkeit in diesem Sinne kriegsverfügend wirkt. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Antrag Bernstein sah keine Ausnahmen vor. Alle Menschen sollten jedes Mehreinkommen in Form von Steuern abgeben.

Abg. Zubeil (Soz. Arbg.):

Die Vorlage geht uns nicht weit genug. Wir können es nicht verantworten, in dieser Zeit der Teuerung Arbeitern eine Aufbesserung vorzuschlagen, die sie dringend brauchen.

Die Novelle wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr (Antrag, Rechnungsachen, Fortsetzung der Steuervorlage).
Schluß 6 Uhr.

Preßstimmen zur Zensurdebatte.

„Deutsche Tageszeitung“: Der Führer der konservativen Partei Graf Westarp ließ diesem Bedauern ernte, in der Form ruhige, aber in der Sache entschiedene Worte.

Für heute wollen wir uns damit begnügen, nochmals nachdrücklich zu betonen, daß die jegliche Santhabung der Zensur auf die Dauer unerträglich ist. Ob die Milderung, die vom Staatssekretär des Innern, wenn auch nicht deutlich, so doch andeutend in Aussicht gestellt wurde, eintreten wird, bleibt abzuwarten.

Dieser Kern war und muß es in der Folge sein, den die Leitung unserer auswärtigen Politik bei der Behandlung der öffentlichen Meinung in Deutschland mehr als bisher im Auge haben sollte.

Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“: Auch in einem anderen Punkte hat die Zensurdebatte einen Schimmer der Klärung angebeutet: Der sozialdemokratische Abgeordnete Koste sagte u. a.: Wir sind unter keinen Umständen für einen Eroberungskrieg zu haben.

„Tägliche Rundschau“: Herr Helfferich, den man um seine ersten Gelegenheiten, sich als Nachfolger des Reichstags zu zeigen, nicht zu beneiden braucht, glaubt es sich zum Verdienst rechnen zu dürfen, daß er die Aussprüche über die Steuerfragen nicht eingeschränkt hat.

Aber das ist eine Kleinigkeit, gemessen an dem Gesamtgewicht von schwersten Unannehmlichkeiten, die sich die Regierung an diesem Tage, einem wahrhaft schwarzen Tage für sie,

zugezogen hat. Wie wenig imponierend diese ganze schablonehafte Art der Zivilstellen, im selben Augenblick, da sie grundsätzlich die volle Verantwortung auf sich nehmen, sie praktisch von sich abgedrückt und auf die militärische Zensur abzuladen, die freilich den stärkeren Druck hat.

„Freiheit“ v. Berlin in der „Koll“: Aber Dr. Helfferich wird sich nicht verhehlen können, daß Verhandlungen der von ihm beklagten Art im Reichstage die natürliche Folgeerscheinung der Santhabung der Zensur sind.

Schließlich mag darauf hingewiesen werden, daß der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft selbst vor dem geradezu verdrehten Ausdruck nicht zurückbleibt, daß es bei dem Frieden weder Sieger noch Besiegte geben dürfe.

„Germania“: Der Vizekanzler mußte seinen und der Reichsregierung Standpunkt zwischen diesen Richtungen verfechten, und er bemühte sich wohl, beiden entgegenzukommen, wenn er einen weiteren Ausbau der Zensur in Aussicht stellte.

Die Ernährungsfragen vor der Budgetkommission.

Die Kommission setzte ihre Beratungen am Dienstagabend fort. Der Berichterstatter Graf Westarp teilt mit, daß die Andromasche für Rüben sich um 30 Proz. ermäßigt hat.

Abg. Held (nail.) weist auf den Widerspruch hin, daß das Reich, das die halbe Welt mit Zucker versorgt hat, jetzt unter Zuckermangel leidet.

Abg. Kiefing (Sp.) bemängelt, daß Sacharin nicht in größerem Umfange freigegeben wird.

Präsident Bauh legt dar, während die Herstellung von Zucker zurückgegangen ist, stieg der Verbrauch der Bevölkerung sehr stark.

Abg. v. Reding (Welfe) kritisierte, daß man soviel Zucker an die Landwirte geliefert, daß diese gar nicht wissen, was sie mit diesen Mengen anfangen sollen.

Abg. v. Zumbach (Soz. Arbg.): Man sollte öffentlich feststellen, daß Zucker nicht nach England gegangen ist.

Präsident v. Batocki hofft, genügende Vorräte an Zucker der Verfütterung entziehen zu können.

Abg. Dr. Wendorf (Sp.) will die Verfütterung der Zuckerrüben verboten wissen.

Ein Regierungsvertreter bemerkt, daß für die nächsten vier Monate noch 600 000 Zentner Futterzucker zu Futterzwecken reserviert worden seien.

Präsident v. Batocki verspricht, daß sofort die Verfütterung von Zucker verboten werde.

Abg. Hoch bespricht eingehend die Wirkung des Zuckermangels. Zu Marmeladen, die jetzt das Fett ersetzen müssen, ist Zucker unbedingt nötig.

Abg. Dr. Wfler betont, daß man im Vorjahre in den Schulen den Kindern empfohlen hat, recht viel Zucker zu essen.

Abg. Dr. Wfler betont, daß man im Vorjahre in den Schulen den Kindern empfohlen hat, recht viel Zucker zu essen.

In der weiteren Debatte wurde mehrfach darüber geklagt, daß die Bezugsbereinigungen zu hohe Zuschläge erheben und dadurch den Zucker verteuern.

Die Kommission behandelt dann die Artikel: Gemüse, Obst und Kononialwaren, Der Referent, Abg. Graf Westarp,

teilt mit, daß das Trocknungsverfahren für Gemüse besser organisiert werden soll.

Ein Regierungsvertreter gibt Auskunft über die Organisation des Betriebes von Gemüse. Die Betriebsgesellschaft will für die Konserrierung der Gemüse sorgen.

In der Diskussion wurde die Art der Festsetzung der Höchstpreise vielfach bemängelt. In Virginia hat ein konservativer Parteisekretär den Bauern direkt geraten, recht hohe Preise zu fordern.

Abg. Hoch schließt sich dem letzteren Vorschlage an. In Württemberg haben im Vorjahre die Marmeladenfabriken das Obst in unzureichendem Maße aufgekauft.

Abg. Wurm hält den Zwang, mit dem Kaffee auch gleich Ersatzmittel zu kaufen, für verfehlt. Der größte Schund wird als Ersatz verkauft.

Abg. Ebert führt eine Reihe drastischer Beispiele an für die Preissteigerungen bei Obst.

Ein Regierungsvertreter versucht, den Zwang zum Ankauf von Kaffee-Ersatzmitteln zu rechtfertigen.

Zu Wälschaden und Waldungen best der Referent hervor, daß es fast unmöglich ist, Höchstpreise für Holz festzusetzen.

Von fortschrittlicher Seite wird festgestellt, daß das Reichswald sich stark vermehrt hat, so daß oft die Ernte zerstört wird.

Präsident v. Batocki will diese Anrechnung prüfen. In Ostpreußen ist das Wald durch den Krieg ziemlich ausgezehrt worden.

Von verschiedenen Seiten wird die starke Vermehrung des Wildes bestätigt. Die privaten Waldbesitzer leisten den beherrschenden Anordnungen aber fortgesetzt Widerstand.

Abg. Koeside verlangt, daß man nicht zu tief in die Rechte der Besitzer von Privatwaldungen eingreifen soll.

Von Vertretern aller Parteien wird beantragt, die Anträge zur neuen Organisation dem Reichskanzler zu überweisen mit dem Ersuchen, sie dem parlamentarischen Beirat zu unterbreiten.

Feststellung von Kriegsschäden.

Die Weiterberatung in der Kommission des Reichstags erfolgte beim 6.

Hierzu stellten die Freisinnigen den Antrag, daß in den Ausschüssen ein Richter den Vorsitz zu führen habe.

Der § 10 regelt den Instanzengang. Die Ermittlung des Sachverhalts liegt den Ausschüssen und Oberausschüssen ob.

Die §§ 7 bis 9 werden mit keinen Änderungen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Der § 10 regelt den Instanzengang. Die Ermittlung des Sachverhalts liegt den Ausschüssen und Oberausschüssen ob.

Die §§ 11 und 12 wurden unverändert angenommen.

Zu diesem Paragraphen wurden verschiedene Abänderungsanträge gestellt und angenommen.

Zu § 14 ist zu bemerken: Da im Gesetz nur die Grundzüge des Verfahrens geregelt sind, muß der Bundesrat nähere Vorschriften hierüber erlassen.

Die Sozialdemokraten beantragten: „Die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen des Bundesrats (§§ 3, 14) sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentreten vorzulegen.“

Briefkasten der Redaktion.

G. 29. 1490. 1. Die Arbeitstage müssen für die Lohnberechnung zur Grundlage genommen werden.

2. Für Schulden, die vor der Ue gemacht worden, haften die Frau nicht, wohl aber für Schulden, die nach der Ue-Schließung entstanden sind.

3. Ein solcher Antrag erscheint uns zwar ausnahmslos, die könnten aber einen solchen Antrag beim Magistrat einreichen.

4. Die Schlichter sind gesteuert, den Lohn in die Lohnbuchungen zu setzen, da diese zum Fortbildungsfähigkeitsnachweis gerechnet werden.

5. Die Schlichter sind gesteuert, den Lohn in die Lohnbuchungen zu setzen, da diese zum Fortbildungsfähigkeitsnachweis gerechnet werden.

6. Die Schlichter sind gesteuert, den Lohn in die Lohnbuchungen zu setzen, da diese zum Fortbildungsfähigkeitsnachweis gerechnet werden.

Besonders preiswerte Angebote

Sonntag,
4. Juni,
bis
6 Uhr
geöffnet

Seidene Jackenkleider	Viele Farben, Stoffe Formen.....	39 ⁰⁰	58 ⁰⁰	72 ⁰⁰
Wollene Jackenkleider	helle und dunkle Farben, mod. Formen	32 ⁰⁰	48 ⁰⁰	78 ⁰⁰
Mäntel aus Zwirnstoff	Covertcoat und ähnlichen Stoffen	24 ⁰⁰	34 ⁰⁰	48 ⁰⁰
Garnierte Kleider	aus Schleierstoffen, weiß, geblümt und gestreift.....	22 ⁵⁰	29 ⁵⁰	38 ⁰⁰
Sommer-Blusen	aus Schleierstoffen, weiß, geblümt und gestreift.....	5 ⁹⁰	7 ⁷⁵	9 ⁷⁵
Kleider-Röcke	aus guten praktischen Stoffen, farbig und marine.....	6 ⁷⁵	9 ⁷⁵	13 ⁰⁰

Sonntag,
4. Juni,
bis
6 Uhr
geöffnet

BERLIN · S **R. Maassen** G.m. BERLIN · W
Oranienstr. 165 **M. Maassen** b. H. Leipziger Str. 42

Unserem Kollegen
Paul Drechsler
am 30. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche von
seinen Kollegen.
Oftmals wollt' es Dir nicht gelingen, — die rote Note rauszugeben. — Sonnabend, das ist nicht, — fingen wir sie nicht, so steht sie auf dem Tisch. 7706

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner
Albin Lanois
Wittenwalder Str. 47
am 29. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses nach dem St. Matthäus-Kirchhof in Mariendorf, Schönberger Str. 146, statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/17 Die Ortsverwaltung.

Ereuzes Gedenken
Zum Sterbetage meines lieben Vaters, meines herzensguten Vaters, des Landwehmannes
Robert Grenz
gestorben am 1. Juni 1916.
Du konntest Dich nicht erheben,
auch nicht an Deinem Grabe stehen,
Nichts können wir Dir mehr bieten,
Wir möcht' Dich mehr erheitern,
Nur eine Handvoll Blüten
auf Deinen Hügel streuen.
Ruhe sanft!

Witwe Grenz
nebst Söhnen. 1189

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen
Leopold Marx
von den häßlichen Krankenanhalten (Urban-Krankenhaus).
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Sonnabend, den 3. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus.
Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht
117/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Berlin.
Bezirk Gesundbrunnen.
Am 28. Mai starb unser Mitglied, der Maurer
Johannes Fechner
im Alter von 67 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
112/2 Die örtliche Verwaltung.

Gebisse höchstzahlend, kauft in u. außer dem Hause 8082*
Kaiserstraße 8, Hof 1.

Zu seinem 31. Geburtstage 28. 5. 1916.
Als Opfer des Weltkrieges starb am 1. Mai 1916 im Lazarett durch Granatsplitter mein lieber, guter Mann, herzensguter Vater seiner drei lieben Kinder, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Obergefreite
Gustav Todte
im Inf.-Art.-Reg. 18.
Berlin-Vorstadt, Kasperleben.
Im Namen der tieftrauernden Gattin 99
Ww. Martha Todte geb. Arndt nebst Kindern.
Wilhelm Todte und **Franz** als Eltern.
Wilhelm Todte und **Frau** als Bruder.
Karl Gröper n. Fr. geb. Todte. Hermann Arndt (s. J. im Felde) und **Frau**.
Cito Sturm (zurzeit im Felde) und **Frau**.
Jda, Erna, Gretchen, Frida als Nichten, u. alle Bekannten.
Rein lieber Mann, ruh' sanft in Frieden,
Du meine Welt, der Kinder Glück;
Du fröhlich bist Du von uns geliebt,
Und begibt uns allein zurück,
Sind wir auch einsam, tief betrübt,
So tröstet es uns immer wieder:
Was sich auf Erden trenn geliebt,
Das findet sich im Himmel wieder.

Als Opfer des Weltkrieges starb im Lazarett am 22. April an seiner schweren Verwundung (Granatsplitter) mein innigstgeliebter, guter Mann, der Grenadier
Erich Schuster
Leib.-Gren.-Reg. Nr. 8, 2. Komp.
In tiefstem Schmerz
Wwe. Gertrud Schuster
geb. Baranowsky.
Im Herzen liebst Du ewig mein.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 5. Mai 1916 bei einem Sturmangriff mein lieber Mann, herzensguter Vater seiner drei Kinder, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Neffe und Onkel, der Unteroffizier
Willi Landeck
Inf.-Reg. 47, 6. Komp.
im blühenden Alter von 31 Jahren
Grenzstr. 11-12.
Berta Landeck geb. Arndt nebst Kindern Gretchen, Willi, Lottchen.
Familie Landeck, Charlottenburg
Nieder, Arndt, Heringsdorf.
Mit Sehnsucht im Herzen nach einem Lieben, Mit Sehnsucht im Herzen ist er achte von. 7656

Dem Väterchen zum Opfer fiel unser lieber Freund und Kollege 7755
Hans Wegener
im blühenden Alter von 19 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Arbeiter-Jugendheim II,
Große Frankfurter Straße 123.

Am 30. Mai verschied nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere treue, fürsorgende Mutter, Großmutter, Tante und Schwiegermutter 7766
Therese Kruschke geb. Loll.
Um stille Teilnahme bitten
Anton Kruschke und Familie.
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, statt.

Am 21. Mai fiel als Opfer des Weltkrieges nach 11 Monaten schweren Kämpfen mein lieber, unerschütterlicher Mann, Vater seiner beiden Kinder, Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der Grenadier 13921
Max Lindau
Grenadier-Reg. 7, 3. Komp.
im Alter von 29 Jahren.
Dies zeigt im tiefsten Schmerz an
Frau Anna Lindau
nebst Kindern und Verwandten.
Ewig beweint von seinen Lieben.

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Danksagung.
Für die zahlreichen und liebevollen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter 7716
Marie Lindemann geb. Zabel
sagen mir allen Verwandten, Bekannten, den Kollegen der Firma Musterbart, sowie denen der Kontroll-Kommission Südost 1 und 2, insbesondere dem Kollegen Wilhelm Nitsche vom Holzarbeiterverband für die Trostworte am Sarge der Entschlafenen unseren besten Dank.
Wilhelm Lindemann und Kinder.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Or, Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahländerungen sofort.
Ami. Zentrum 7850.
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Reichel's Somersprossen
Modalfarbstoffe Creme Isoli.
Koloriert sicher wachsend und unblühend. 25 Jähr. Erfolg. 2,75.
C. Reichel, Berlin 91, Blumenstraße 4.

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Karten betreffend Verbot der Extradition von Gebrüden tritt am 1. Juni 1916 in Kraft.
Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Ausgabestellen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.
Berlin, den 1. Juni 1916.
Der Polizeipräsident.
195. I. III. 16. (II. Ang.)

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 2578. Bureau: Kungestraße 30.

Branchen-Versammlung
der
Rüchennöbeltischler
Montag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, Stralauer Brücke 3.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Die Feuerungsfrage in unserer Branche.
Es ist dringend erforderlich, daß jede Werkstatt vertreten ist.
87/8 Die Ortsverwaltung.

Garderobe
auf Teilzahlung
Wochenrate 1 M.
Damenmoden Kostüme in Covertcoat sowie in allen Farb., Covertcoatmäntel, Blusen, Röcke
Entzückende Neuheiten am Lager.
Knaben- und Mädchengarderobe für jedes Alter.
Trotz der Teuerung billige Preise!!
Riesen-Auswahl.
Herren-Anzüge, Paletots und Ulster
M. Beiser, Lothringer Straße 67
Sonntag v. 8-10 u. 12-6 Uhr geöffnet.

Die Glocke
Sozialist. Wochenschrift. Herausgeber **Parvus.**
9. Heft. II. Jahrgang.
Inhalt:
Wilh. Häusgen: Heim, Werkstatt und Arbeit für Kriegsverletzte (I. Teil). B. Rausch: Erziehung zur Wehrhaftigkeit (I. Teil). Max Cohen (Rauß): Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie. Salomon Dembitzer: Zigeuner. Baltland. Glossen: Zur Naturgeschichte des Demagogen. Der Baumeister in der öffentlichen Wertschätzung, Verteidigung oder Angriff? Feldpostbrief. Nachdenkliches von Bernh. Shaw. Die Woche. Aphorismen. Aus unserer Sammelmappa. Einzelheft 20 Pf. Vierteljährlich 2,50 M.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Zeitungsgeschäfte. Ebenso nimmt jede Postanstalt vierteljährliche Bestellungen entgegen.
Verlag für Sozialwissenschaft
G. m. b. H., München, Althaimereck 19.

Wichtig für Herren!
Während des Krieges
gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß
im Einzelverkauf
vom großen Fabriklager ab.
Verkaufzeit: 10-8 Uhr. Sonntag 2-6 Uhr.
Molkenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Seifenerfatz
„Den Nagel auf den Kopf getroffen“
Bestes und billigstes Händereinigungsmittel, reinigt verblühend schnell und sicher selbst die schmutzigsten Hände. Das Stück 15 Pf., ohne Brotkarte, in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Beim Einkauf achte man auf obige Kennmarke und lasse sich nicht minderwertige und wertlose Produkte in die Hand drücken. 156/9
So nicht erhältlich, wende man sich an den Engros-Betrieb
G. Barwanietz, Zeilstr. 60.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer unseres Blattes Sonnabend früh.

Die Organisation der Lebensmittelversorgung.

Im Anschluß an die auch von uns wiedergegebenen Ernte- und Bestandsziffern für das ablaufende Erntejahr schreibt die „Nordb. Allg. Sta.“:

„In die Periode, während deren wir mit den „Reißbeständen“ haushalten müssen, vorüber, so beginnt eine neue Rechnung mit neuen Größen. Wir kennen diese Größen noch nicht und wir haben keine Macht, sie grundlegend zu beeinflussen. Gerade die wichtigsten unter ihnen, die Ertragskräfte an Brot- und Futtergetreide und an Heu, Stroh und Hackfrüchten sind durch die tatsächlich angebotenen Flächen festgelegt, in ihrem endgültigen Umfang von natürlichen, vor allem von Witterungsumständen abhängig, die sich menschlicher Einwirkung entziehen. Es wäre töricht, von der neuen Zentralorganisation zu erwarten, daß sie imstande sei, die Mengen der uns im neuen Erntejahre zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel im ganzen wesentlich zu vermehren. . . Der Gedanke, die landwirtschaftliche Produktion durch Anbauzwang zu regeln, ist theoretisch sehr verlockend, praktisch — technisch und organisatorisch — ist er aber bei den Millionen deutscher Landwirtschaftsbetriebe im wesentlichen undurchführbar. Höchstens kann der Anbau kleiner Teile der Ackerfläche mit besonders nötigen Früchten (Getreide, Faserstoffe) gefördert werden, soweit das mit Rücksicht auf den Getreidebedarf angeht. . .

Trotzdem wird natürlich im einzelnen für die Förderung der Produktion mancherlei Wirksamkeit geschaffen können und geschehen. Die Aufgabe besteht darin, erwünschte Produktion mit allen Mitteln zu erleichtern. Dazu gehört, daß man in der Beurteilung und Bereitstellung von Arbeitskräften so weit geht, als sich mit den militärischen Bedürfnissen irgend vereinigen läßt, daß man in möglichst ausgebreiteter Weise für Beratung und Unterweisung der baheimgebliebenen landwirtschaftlichen Betriebsleiter und -leiterinnen sorgt, daß man Transportmöglichkeiten aller Art aus dem Wege räumt, daß man die nur in knapper Menge verfügbaren Erzeugungsmittel nicht nur gleichmäßig verteilt, sondern vor allem auch denen zukommen läßt, bei denen die beste Verwertung verbürgt ist. In dieser Hinsicht wird beispielsweise der Gedanke erweckt, durch Bereitstellung von Futtermitteln zu möglichem, unter den Selbstkosten liegenden Preise (der Unterschied wird aus öffentlichen Zuschüssen zu decken sein) die Beteiligung an der Viehhaltung auch den finanziell schwächeren, kleinen Betrieben in größerem Umfang als bisher zu ermöglichen gegen die Verpflichtung, das Vieh zu festgesetzten Preisen abzuliefern. . .

Neben der Produktionsförderung steht als zweite Hauptaufgabe die Verteilungs- und Versorgungsregelung. Auch hier muß man vor der theoretischen Anschauung warnen, daß es denkbar sei, die jeweilig vorhandenen Vorräte mit gewissermaßen mathematischer Genauigkeit auf alle Gegenden, alle Märkte, alle Haushaltungen des Deutschen Reiches gleichmäßig zu verteilen. Weder die Menschen noch die Vorräte sind Schachfiguren, die man nach Belieben hin- und herschieben kann. . . Glaubt jemand im Ernst, daß es möglich wäre — zumal jetzt im Kriege, wo alle unsere Ausführungsbehörden mit erheblich verminderter Personalarbeit — die Nahrungsmittelherstellung im ganzen solem Zwange zu unterwerfen, in den Millionen von Erzeugungsräumen vom Großgut bis zum Stall und Acker des Bauern oder Landarbeiters?

Einiges ist durch kräftigen Zugriff auf die noch in spekulativen Händen und im Handel angehäuften Lebensmittelvorräte zu erreichen; einiges auch durch die Niederlegung mancher zwischen einzelnen Reichs- und Landesstellen aufgerichteten Verkehrsbarrieren. Besonders wichtig ist dann aber die mögliche Beseitigung der Störungen auf der untersten Stufe der Versorgung, also beim Erwerb der Lebensmittel durch die Verbraucher selbst. . . Mit der Zuteilung der Gesamtmengen an die Verbrauchszentren ist indes das Problem nicht gelöst. Gerade bei der Unterverteilung an die Verbraucher selbst haben sich sehr oft Mißlichkeiten und Störungen ergeben. Sie können durch zweckmäßige Organisationen beseitigt werden. Am vollständigsten sind sie zu beheben, wenn den Verbrauchern die diese Erleichterung wünschenden, des Einkauf der einzelnen Lebensmittel und ihre Verteilung ganz abgenommen und die fertigen Mischungen verabreicht werden. Dadurch verschwinden alle Mißlungen, die sich auf dem Wege von den örtlichen Verteilungstellen bis in die Küche des Einzelhaushalts einstellen. Dadurch wird es möglich, die Gestaltung der Mahlzeiten dem gerade vorhandenen Lebensmittelangebot in der rationellsten Weise anzupassen und dieses Angebot vollkommener als sonst für die Versorgung auszunützen. Dadurch kann endlich die Wirkung der Teuerung gemildert, kann — was innerhalb des Einzelhaushalts kaum erreichbar ist — kräftige Nahrung zu billigen Preisen geboten werden. Das Kriegsernährungsamt wird es den Stadtverwaltungen, namentlich den industriellen Zentren erleichtern, die Massenverteilung, die in einigen Gemeinden bereits mit großem Erfolge durchgeführt wird, auf möglichst breiter Grundlage zu organisieren.“

Das tägliche Brot.

Die Einheitspreiskarte.

Amlich, Berlin, 31. Mai. (B. L. B.) Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 31. Mai 1916 eine Verordnung zur Vereinfachung der Beköstigung beschlossen. Danach dürfen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften zu einer Mahlzeit nicht mehr als zwei Fleischgerichte zur Auswahl gestellt werden. Zu einer Mahlzeit darf jedem Gaste nur ein Fleischgericht verabfolgt werden. Feste Speisefolgen dürfen höchstens aus Suppe, zwei Gängen und Nachtisch bestehen. Auch sonst sind noch verschiedene Vereinfachungen vorgesehen. Die Verordnung tritt am 7. Juni in Kraft.

Die Ernährung der Schwerindustrie-Arbeiter.

Wittmod nachmittags fand in Berlin zwischen den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und den Regierungsvertretern eine mehrstündige Aussprache über Ernährungsfragen der Schwerindustrie-Arbeiter statt. Die Arbeitervertreter legten eingehend dar, welche Erschwerungen die Berg- und Hüttenarbeiter in ihrer Ernährung erfahren, einmal durch die außerordentlich gestiegenen Lebensmittelpreise, die man ruhig Hungerpreise nennen könne, sodann durch die ganz unzulängliche Verteilung der vorhandenen Lebensmittel. Vor allen Dingen handelt es sich um eine bessere und reichlichere Beschaffung von fetthaltiger Nahrung, Fleisch, Butter, Speck usw., sodann müsse den zum großen Teil noch recht schlecht entlohnten Arbeitern durch eine angemessene

Lohnerhöhung die Möglichkeit gegeben werden, sich das ihnen zugebilligte Quantum von Nahrungsmitteln zu beschaffen.

Dr. Heffnerich erklärte, daß er seine ganze Kraft einsetze, um auf dem Gebiete der Nahrungsversorgung, insbesondere für die Schwerindustrie-Arbeiter das zu erreichen, was mit den vorhandenen Mitteln heute zu ermöglichen sei. An der Tatsache, daß wir zwei schlechte Ernten hinter uns hätten, sei ja nicht zu rütteln, und der beste Verteilungsmodus könne keine größere Nahrungsmittelmenge schaffen. Die Preisentwicklung hänge natürlich auch ab von der Menge der vorhandenen Nahrungsmittel.

Die Hauptverhandlungen wurden mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts, Herrn v. Batocki, geführt. Er erklärte, daß er es als seine Aufgabe betrachte, einmal eine gerechte Rationierung der vorhandenen Lebensmittel durchzuführen, der Bucherei mit Lebensmitteln zu steuern und den besonders schwer arbeitenden Leuten größere als die Normalrationen zuführen zu lassen. Grundsätzlich der fetthaltigen Nahrungsmittel könne eine erhebliche Besserung einwirken nicht in Aussicht gestellt werden, da die Viehbestände nicht ausreichen und der erhebliche Mangel an Futtermitteln infolge der schlechten Ernte zu einer Reduzierung der Viehbestände geführt habe, die nun ihre Folgen zeige. Es könne aber in Aussicht gestellt werden, daß in einigen Monaten, wenn bis dahin mit der Fleischnahrung nach Möglichkeit gespart werde, ein weit stärkerer Auftrieb von Schlachttiere eintreten und dann die allergrößten Schwierigkeiten behoben würden. Mit großer Sorgfalt will sich Herr v. Batocki der Ernährung der Berg- und Hüttenarbeiter annehmen. Er hofft, daß die allergrößten Schwierigkeiten in den großen Industriegebieten noch bis Pfingsten gemildert werden könnten.

Berichtigung. In der gestrigen Mitteilung über die Sitzung des Vorstandes des Kriegsernährungsamts muß es im vierten Satz „Städten und Industriegemeinden“ (nicht Staaten) heißen.

Aus der Partei.

Generalversammlung des 6. Berliner Wahlkreises.

Die Generalversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich in voriger Woche mit inneren Vereinsangelegenheiten. Es war die erste Generalversammlung nach Ausbruch des Krieges. Die letzte hatte am 28. Mai 1914, also vor zwei Jahren, stattgefunden. Die Versammlung war von 612 Delegierten einschließlich der Vorstandsmitglieder besetzt; 73 fehlten. Es handelte sich darum, den Mitgliedern Rechenschaft zu geben über die Kasienverhältnisse und den Vorstand, der zum Teil interimistisch versehen wurde, zu wählen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Vorsitzende auf die schweren Verluste hin, die der Wahlverein durch den Tod von 645 Mitgliedern erlitten habe. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Genossen. Einen Bericht über das, was geschehen sei und vielmehr über das, was nicht geschehen ist und warum das so sei, glaubte der Vorstand sich schenken zu sollen. Für die Genossen konnte es in jeglicher Zeit nicht so sehr darauf an, wieviel Sitzungen und Versammlungen abgehalten oder nicht abgehalten seien, sondern auf die Tatsache, was unsere Partei in der Kriegszeit getan hat und was sie hätte tun sollen. Der Belagerungszustand verhindert, vor der Versammlung gerade die Folgen so uneingeschränkt zu erörtern, wie das eigentlich notwendig sei. Und so sei nur darauf hingewiesen, daß die Kreisversammlung wiederholt zu verschiedenen Parteifragen Stellung genommen habe und das Resultat auch veröffentlicht worden sei. Im Kreise habe diese Stellung überall Zustimmung gefunden.

Der erhaltene Kasienbericht für das letzte Geschäftsjahr, vom 1. April 1915 bis 30. März 1916 ergibt eine Einnahme von 52 701,98 M., dem eine Ausgabe von 44 130,07 M. entgegensteht. Am 30. März war ein Kasienbestand von 8582,86 M. vorhanden. Der Mitgliederstand ist folgender: Männliche Mitglieder am 31. März 1914: 34 707, weibliche Mitglieder 4752. Am 31. März 1916 waren männliche Mitglieder einschließlich der Eingezogenen vorhanden 18 071, weibliche Mitglieder 3076. Die Gesamtmitgliederzahl am 31. März 1916 betrug 21 149.

Zu den Vorstandswahlen bemerkte der Vorsitzende, daß diese Wahlen nur für die Kriegszeit gelten sollten. Nach Beendigung des Krieges und nach Rückkehr unserer Genossen, von denen wir hoffen wollen, daß recht viele und daß sie recht bald zurückkehren möchten, sollen alle Genossen in die Lage versetzt werden, ihr Wahlrecht zum Vorstand auszuüben und sich auch selber aktiv zu betätigen. Die Wahlen erfolgen auf Grund einer von der Kreisversammlung vorgelegten Vorschlagsliste; es bleibe unbenommen, neue Vorschläge zu machen. Gegen vereinigte Stimmen wurde der Vorstand wie folgt zusammengesetzt: 1. Vorsitzender, Herrsch, 2. Vorsitzender; 1. Schriftführer Hermann Müller; 2. Meyer; 1. Kassierer Otto Frank; 2. Nieding; Beisitzer: Löfer, Wolgast und Kelt; Redatoren: Benthin, Hönig, Ruppert, Jüngler und Weber; Aktionsauschuss: Leid und Frau Lohse; Preiskommission: Wader, Rander und Frau Schubert; Lokalkommission: Göbe; Revisor für Groß-Berlin: Zimmermann; Schiedsgericht Groß-Berlin: Raulani, Schiffer; Herrsch, Frauen: Frau Reichert.

Die Schiedskommission des Kreises besteht aus den Genossen: Ruff, Hempel, Seelbinder, Ederl, John, Baum und Klah. Die Stellungnahme zur Verbandsversammlung Groß-Berlin und die Erzielung einiger Anträge soll einer besonderen im Juni stattfindenden Generalversammlung des Kreises vorbehalten bleiben. Eine Debatte fand nicht statt, Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Ein Antrag, dem Genossen Reichert für sein mutiges Verhalten die Sympathie auszusprechen, wurde dahin erledigt, daß der Vorsitzende mit aller Deutlichkeit den Grundsatz unterstrich, daß unsere Sympathie allen den Männern gehöre, die mit Mut und Entschlossenheit die proletarischen Interessen vertreten. Die gegenwärtige Situation in der Partei ist keine erfreuliche. In Uebereinstimmung mit den Genossen des Kreises und unter lauter Zustimmung der anwesenden Delegierten konnte der Vorsitzende feststellen, daß die Genossen des Kreises den größten Wert legen auf die Einheit und die Geschlossenheit unserer Partei, daß diese Einheit aber gegründet sein müsse auf unsere Parteigrundsätze und unsere alte proletarische Taktik, die uns groß und hart gemacht habe und die allein grundlegend sein muß im Interesse der proletarischen Bewegung.

Zum Ausschlußverfahren gegen Legien.

Von dem Kreisvorstand des Wahlvereins Niederbarnim werden wir um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht: Aus Genossenkreisen wurde dem Kreisvorstand im August 1915 mitgeteilt, der Genosse Legien habe im Juli-Jahlabend des Bezirks Niederbarnim, als berichtet wurde, als Vertreter für den Genossen Brühl sei für dessen Urlaubzeit der Genosse Sepp Ceterer bestellt, behauptet, Sepp Ceterer sei ein Polizeispion. Dagegen sei sofort Verwahrung eingelegt und Genosse Legien vergeblich aufgefordert, seine Behauptung zu beweisen. Am nächsten Jahlabend habe Genosse Legien seine Behauptung wiederholt. Die Kreisversammlung beauftragte hierauf am 22. August das Schiedsgericht mit Untersuchung der Angelegenheit zur Verlegung der aus dieser Sache entstandenen Zweifeltigkeiten. Genosse Legien wurde vom Schiedsgericht ersucht, anzugeben, an welchem Tage die Sitzung stattfinden könne. Hierauf hat Genosse Legien um Mitteilungen, wie die Behauptung lautete, die er zugefügt haben soll, ferner um Angabe, wer das Schiedsgericht eingesetzt habe und wie die Namen der Mitglieder des Schiedsgerichts lauten. Die von dem Genossen Legien gestellten Fragen wurden ihm schriftlich beantwortet und er darauf hingewiesen, daß es sich um das

ständige Schiedsgericht des Kreises handelte. Erwähnt sei, daß § 11 unseres Kreisstatuts ausdrücklich vorschreibt:

„Der Vorstand und die Kreisorganisationen sind verpflichtet, die Bezirke nach Möglichkeit in der Durchführung ihrer gemeinsamen Zwecke zu unterstützen. Insbesondere liegt ihnen auch die Beilegung etwaiger Zweifeltigkeiten an den einzelnen Orten und die Einsetzung von Kreis-Schiedsgerichten zu diesem Zwecke ob.“

und daß dementsprechend ein ständiges Schiedsgericht in unserem wie in anderen Kreisen gewählt ist. Genosse Legien erklärte darauf, ein Schiedsgericht, auf dessen Zusammensetzung weder Kläger noch Beklagter Einfluß hat, scheint eine organisatorische Neuerung im Kreise Niederbarnim zu sein, für das jedoch nicht jedes Parteimitglied ausreichendes Verständnis haben kann“. Das Schiedsgericht setzte hierauf zur Erledigung seines Auftrages Termin auf den 7. September fest und lud zu demselben den Genossen Legien mit der Bitte, Entschuldigungszeugen selbst zur Stelle bringen zu wollen. Genosse Legien schickte diese Einladung „mit dem ergebensten Bemerkten“ zurück, daß er sich „an organisationswidrigen Veranstaltungen“ nicht beteilige. Im Termin erschienen Genosse Legien nicht. Drei Genossen befanden sich übereinstimmend, der Genosse Legien habe anlässlich der Berichterstattung, daß der Genosse Ceterer während der Ferien des Kreissekretärs dessen Stellvertretung übernehme, gefragt: Was? Höre ich recht? Dieser Polizeispion? Dieser Anarchist? Trotz des sofortigen Hinweis, daß man auch von demjenigen, der solche Beschuldigungen ausspreche, Beweise erwarten müsse, wiederholte Legien diese Anschuldigungen und lehnte es ab, Beweise anzuführen. Auch bei der Berichterstattung bei dem Juli-Jahlabend hat der Genosse diese Äußerung wiederholt. Ein vierter Genosse erklärte, er habe die Worte nicht genau gehört, das könne daran liegen, daß es an diesem Jahlabend sehr stürmisch zugegangen sei. Auf dem Nachhausewege sei er von seinem Schwiegervater auf die Äußerung Legiens aufmerksam gemacht.

An der Kreisversammlung vom 18. September wurde nach dem Bericht des Schiedsgerichts von der Kreisversammlung einstimmig beschlossen, bei Groß-Berlin den Antrag auf Ausschluß aus der Partei gegen den Genossen Legien zu stellen. Die Schiedsgerichtskommission des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins beschäftigte sich am 20. Oktober mit dieser Angelegenheit. Sie bemängelte, daß der Genosse Legien zu der Kreisversammlung, die den Ausschlußantrag gestellt hatte, nicht eingeladen war und wies aus diesem formellen Grunde den Ausschlußantrag an den Wahlverein Niederbarnim zurück. Der Zentralvorstand trat diesem Vorschlag der Schiedsgerichtskommission bei.

Genosse Legien wurde hierauf zu der am 11. Dezember stattgefundenen Kreisversammlung geladen. Er erklärte in einem längeren Schreiben u. a.: „Die Organisation der sozialdemokratischen Partei ist keine militärische Organisation. Ihre Mitglieder sind nicht verpflichtet, bedingungslos der Anforderung eines Vorgesetzten oder einer vorgelegten Behörde zu folgen. Sie haben das Recht, zu prüfen, ob die an sie gestellte Anforderung berechtigt oder unberechtigt ist und danach ihren Befehl zu treffen, ob sie ihre Folge leisten können oder wollen.“ Der Kreisversammlung werde er sich nicht stellen. Nach seiner Ansicht hätte gegen den von ihm verdächtigten Genossen, nicht aber gegen ihn ein Verfahren eingeleitet werden müssen. Irigend eine Angabe, welcher Grund ihn zu seiner Verdächtigung veranlaßt habe, machte Genosse Legien nicht. Die Kreisversammlung lehnte das Ansuchen ab, von dem ohne irgendeine Unterlage verdächtigten Genossen den Beweis seiner Unschuld zu verlangen und beschloß, dem Genossen Legien noch einmal Gelegenheit zu geben, das von ihm als Parteigenossen zu erwartende zu erfüllen, und deshalb noch nicht die im Interesse der Einheit der Partei und der Organisation notwendigen Folgerungen gegen den Genossen Legien zu ziehen, sondern der Schiedsgerichtskommission noch einmal die weitere Untersuchung des Falles unter Ladung des Genossen Legien zu übertragen. Genosse Legien sollte darauf hingewiesen werden, daß er wie jedes andere Mitglied der Partei zur Erfüllung der aus der Organisationszugehörigkeit folgenden Pflichten verbunden sei, und daß sein Verhalten die Einheit der Partei und die Interessen der Organisation gefährde. Die Schiedsgerichtskommission übermittelte hierauf dem Genossen Legien folgendes Schreiben:

„In der am 11. Dezember 1915 stattgefundenen Kreisversammlung, in welcher die Angelegenheit wegen angeblicher Beleidigung des Genossen Ceterer geklärt werden sollte, sind Sie trotz Einladung nicht erschienen.“

Auf den in Ihrem Antwortschreiben vertretenen Standpunkt, daß nicht der Beleidiger, sondern der Beleidigte seine Unschuld nachzuweisen habe, hat sich die Kreisversammlung nicht gestellt.

Durch Beschluß dieser Konferenz ist die unterzeichnete Schiedsgerichtskommission laut § 11 unseres Kreisstatuts nochmals beauftragt, zu untersuchen und Aufklärungen darüber zu schaffen, ob Sie auf dem Juli-Jahlabend behauptet haben, Genosse Ceterer sei ein Spion und Anarchist und welche Gründe Sie zu dieser Behauptung veranlaßten. Bemerkten möchte ich noch besonders, daß ich voll und ganz Ihre dahingehende Ansicht teile, unsere Einrichtungen seien keine militärische Institution, in der sich der Kommandierte den Befehlen seines Vorgesetzten unbedingt zu fügen habe. Aber trotzdem haben Sie wie jeder andere Parteigenosse im Interesse der Einheit der Partei und im Interesse der Organisation die Pflicht, den von der Partei eingeleiteten Instanzen gegenüber Ihre Parteipflicht zu erfüllen.

Wegen der in Nieder-Schönhausen stattgefundenen Aussprache wollen Sie mir umgehend mitteilen, auf welchen Tag und Stunde ich die Sitzung einberufen kann.“

Genosse Legien ließ dies Schreiben und ein zweites unbeachtet. Die Schiedsgerichtskommission lud hierauf den Genossen Legien zu einer auf den 8. Januar anberaumten Sitzung. In dieser Sitzung, zu der Legien vergeblich geladen war, betätigten drei Genossen die bereits am 7. September von drei anderen Genossen befundenen Äußerungen des Genossen Legien. Ein vierter Genosse erklärte, er könne zwar nicht bestritten, daß die Worte gefallen seien, er nehme aber an, sie seien nicht im bösen Sinn gefallen. Zur Erklärung dieser Äußerung sei angeführt, daß Genosse Legien nach den Bekundungen verschiedener Genossen zu dieser Angelegenheit in Nieder-Schönhausen kräftige Worte gegen abwesende und anwesende Parteigenossen, mit deren Ansicht er nicht übereinstimmt, gebraucht. So habe er dort u. a. geäußert: „Stichtagen ist verrückt, Schwarz (Lubek) ist ein Idiot und ein anderes Mitglied der Fraktionsminderheit ist ein Petroleumjude. Zum Genossen Kowlofski hat er noch Jugendaussage geäußert: Worte man, komm nur in den Reichstag, da werden wir Dir Dein großes Maul schon kapfen.“

Der Kreisversammlung vom 1. Januar 1916 erstattete die Schiedsgerichtskommission Bericht. Genosse Legien war eingeladen, aber nicht erschienen. In der Kreisversammlung wurde betont, Genosse Legien habe sich zur Schädigung des Parteinteresses beharrlicher Zuwendungen gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation und einer ehrlosen Handlung, nämlich der grundlosen Verdächtigung eines Parteigenossen, schuldig gemacht. Von einer Seite wurde deshalb beantragt, den Ausschluß des Genossen Legien aus der Partei zu beantragen. Von einer anderen Seite wurde betont, diese Folgerung zu ziehen, könne man dem Zentralvorstand Groß-Berlins überlassen, der ja auch ein Interesse daran haben müsse, den Sachverhalt zu untersuchen. In der jetzigen Zeit genüge es, zur Beseitigung der durch den Genossen Legien in die Organisation hineingetragenen Zweifeltigkeiten dem Genossen Legien die Befähigung abzusprechen, Parteiamter im Kreis Niederbarnim zu bekleiden und diesen Antrag der Organisation Groß-Berlin zu weiteren Folgerungen zu überweisen. Die letztere Ansicht erhielt die Mehrheit. Die Kreisversammlung stimmte folgendem Antrag zu:

Dem Genossen Legien ist wegen scharfer Beleidigung des Genossen Ceter, indem er denselben als Polizeispigel und Anarchisten bezeichnete und trotz wiederholter Aufforderung den zur Regelung hierfür eingeleiteten Parteinstanzen sich zu stellen, keine Folge leistete, die Befähigung Parteiamter im Kreis Niederbarnim zu bekleiden, abzusprechen.

Dieser Antrag ist Groß-Berlin zu unterbreiten mit dem Ersuchen, den Sachverhalt auch seinerseits zu untersuchen und einen gleichen Beschluß für Groß-Berlin zu fassen.

Der Zentralvorstand von Groß-Berlin gab diesen Antrag aus dem formellen Bedenken an den Kreis zurück, daß nach der in Groß-Berlin herrschenden Praxis nur der direkte Antrag auf Ausschluß zulässig sei. Dieser wurde darauf in der Kreisversammlung des Kreises Niederbarnim vom 5. Februar 1916 gestellt. Der Zentralvorstand von Groß-Berlin hat dann auf Antrag der Schiedskommission Groß-Berlins am 26. Mai gegen 12 Stimmen beschlossen, den Antrag auf Ausschluß des Genossen Legien zu stellen. Diefem Antrag und dem Antrag der Kreisversammlung vom 5. Februar hat sich die Generalversammlung des Kreises am 28. Mai angeschlossen.

Die Kreisversammlung hat beschlossen, den Kreisvorstand zu beauftragen, den Sachverhalt in dieser Angelegenheit Legien zu veröffentlichen, um ähnlichen Entstellungen vorzubeugen, wie sie im Oktober 1915 durch Abdruck eines unter der Überschrift "Niederbarnim" vom Genossen Legien verfaßten Artikels in mehreren sozialdemokratischen und bürgerlichen Zeitungen erfolgt sind. Diefem Beschluß trat die Generalversammlung am 28. Mai bei.

Zur Beitragsperre in Teltow-Beeskow.

Von dem unterzeichneten Vorstand des Neuföllner Wahlvereins geht uns nachstehende Erklärung zu:

Gegenüber dem Aufruf des Kreisvorstandes von Teltow-Beeskow stellen die Unterzeichneten als Mitglieder des neuen Vorstandes von Neufölln folgendes fest:

Die in Neufölln am Sonnabend zum Beschluß erhobene Resolution besagt nur, daß die Neuföllner Generalversammlung der Anschauung ist, daß die Beitragsperre ein geeignetes Abwehrmittel gegen die Unterdrückungspolitik des Parteivorstandes ist. Die Resolution fordert weiter die dem Ortsverein Neufölln angehörigen Funktionäre auf, diesen Standpunkt in den zuständigen Instanzen (u. a. Groß-Berliner Zentralvorstand) zu vertreten.

Der Beschluß besagt dagegen keineswegs, daß der Neuföllner Ortsverein künftig keine Beiträge mehr an den Kreisvorstand abführen wird.

Eine Sperre gegenüber dem Parteivorstand kann von Neufölln schon deshalb nicht durchgeführt werden, weil Neufölln seine Beiträge an den Kreis abzuführen hat. Die Sperre gegenüber dem Parteivorstand ist also überhaupt nur möglich, sobald ein Beschluß des Kreises vorliegt.

Der Wortlaut der am Sonnabend beschlossenen Resolution läßt offensichtlich die vom Kreisvorstand beliebige Auslegung nicht zu. Wie stellen aber weiter ausdrücklich fest, daß auch die beiden Antragsteller der Resolution (die als Mitglieder des neuen Vorstandes vorstehende Erklärung mitunterzeichnet haben) nicht die sofortige Beitragsperre durch den Neuföllner Ortsverein, sondern nur einen Antrag an die zuständigen Instanzen der Kreis- und Verbandsorganisation bezwecken.

Andem wir die Ernennung des Neuföllner Beschlußes durch den Kreisvorstand entschieden zurückweisen, erklären wir zugleich, daß auch der neue Vorstand die Beiträge weiter an den Kreis abzuführen wird, selbst wenn die Kreisgeneralversammlung die Beitragsperre gegenüber dem Parteivorstand ablehnen sollte.

Die angekündigten Maßnahmen des Kreisvorstandes entbehren also jeder Grundlage; ihre Durchführung würde auf bewußte Parteispaltung hinauslaufen.

Wenn der Kreisvorstand weiter erklärt, er könne den von unserer Generalversammlung statutenmäßig gewählten neuen Vorstand nicht "anerkennen", so liegt darin die Nichtachtung des klaren Willensausdrucks der Neuföllner Parteigenossen, weil dazu nach dem Statut dem Kreisvorstand absolut kein Recht zusteht.

Um die Einheit unserer Parteioorganisation hochzuhalten, ersuchen wir dringend unsere Mitglieder, sich durch die Maßnahmen des Kreisvorstandes nicht beirren zu lassen.

Nar Jirfel, 2. Vorsitzender. A. Regge, K. Künstler, Otto Franke, Otto Dingulth, Karl Kaiser, Marie Adena, Emma Reipke.

In derselben Angelegenheit sendet uns Genosse Ewald jr. folgende Erklärung: Durch Krankheit bin ich verhindert, an den Kreisvorstandssitzungen teilzunehmen. Ich schließe mich aber nachträglich der Erklärung des Kreisvorstandes von Teltow-Beeskow in der Nr. 149 des "Vorwärts" vom 31. Mai an.

Zur Kreisversammlung des Wahlkreises Spandau-Osthavelland.

Vom Genossen Otto Wels erhalten wir folgende Zuschrift: Am Fieberbänke mit dem Kreisvorsitzenden des Wahlkreises Spandau-Osthavelland ersuche ich um die Aufnahme folgender Notiz, die im Interesse einer objektiven Berichterstattung erforderlich ist.

Der gestrige Bericht des "Vorwärts" bietet, ohne in bezug auf die Wiedergabe der angenommenen Resolution unrichtig zu sein, ein falsches Bild vom Verlaufe der Verhandlungen. Schon in der Konferenz führte ein Genosse aus, daß dieselbe eigentlich "nicht angenommen", sondern "alles abgelehnt" habe.

Das ist für die Stellungnahme zur Fraktionspaltung, über die Ströbel und Wels referierten, auch völlig zutreffend.

Der Konferenz lagen zu dieser Frage drei Resolutionen vor. Die erste, gestellt von Fielig, Belten, die die Spaltung tobell sich gegen alle Sonderorganisationen wendet, sowie die Einheit der Partei scharf betont und von Wels empfohlen wurde, erhielt 18 Stimmen, dagegen stimmten 14 Teilnehmer. Sie war somit abgelehnt.

Die zweite Resolution, von Spandau gestellt, vertretet scharf den Standpunkt der Opposition; für ihre Annahme trat Ströbel ein, wurde mit 14 gegen 11 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Von der dritten Resolution wurde in getrennter Abstimmung die Einleitungsfrage, der zu dem Verhalten der Fraktion am 24. März Stellung nahm und zu dem in der ganzen Debatte niemand gesprochen hatte, wie der Bericht es sagt, mit 19 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Hauptteil der Resolution aber, der zu der Fraktionspaltung Stellung nahm, die Bildung der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" gutheißt, sie als die wahre Vertreterin der proletarischen Interessen bezeichnet und ihr die entschiedenste Unterstützung zusagt, wurde wiederum mit 7 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Gegen den bisherigen zweiten Kreisvorsitzenden Pieper, der zurzeit die Geschäfte leitet, wurde eingewandt, daß er auf dem Boden der Fraktionsmehrheit stehe und im Provinzialvorstand auch stets in diesem Sinne gestimmt habe. Seine Wiederwahl erfolgte mit 15 gegen 11 Stimmen. Der im Felde befindliche erste Vorsitzende Stahl wurde einstimmig wiedergewählt.

Otto Wels.

Demgegenüber möchte ich feststellen: Die erste von Wels erwähnte Resolution wurde abgelehnt, trotzdem von Wels in seinem Schlusswort, gegen das Einmündungen nicht mehr erhoben werden konnten, das angeblich organisationsgefährdende Treiben der "Sonderorganisationen" in ausföhrlichster Weise und mit den düstersten Farben geschildert worden war.

Der für die Arbeitsgemeinschaft sich aussprechende Teil der dritten Resolution erhielt nur deshalb nicht die ihm sonst sichere Mehrheit, weil mehrere dem linken Flügel angehörende Genossen dagegen stimmten, die die zweite Resolution eingebracht hatten, in der gleichfalls der Arbeitsgemeinschaft das Vertrauen ausgesprochen war. Die zweite Resolution erklärte nämlich der Arbeitsgemeinschaft ihre Zustimmung, jedoch in der Form, daß die

Konferenz nach der parlamentarischen Vahmlegung Liebknechts in ihr die berufene Vertretung der Sozialdemokratie erblickte. Daß ich mich für diese Fassung der Resolution ausgesprochen hätte, entspricht nicht den Tatsachen.

Reihehast ist endlich, daß der wiedergewählte Kreisvorsitzende Pieper wiederholt erklärte, daß er zwar im Provinzialvorstand den Standpunkt der Fraktionsmehrheit bezieteten, jedoch jedesmal ausdrücklich festgesetzt habe, daß das seine persönliche Auffassung sei, nicht aber die der Mehrheit der Genossen des von ihm vertretenen Wahlkreises.

In Wirklichkeit ergänzen also auch diese Abstimmungen nur das Bild, das die angenommenen Resolutionen von der Stimmung der Kreisversammlung ergeben.

Die "Brandenburger Zeitung", deren Redaktionsführung ebenfalls Gegenstand der Erörterung war, bemerkt zu dem Bericht:

"Wir möchten zu dem Postus, der den Maiartikel der "Brandenburger Zeitung" betrifft, nur bemerken, daß infolge vorübergehender militärischer Einziehung sämtlicher Redakteure Genosse Peus aus Dessau am 1. Mai anschliefweise herübergekommen war und die Schriftleitung der "Brandenburger Zeitung" allein inne hatte. Sein Artikel war daher auch von ihm verantwortlich gezeichnet. Im übrigen glauben wir aber versichern zu dürfen, daß dem Genossen Peus sicherlich die Absicht ferngelegen hat, unser Mai-Ideal verhöhnen zu wollen, und man braucht eine solche Tendenz keineswegs aus dem Artikel herauszulesen. — Im übrigen möchten wir nebenbei nochmals betonen, daß die Redaktion, wenn sie ihrerseits den Genossen Peus als den Reichstagsabgeordneten für Brandenburg-Westhavelland gelegentlich in der "Brandenburger Zeitung" vor seinen Wählern zu Worte kommen läßt, darum durchaus nicht mit den von ihm geäußerten Ansichten übereinstimmen pflegt."

Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

Am Sonntag tagte in Blankenburg ein von 24 Delegierten besuchter Parteitag für Schwarzburg-Rudolstadt. Aus dem Bericht des Kreisvorstandes geht hervor, daß die Partei nach dem Ausbruch des Krieges alles getan habe, um die wirtschaftliche Not zu lindern. Eine Beschlusfassung über die Parteidifferenzen herbeizuführen, lehnte der Kreisvorstand ab; auch ein Verlangen mehrerer Genossen, auf dem Parteitag einen Vertreter der Minderheit reden zu lassen, da er weder für noch gegen eine Parteigruppe sei. Nach dem Krieg werde die Zeit da sein, wo wir uns entscheiden können; bis dahin mühten wir vor allem die Einheit der Partei hochzuhalten. — Der Kassenbericht balanciert in Einnahme und Ausgabe um 7448,04 M. Der Krieg hat auch im Rudolstädter Kreis arge Läden gerissen, 25 Ortsvereine haben ihre Tätigkeit eingestellt, circa 900 Genossen sind nach der Abrechnung noch vorhanden. — Beim Bericht über die Tätigkeit des Landtages berührte Genosse Winter die Frage der Verschmelzung der beiden Schwarzburger Fürstentümer. Das Hauptemblem liege für uns in der Wahlrechtsfrage. Es ist ausgeschlossen, daß eine Verschmelzung zustande kommt, wenn dabei das Rudolstädter Wahlrecht verhandelt werden soll. Einem solchen Versuch werden die Rudolstädter Genossen mit allen Mitteln sich widersetzen. — Ueber die Tätigkeit des Reichstages berichtete der Abgeordnete des Kreises, Genosse A. Hofmann-Soalfeld, der sich auf Grund seiner bisherigen Stellungnahme zum Standpunkt der Mehrheit der Reichstagsfraktion bekannte. — Abg. Hartmann-Rudolstadt begründete eine zum Teil abweichende Haltung. Im übrigen lehnte es der Parteitag ab, durch Annahme einer Resolution für eine der Parteigruppen zu votieren. — Als Vorsitzender der Kreisorganisation wurde Genosse Hartmann-Rudolstadt wiedergewählt.

Weit gebracht!

Der Aktionsausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft hat unter dem Titel "Koloniale Zeitfragen" die Herausgabe einer Sammlung von Werkschriften begonnen, deren erstes Heft jetzt vorliegt. Es enthält neben Artikeln von M. v. Hagen, Prof. Hans Delbrück, Dr. D. Karstedt und Dr. A. Froberger einen Artikel des Genossen Karl Sebering, Redakteur unseres Bielefelder Parteiblattes und Mitglied des Parteiausschusses! Es ist dies zwar keine Originalarbeit, sondern der Abdruck eines Artikels aus den "Sozialistischen Monatsheften", der Aktionsausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft hat ihn aber mit ausdrücklicher Genehmigung von Verfasser und Redaktion in seiner Werkschrift veröffentlichen können.

Wir sehen hier vollkommen ab von dem nahe liegenden Hinweis auf die rührende Ideengemeinschaft zwischen dem Kreis der "Sozialistischen Monatshefte" und den Verfechtern einer aktiven Kolonialpolitik. Wir konstatieren nur die Tatsache: der Aufsatz eines sozialdemokratischen Parteidiskurs, früherer Reichstagsabgeordneter und Mitglieds des Partei-Ausschusses, figuriert neben den Artikeln führenden Kolonialpolitiker in der ersten Nummer der Werkschriften der Deutschen Kolonialgesellschaft!

Aus Groß-Berlin.

Massenpeisung.

Die Knappheit mancher Lebensmittel hat dem Gedanken Nahrung gegeben, daß es wirtschaftlicher sei, an Stelle der Rohprodukte fertige Speisen der Bevölkerung in Massen abzugeben. Der Präsident des neugebildeten Kriegsernährungsamtes hat der Frage der Massenpeisung sein besonderes Interesse zugewendet und die Förderung aller Bestrebungen in Aussicht gestellt, welche dahin zielen, die Massenpeisung in die Tat umzusetzen. Der Berliner Magistrat ist drauf und dran, eine großzügige Organisation zu schaffen, um die Abgabe fertiger Speisen in die Wege zu leiten. Man will der Bevölkerung ein Essen bieten, das nahrhaft und schmackhaft zugleich ist, das aber nicht den Charakter von Armensuppen haben soll. Es ist daran gedacht, daß die Portion etwa 40 Pfennig kosten soll. Hauslisten sollen umgehen, in welche sich alle einzeichnen, die auf fertige Speisen reflektieren. Im Augenblick ist eine Kommission an der Arbeit, die nötigen Räumlichkeiten zu beschaffen. Man denkt daran, daß in der Hauptsache die fertigen Speisen abgeholt werden; es soll aber auch Vor- sorge getroffen werden, daß an Ort und Stelle verzehrt werden kann. Die Organisation zu schaffen, ist keine leichte Aufgabe; schwerer noch wird sein, die Art der zu liefernden Speisen zu bestimmen. Denn davon wird viel, wenn nicht alles abhängen. Die schwer arbeitende Bevölkerung kann ihre Tätigkeit auf die Dauer nicht ausüben, wenn ihr nicht kräftigende Mahlzeiten zur Verfügung stehen.

Nebenfragen sind noch die, ob den Beziehern fertiger Speisen die Fleischkarte oder die Mehlkarte anzurechnen seien.

Was die Mehlkarte betrifft, so muß ausgesprochen werden, daß heute schon in allen Familien große Mehlknappheit herrscht, weil das Brotquantum entschieden zu klein ist und die Brotkarte für Mehlbeschaffung nicht reicht.

Aber alle diese Fragen werden sich lösen lassen.

Viel wichtiger ist, auf welche Kreise der Bevölkerung die Abgabe fertiger Speisen beschränkt sein soll. Nach den bisherigen Mitteilungen soll es jedem frei stehen, fertiges Essen zu beziehen, er braucht sich nur in die Listen einzuschreiben. Nun steht aber fest, daß es sich bei der Massenpeisung um eine rationelle Verwertung der vorhandenen Lebensmittel handeln soll. Wenn das aber die Ursache dieser Speisung ist,

warum wird dann nicht ganz allgemein angeordnet, an Stelle der Rohprodukte werden an alle Bevölkerungskreise ohne jede Ausnahme nur noch fertige Speisen verabfolgt?

Warum soll der, der das größere Portemonnaie hat, sich anders und besonders ernähren können, als die große Menge der Bevölkerung das kann. Wenn rationell gewirtschaftet werden soll, warum dann bestimmte Bevölkerungskreise von dieser rationalen Wirtschaft ausschließen und es ihnen überlassen, nach freiem Ermessen über die Rohprodukte zu verfügen? Es geht doch nicht an, daß der eine über größere Quanten Lebensmittel verfügen kann, bloß weil er mehr Geld hat. Erweitert sich eine geregelte Verteilung der Lebensmittel für notwendig, ob in dieser oder jener Form, so muß eine Gleichmäßigkeit für Alle eintreten.

Auf die minderbemittelte Bevölkerung könnte dann immer noch bei der Festsetzung der Preise für die abzugebenden Speisen die nötige Rücksicht genommen werden.

Natürlich wenden wir uns mit diesen Ausführungen an sich nicht gegen die in Vorbereitung befindlichen Massenpeisungen. Sie werden aber nur dann ihren Zweck erreichen, wenn das abzugebende Essen ein solches ist, das billigen Anforderungen entspricht, wenn keine neue bürokratische Einrichtung geschaffen wird und eine Kontrolle durch die Bevölkerung selbst gegeben ist.

Die Fleischkarte in den Gastwirtschaften Groß-Berlins.

Es ist die Besorgnis ausgesprochen worden, daß durch die Einführung der Berliner Fleischkarte den Bewohnern der Vororte es künftig nicht möglich sei, in den Berliner Gastwirtschaften eine Fleischmahlzeit einzunehmen. Demgegenüber ist folgendes zu bemerken: Es war unbedingt nötig, die Berliner Bestimmungen auch auf Speisewirtschaften aller Art zu erstrecken, sonst hätte der in der Öffentlichkeit so lebhaft besagte Mißstand fortgedauert, daß die private Versorgung sich die tiefgehendsten Beschränkungen auferlegt, während man im Restaurant und Hotel nach Gefallen die größten Fleischmengen erhalten kann. Demgemäß ist die Berliner Fleischkarte genau nach dem Muster der Berliner Brotkarte so eingerichtet, daß ein Abchnitt erforderlich ist und genügt, um in der Speisewirtschaft ein Fleischgericht zu erlangen. Mit der Einführung dieses Systems konnte nicht gewartet werden, weil es dringendes Bedürfnis ist, daß am nächsten Montag das Anmelde- system, also die Beschränkung des Käufers auf einen bestimmten Laden (Kundenliste), beim Fleisch und bei der Butter in Wirklichkeit tritt. Die Systeme, welche eine große Anzahl von Vororten für die Fleischverteilung bereits gewährt hat, weichen leider von dem Grundgedanken der Brotkarte erheblich ab und sind untereinander äußerst verschiedenartig. Zumeist ziehen sie die Gastwirtschaften in die Regelung nicht ein. Es ist aber, wenn die Bewohner der Vororte mit den Bewohnern Berlins gleichgestellt werden sollen, ganz unvermeidlich, daß auch die Vorortbewohner gleich den Berlinern mit einem Ausweis versehen sind, den sie für ein einzelnes Fleischgericht abtrennen können. Dieses Ergebnis wird, wie anzunehmen ist, zwischen Berlin und den größeren Nachbarorten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erreicht werden. Schon jetzt haben Charlottenburg und Schöneberg sich dazu bereit erklärt.

Wir erfahren, daß auf Grund der Beratungen unter den Groß-Berliner Gemeinden im Berliner Rathaus schon gestern eine Vereinbarung zwischen Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Wilmerdorf über die gegenseitige Anerkennung der Fleischkarte der einzelnen Gemeinden in ihren Gastwirtschaften getroffen worden ist. Schon vom 5. Juni an wird in den einzelnen Gastwirtschaften nicht danach gefragt werden, welcher der Nachbargemeinden der Gast angehört, bevor er sein Fleischgericht bestellt. Die einzelnen Fleischkartenabschnitte müssen jedoch abgetrennt werden und man ist bereits dank dem Entgegenkommen Berlins über ein System der Verrechnung zwischen den einzelnen Gemeinden einig geworden.

Eine Erinnerung an Gasthöfe, Fremdenheimen, Pensionate und Herbergen!

Soweit diese Betriebe Tagesbrotkarten erhalten, müssen sie, soweit sie Tagesfleischkarten für die bei ihnen übernachtenden Fremden empfangen wollen, sich am kommenden Freitag oder Sonnabend an den Obmann der zuständigen Gastwirtschaftskommission wegen Ueberlassung von Tagesfleischkarten wenden. Zu diesem Zwecke haben die genannten Betriebe dem Obmann anzugeben, wie groß ihr wöchentlicher Bedarf an Tagesbrotkarten ist. Diese Angabe wird nachgeprüft. Falsche Angaben haben Anschlag von weiterer Verteilung zur Folge. Es wird den genannten Betrieben von dem zuständigen Obmann für die kommende Woche diejenige Zahl von Tagesfleischkarten ausgehändigt werden, welche nach dem vom Magistrat aufgestellten Grundrissen auf den betreffenden Betrieb entfällt.

Dieserjenige Ladenschlichter, welche es bisher unterlassen haben, eine Abschrift der Kundenliste sich zu fertigen, werden ersucht, sich das Original der Kundenliste alsbald vom Schlachthofbureau, Thaeerstr. 31, zwecks Fertigung einer solchen Abschrift abzuholen. Die Originalliste muß bei Vermeidung von Weiterungen spätestens am kommenden Montag, den 5. Juni, auf dem Schlachthofbureau, Thaeerstr. 31, wieder eingereicht werden.

Höchstpreise für Kandiszucker und Zuckersirup.

Der Magistrat hat eine Verordnung erlassen, wonach auch für Kandiszucker und Zuckersirup Höchstpreise festgesetzt sind, und zwar darf der Preis im Kleinhandel für Kandiszucker weiß den Betrag von 50 Pf., bei Kandiszucker braun von 54 Pf., bei Kandiszucker schwarz von 60 Pf. und für Zuckersirup von 50 Pf. für ein Pfund nicht übersteigen. Ein Zuschlag für die Verpackung bei Kandiszucker darf nicht berechnet werden. Als Kleinhandel gilt der Verkauf an den Verbraucher, soweit er nicht Mengen von mehr als 30 Pfund zum Gegenstande hat. Zuwiderhandlungen werden mit Strafe bedroht.

Ferner hat der Magistrat in der Ergänzung der Verordnung vom 28. April 1916 über die Abgabe und Entnahme von Zucker Bekanntmachung dahin erlassen, daß auch für die Abgabe und Entnahme von Kandiszucker und Zuckersirup die Bestimmungen der erwähnten Verordnung Geltung haben, insbesondere die Vorschrift, daß bei Entnahme dieser Zuckerarten die Zuckerarte vorzulegen und der jeweils fällige Abschnitt von dem Verkäufer abzutrennen ist.

Ausgabe von Brennspiritus.

Von der Reichsbrandweinstelle sind 25 Hundertteile des früheren Verbrauchs an Brennspiritus freigegeben worden. Von diesen 25 Hundertteilen gelangen 20 Hundertteile zum Preise von 0,55 M. für das Liter gegen Bezugsmarken in den Verkehr, während 5 Hundertteile ohne Bezugsmarken zum Preise von 1,50 M. für das Liter verkauft werden dürfen.

Bezugsmarken erhalten minderbemittelte Personen, die den Spiritus zur Beleuchtung oder zum Kochen nötig haben, und denen ein Ersatzmittel in Elektrizität oder Gas nicht zur Verfügung steht, sowie solche Personen, die den Spiritus für Zwecke der Gesundheitspflege benötigen. Die Bezugsmarken werden durch die Protokommissionen ausgegeben. Sie berechtigen nur im Stadtbezirk Berlin zum Bezuge von Brennspiritus. Die Geschäfte, in denen der Spiritus zur Ausgabe gelangt, sind in den Protokommissionen zu erfahren. Gewerbtreibende und sonstige berufliche Verbraucher (Ärzte, Zahnärzte, Hebammen, Sanatorien, Friseur usw.) werden von der Brennspiritus-Gesellschaft, Berlin-Tempelhof, Ringbahnstraße 32/33, unmittelbar bezogen.

Arbeiterbildungsschule. Der nächste naturwissenschaftliche Sonntagsausflug erfolgt am kommenden Sonntag, den 4. Juni, und zwar als Nachmittagswanderung. Ihr Ziel ist nicht, wie ursprünglich angegeben wurde Libau, sondern der Grunewald (Dahlem-Niemeyer- und Teufelssee-Nichelsberge).

Treffpunkt 1/2 Uhr mittags am Haltepunkt der Untergrundbahn Dahlem-Dorf. Fahrkosten 40 Pf.

Teilnehmerkarten zu 30 Pf. sind zu haben im Bureau des IV. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11, im Bureau des VI. Wahlvereins, Gerichtstraße 71, und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses (Jugendsekretariat), Lindenstraße 3.

Die Sorge um den Säugling.

Im Berliner „Verein Hauspflege“ sprach Prof. Finkelstein, ärztlicher Leiter des Waisenhauses der Stadt Berlin und des angegliederten Kinderzivils, über „Säuglingspflege in der Kriegszeit“. Er zeigte, welche Schwierigkeiten für die Ernährung und gesamte Pflege der Säuglinge sich aus dem Kriegszustand allmählich ergeben haben.

Sonst habe man, so leitete er seinen Vortrag ein, Ratsschlüsse erteilt, wie Säuglinge ernährt werden sollen; jetzt aber müsse man fragen, wie sie ernährt werden können. Immer schwerer sei es in letzter Zeit für die ärmeren Bevölkerungsschichten geworden, bei der Ernährung und Pflege der Säuglinge noch einigermaßen die Anforderungen zu erfüllen, die bisher galten. Kost aller dazu nötige Bedarf sei jetzt knapp und teuer, die Säuglingsmilch, das Hafermehl, der Zucker, ferner auch die Gummipropfen, die Windeln, die Seife usw. Die Ernährungsschwierigkeit, zu der die Knappheit und Teuerung der Lebensmittel geführt habe, treffe auch die Mütter.

Was da zu tun sei, um trotz allen Schwierigkeiten durchzukommen?

Bezüglich der Ernährung des Säuglings empfahl Finkelstein, mit noch größerem Eifer als bisher die Mütter zum Stillen ihrer Kinder anzuhalten. Für ein Kind, das gestillt wird, sei das Gedeihen so gut wie gewährleistet. Dabei falle auch die Sorge weg, wie man die Kuhmilch oder andere Nahrungsmittel heranschaffen soll. In der Reichswochenhilfe mit ihren Stillbehelfen sei ein wirksames Mittel gegeben, die Mütter zum Stillen zu bewegen. Man könne vielleicht fragen, ob nicht durch Lebensmittelteuerung und Ernährungsschwierigkeit die Mütter in ihrer Stillfähigkeit beeinträchtigt werden. Finkelstein glaubt, diese Frage verneinen zu dürfen, und er fürchtet auch keine bedenkliche Verringerung der Muttermilch. Er wies darauf hin, daß 1870 in Paris während der Belagerung infolge des Mangels an Kuhmilch allgemein die Mütter ihre Kinder stillten und daß in dieser Zeit die Säuglingssterblichkeit so gering wie nie war.

Zunächst müsse man bemerkt sein, die stillenden Mütter ausreichend zu ernähren. Aber noch wichtiger sei, für die Ernährung der Schwangeren zu sorgen, damit kräftige Kinder geboren werden. Finkelstein gestand, daß man da „jetzt nicht außerordentlich viel tun“ könne. Man müsse aber darauf hinwirken, daß die Frauen „das wenige Geld, das sie haben, für gute Nahrung ausgeben“. Das teure Fleisch sei entbehrlich, das könne durch „billigere Fischsorten“ ersetzt werden, z. B. durch den „ganz einfachen Hering“ (über dessen jetzigen Preis der Vortragende wohl im Unklaren ist). Als sehr nährhaft könne er z. B. auch Reis und Kudeln empfehlen, ferner die Hülsenfrüchte, „soweit sie noch zu haben sind“. Zur Deckung des Milchbedarfs habe die stillende Mutter ein durch ihre Milchkarte gesichertes Vorzugsrecht, das bei der herrschenden Milchknappheit nötig sei.

Die Milchkarte soll auch für die mit der Flasche aufzunehmenden Kinder die Heranschaffung der Nahrung sichern. Die erforderliche Milchmenge brauche, sagt Finkelstein, nicht mehr als ein Zehntel vom Körpergewicht des Säuglings zu betragen, und auch für ältere Kinder sei nicht erheblich mehr nötig. Wenn man sich an „dieses knappe Maß“ halte, werde viel Milch gespart und die Deckung des gesamten Bedarfs erleichtert. Verhängnisvoll für das Kind könne es werden, wenn Zucker fehlt, ohne den ein Gedeihen des Kindes nicht möglich ist. Ersatz dafür dürfe niemals Saccharin sein, das keinen Nährwert habe, sondern z. B. Malzpräparate, die man freilich teuer bezahlen müsse. Ersatz sei auch Milchzucker, an dem es ebenso wie an Kindermehl noch nicht fehle.

Mit Ersatzmitteln, die für die allgemeine Pflege des Säuglings in Frage kommen, macht Finkelstein Versuche in den von ihm geleiteten Anstalten. Der Preis des Gummisaugers ist von früher 15–20 Pf. auf 50–80 Pf. und noch darüber gestiegen, aber die Industrie hat einen Ersatz gefunden. Für Seife werden Tonpräparate angeboten, statt Puder dient Talkum als Streupulver, die Windeln kann man aus Resten anfertigen, zur wasserdichten Unterlage eignet sich ein präpariertes Papier. Wie teuer sind jetzt alle diese Ersatzmittel und besonders die erst neuesten von der Industrie hergestellten? Dem Vortrag war hierüber nichts zu entnehmen.

Für die ärmere Bevölkerung liegt ja die Schwierigkeit nicht nur in der Knappheit der Nahrungsmittel und des sonstigen Bedarfs. Sie liegt noch mehr in der allgemeinen Verteuerung, von der auch die Erlösmittel nicht verschont bleiben. Und scheint, daß die Sorge um den Säugling besondere Fürsorgebestimmungen zur Sicherstellung seiner Ernährung und Pflege gebietet.

Die Ankaufskommission der Städtischen Kunst-Deputation trat gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide in der Großen Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof zusammen. Es wurden für die Stadt die folgenden Gemälde angekauft: Hans Hartig, „Ein Hundenburgflieg“, Julius Jacob, „Kreuzfahrt am Zeughausplatz“, Julie Wolfsthorst, „Zwei Freundinnen“, Köhler, „Im Park zu Schwetzingen“, Alfred Hellberger, „Einzug der Soldaten über die Potsdamer Brücke von Blumental“, Walter Meise, „Wohlthatigenkonzert im Lazarett“.

Palette nach Bulgarien sollen in Leitwaid oder Siede oder in feste Holzstücken verpackt sowie geböhrig verpackt und versiegelt sein. Auf die Beachtung dieser Vorschriften ist wiederholt hingewiesen worden. Trotzdem werden noch immer viele Palette nach Bulgarien aufgeliefert, die nur in starkes Packpapier eingehüllt und mit Blei-

klammern verschlossen sind. Derartige Palette werden fortan von der Abienung ausgeschlossen werden.

Ein Berliner D-Jugendich wurde von der Kriminalpolizei in Dresden inhaftlich gemacht. Auf dem Hauptbahnhof dort wurde ein Aktender festgenommen, als er gerade einen von Leipzig gekommenen Schnellzug verließ, um einen zur Abfahrt nach Bodenbach bereit stehenden Zug zu besteigen. Er hatte einer mitreisenden Dame ein gefülltes Portemonnaie aus der Handtasche gestohlen. Der Verhaftete wurde festgestellt als ein Kaufmann Gaul, ein Mann in mittleren Jahren, der in Berlin ein Zweiggeschäft eines größeren Betriebes leitet. Eine Durchsicht seiner Wohnung und seiner Geschäftsräume im Südosten der Stadt hatte ein überraschendes Ergebnis. Man fand dort Tugende von Kleintaschen und Koffern, Damenhandtaschen und Portemonnaies, Briefschaften, Schmuckstücke, aus denen zum Teil die Steine herausgebrochen sind, eine Reiseschreibmaschine, eine goldene Uhr mit Schloßwerk an einer goldenen Kette mit Steigbügel, auch einige Visam- und Persienreise. Alle Sachen wurden zur weiteren Aufklärung zunächst nach Dresden geschickt. Die Taschen sind zum Teil zerhackt. Der Verhaftete hat wahrscheinlich auch auf hiesigen Bahnhöfen, besonders dem Anhalter Bahnhof, Diebstähle in D-Jügen, die schon seit einigen Jahren verübt wurden, ausgeführt, vermutlich auch Taschendiebstähle in den Villardhäusern hiesiger Kaffeehäuser. Er verkehrte viel in Lokalen der Friedrichstadt, oft mit zwei anderen Männern, die wahrscheinlich seine Helfershelfer waren und ihn bei den Diebstählen deckten. Einem von ihnen scheint er auch in Dresden das zuletzt gestohlene Portemonnaie gleich zugestekt zu haben.

Schwerer Mißhandlungen seines Kindes hat sich ein Eisenbahnseamter M. in Reutlingen schuldig gemacht. Nachbarn M.s hörten schon seit längerer Zeit dessen 11 Jahre alten Sohn oft jämmerlich schreien. Man zweifelte nicht, daß er jedesmal barbarisch mißhandelt wurde. Gestern führte eine Nachbarin den Knaben zur Kriminalpolizei. Eine Untersuchung, die der Polizeiarzt vornahm, bestätigte den Verdacht. Der Vater hatte den Knaben mit dem Stiel eines Ausklopfers derart geschlagen, daß sein ganzer Körper mit Striemen und Beulen bedeckt war. Der Vater wollte seine „Züchtigungen“ damit erklären, daß sein Sohn lügenhaft sei, die Schule schwänze. Diese Ausrede wurde aber durch den Rektor der Schule bald widerlegt. M. wurde dem Amtsgericht vorgeführt, vorläufig aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Sohn wurde nach dem Waisenhause gebracht.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich am gestrigen Mittwoch in der Belleallianzstraße ereignet. Dort verlor die auf der Ecke der Vorauer Straße der 68jährige Postausbehalter Julius Mübiger unmittelbar vor einem in der Richtung nach dem Halleschen Tor fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 164 das Gleichgewicht und fiel. Da auf so kurze Entfernung der Führer den Zug nicht mehr zum Stehen bringen konnte, wurde der alte Mann umgerissen. M. erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster einen Schädelbruch, an dessen Folgen er auf der Unfallstation am Tempelhofer Ufer, wohin der Verunglückte gebracht worden war, starb.

Wegen einer Explosion in einer Fabrik in der Urbanstr. 114/115 (Hafenstraße) wurde die Berliner Feuerwehrt am Mittwoch nachmittag von vier Seiten alarmiert. Als sie dort in großer Stärke anlang, brannte das zweite Geschloß im rechten Seitenflügel mit dem Querschloß. Zum Glück sind die Fabrikräume sämtlich erst neu und massiv erbaut mit feuerfesten Decken und Fußböden. Ueber die Treppen und eine Maschinenleiter wurde vorgegangen und es gelang die Flammen auf ihrem Herd zu beschränken. Leider ist bei der Explosion der Arbeiter Emil Elzholz aus Reutlingen ums Leben gekommen. Sein Kollege der Gastwirt Michael Groh erlitt Brandwunden zweiten und dritten Grades an beiden Armen und an der linken Körperseite. Er sand Aufnahme und Hilfe im Urban-Krankenhaus.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen wird vom gestrigen Nachmittag gemeldet. Um 2³⁰ Uhr fuhr an der Königsplatz-Ecke der Spandauer Straße ein Kriebwagen der Linie 58 (Richtung Viry) in der Kreuzung gegen den Weiwagen eines in der Richtung nach dem Viehhof verkehrenden Zuges der Linie 81. Dabei wurden sieben Personen, die in dem Weiwagen saßen, leicht verletzt oder erlittenen Verbrennungen. Von dem Kriebwagen wurde die Vorderplattform fortgerissen und Seitenscheiben zertrümmert, an dem Weiwagen war das Puffergestell beschädigt, während das Gefährt selbst entgleiste. Die Verletzten konnten ohne fremde Hilfe sich nach ihren Wohnungen begeben.

Aus den Gemeinden.

Umtausch der Butterkarten für Kinder in Wilmsdorf. Der Umtausch der Butterkarten für Kinder, die zwischen dem 1. Januar 1902 und dem 31. Dezember 1913 geboren sind, gegen volle Butterkarten, sowie die Renausgabe solcher Karten für nach dem 31. Dezember 1913 geborene Kinder erfolgt vom Freitag, den 2. Juni, bis Mittwoch, den 7. Juni (mit Ausnahme des Sonntags), strahlenweise durch die Protokommissionen an die Haushaltungsvorsitzer oder deren Vertreter, also ohne Vermittlung der Hausbesitzer. Die Ausgabeordnung wird an den Anschlagtafeln veröffentlicht.

Mitgliederversammlung in Charlottenburg. Eine gubehufte Mitgliederversammlung des Wahlvereins Charlottenburg beschloß sich am 30. Mai mit den gestellten Anträgen zur Kreisgeneralsversammlung. Nach heftiger Diskussion wurde folgender Antrag gegen 6 Stimmen angenommen:

Der Parteivorstand hat sich mit seinen Maßnahmen gegen den „Vorwärts“ und gegen das Duisburger Parteiblatt über die ihm durch das Statut gesetzten Schranken hinweggesetzt. Wir fordern die Parteigenossen auf, sich dadurch nicht provozieren zu lassen, sondern ihre Pflicht gegen die Organisation nach wie vor zu erfüllen.

Die Kreisgeneralsversammlung und die Verbandsgeneralsversammlung haben jedoch ernsthaft die Frage zu prüfen, ob sie nach dem Organisationsstatut noch berechtigt sind, an diesen Parteivorstand irgendwelche Gelder abzuführen.

Jum Punkt Verabschiedet wurde noch folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Charlottenburg erklärt sich mit der Haltung des Parteigenossen Karl Liebknecht einverstanden und fordert die Kreisgeneralsversammlung auf, dem Genossen Liebknecht vollste Sympathie auszusprechen und alle verfügbaren Mittel in Anwendung zu bringen, um die Aufhebung der Haft des Genossen Liebknecht zu erlangen.

Berichtigung. Zu dem Bericht über die Reutlinger Generalversammlung erhalten wir folgende Richtigstellung: Es darf nicht heißen: Für die zukünftige Haltung des Wahlkreisesvorstandes wurde vom Vorstand der Versammlung nachfolgende Resolution unterbreitet; sondern: Für die zukünftige Haltung des Wahlkreisesvorstandes usw. Da wir uns in der Generalversammlung nur mit örtlichen Angelegenheiten beschäftigten, fällt dieser Umstand sehr ins Gewicht.

Soziales.

Die Reisefloßen des polnischen Arbeiters. Vor kurzem berichteten wir über eine Gewerbegerichtsverhandlung, wo ein polnischer Arbeiter, der sechs Monate in den Städtischen Gaswerken gearbeitet hat, die Rückzahlung von 17 Mark forderte, die ihm in Wochenraten von je einer Mark zur Rückzahlung des von den Gaswerken ausgelegten Reisefloßes von Polen nach Berlin abgezogen worden sind. Nach dem mit dem Kläger und allen anderen für die Städtischen Gaswerke angenommenen polnischen Arbeitern ab-

geschlossenen Vertrag haben diese sich die Reisefloßen mit wöchentlich einer Mark vom Lohn abzuziehen zu lassen. Der Kläger, der weder lesen noch schreiben kann und den Vertrag mit drei Kreuzen unterschrieben hatte, behauptete, der Agent, welcher die Arbeiter in Lodz engagiert, habe ihnen die mündliche Zusicherung gegeben, daß ihnen das Reisefloß zurückgezahlt werde, wenn sie wenigstens drei Monate in der Arbeitsstelle verblieben. Das Gericht beschloß im vorigen Termin, über diese Behauptung Beweis zu erheben. Das geschah denn auch in dem neuen Termin am Mittwoch durch Vernehmung des Agenten Stephan, der als Angestellter einer Vermittlungsfirma die Arbeiter in Lodz für die Städtischen Gaswerke engagiert hat. Der Zeuge sagte, er habe den Vertrag allen Arbeitern deutlich vorgelesen, jede Frage, die an ihn gestellt wurde, klar beantwortet, aber keine Zusicherung, wie sie der Kläger angab, gemacht. — Der Kläger bemerkte hierauf, nicht der Zeuge, sondern ein anderer, ein junger Mann, habe die betreffende Zusicherung gegeben. — Aus den weiteren Verhandlungen ergab sich, daß der Zeuge eine Anzahl Schleppe an der Hand hatte, welche ihm in Lodz die Arbeiter zuführten. Es ist also sehr wohl möglich, daß diese Schleppe — die doch wohl vom Agenten Provision für ihre Dienste erhalten haben — durch unwahre Angaben über die Bezahlung des Reisefloßes unerfahrenen Arbeiter an sich gelockt haben. Was die Schleppe auch zugesichert haben mögen, für den Agenten und seine Auftraggeber war das nach Ansicht des Gerichts nicht verbindlich. Für sie galt nur der von den Arbeitern unterzeichnete Vertrag. — Der Kläger war anderer Ansicht, er war deshalb zur Zurücknahme der ausstehenden Marke nicht zu bewegen und wurde demzufolge vom Gericht abgewiesen.

Gerichtszeitung.

Böse Folge der Kurpfuscherei.

Der 77 Jahre alte „Naturheilkundige“ Eduard Schulz wurde gestern aus der Krankenabteilung des Untersuchungsgefängnisses der 1. Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt, um sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten.

Der Angeklagte, ein ehemaliger Klempner, beschäftigt sich seit längerer Zeit mit der Ausübung der Heilkunst. Seine Hilfe nahm am 11. Oktober 1913 die Frau des Wäldermeisters Paul in Schönberg in Anspruch als ihr 35jähriger Sohn Günther erkrankte. Ihre Besorgnis, daß das Kind an Diphtherie erkrankt sei, suchte der Angeklagte, ohne eine Untersuchung anzustellen, für hinfällig zu erklären und sagte ihr: „Nehmen Sie keinen Arzt; durch meine Mittel geht die Krankheit durch den Stuhl weg.“ Der Angeklagte behandelte dann das Kind mit homöopathischen Lösungen in dreifacher Potenz, in welchen Acetum, Depur. sulfuris, Quercus-filbercyanal, Salpeterjoure und Hübner enthalten war. Die Verdünnung dieser Mittel war so stark, daß sie nach dem Gutachten des Prof. Dr. Jundod als völlig indifferent bezichnet werden mußten und die Bestandteile in der angewandten Lösung überhaupt nicht nachweisbar waren, so daß eine Wirkung völlig ausgeschlossen war. Das Kind wurde kränker und kam auf Anordnung des am 16. Oktober herbeigerufenen Arztes Dr. Vöttger in das Krankenhaus, wo schwere festsitzende Erscheinungen im Anschluß an Diphtherie festgestellt wurden. Im Krankenhaus ist das Kind trotz sorgfältiger ärztlicher Behandlung an den Folgen der Erscheinungen der Diphtherie am 25. Oktober verstorben. — Da nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen das Kind mit der größten Wahrscheinlichkeit gerettet worden wäre, wenn rechtzeitig Serumbehandlung durch einen Arzt stattgefunden hätte, hatte das Schöffengericht den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt und ihn sofort in Untersuchungshaft genommen. — Gegen das Urteil war Berufung eingelegt worden. Rechtsanwält Dr. Harry Vincus machte in der zweiten Instanz für den Angeklagten geltend, daß der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Verhalten des Angeklagten und dem Tode des Kindes doch nicht ganz zweifelsfrei festzustellen sei, da sich doch nicht sagen lasse, ob das Kind nicht trotz einer Serumbehandlung dennoch an Diphtherie gestorben sein würde. Jedenfalls erweise die Strafe zu hoch, denn der Angeklagte stehe in sehr hohem Alter, auch müsse strafmildernd in Betracht gezogen werden, daß er selbst an die Heilkraft seiner Mittel felsenfest glaube. — Staatsanwalt Haffner Jacob hielt die erkannte Strafe keineswegs für zu hoch, da es ein bodenloses Leichtsinns des Angeklagten sei, wenn er sich ohne jede Untersuchung an die Behandlung mit diphtherieerregenden Kindes mache und die Behandlung mit Diphtherieserum gänzlich ausschalte. — Das Gericht ermäßigte die Strafe auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, wobei einerseits das hohe Alter des Angeklagten, andererseits berücksichtigt wurde, daß es schon eine grobe Fahrlässigkeit darstelle, wenn ein Mann, der dazu gar nicht befähigt sei, eine solche Kur übernehme.

Schuld statt Militärlieferung.

Die Frage, ob auch Unterlieferanten oder nur Großunternehmer wegen Nichterledigung von Militärlieferungen nach § 329 St.G.B. zu bestrafen sind, unterlag am Dienstag der Nachprüfung des Reichsgerichts.

Wegen Vergehens gegen § 329 St.G.B. (Nichterledigung der vorgeschriebenen Militärlieferung während des Krieges) hat das Landgericht Berlin I am 8. Oktober v. J. den Kaufmann Hermann Vetter zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis, den Schneider Emil Vetter wegen desselben Vergehens zu 6 Monaten und den Zuschneider Franz John wegen Beihilfe zu dem Vergehen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte L. ist kaufmännischer Leiter der Firma Viersfeld & W. Diese hatte von einer größeren Firma, die vom Vorkriegsamt des 4. Armee-Korps in Magdeburg eine größere Heereslieferung an Infanterieröcken erhalten hatte, den Auftrag zur Anfertigung solcher Röcke bekommen. L. übertrug die Arbeiten dem Schneider V. und dem Zuschneider J. Inoff dieser Röcke waren aber dermaßen unvorschriftsmäßig und schundmäßig gearbeitet, daß die Militärverwaltung deren Annahme verweigerte. Die übertragene Lieferung war also nicht ausgeführt, worin das Vergehen gegen § 329 St.G.B. lag. Gegen das Urteil hatten nur die Angeklagten L. und V. Revision eingelegt, in der geltend gemacht wurde, von einer Heereslieferung im Sinne des § 329 St.G.B. könne im vorliegenden Falle nicht die Rede sein; denn von dieser Gesetzesbestimmung würden nur die Großlieferanten betroffen, nicht aber deren Unterlieferanten, die kleinen Arbeiter, die nur für die eigentlichen Lieferanten die mechanischen Arbeiten auszuführen haben. Der Angeklagte L. der erit von einer anderen Firma einen Teil des eigentlichen Heeresauftrages erhalten habe, sei zu Unrecht als Lieferant angesehen worden; desgleichen insbesondere der Angeklagte V., der von L. nur aus Gefälligkeit beschäftigt worden sei. Das Reichsgericht verurteilte die Entschädigung auf den 20. Juni.

Parteiveranstaltungen.

Adeniat. Mitgliederversammlung des Wahlvereins, Montag, den 5. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal von Nied. Gehnauer Str. 7. Stellungnahme zur Kreisgeneralsversammlung und Wahl der Delegierten.

Jugendveranstaltungen.

Pankow-Niederhöndhausen. Donnerstag, den 1. Juni: Spiele im Freien bei Sektoren, Niederhöndhausen, Lindenstraße. Treffpunkt: 2 Uhr, Bahnhof Pankow-Nordbahn. Gäste willkommen. — Sonnabend, den 3. Juni: Abendwanderung über Libau nach Reinsdorf, Kolonial, Abendbrot und Instrumentalmusik mitzubringen. Treffpunkt: 7 Uhr im Nordend am Stragenbahnhof.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Anfangs noch kühl und etwas trübe, besonders im städtischen Gebiete leichte Regenfälle; später von West nach Ost fortschreitende Aufhellung und Erwärmung.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Brunnenstraße 185
Aktiva.

BILANZ am 31. Dezember 1915.

Brunnenstraße 185
Passiva.

Inventorykonto	Dr.	Hr.
Wäschlein, Werkstoff- und Laben- einrichtungen laut Bilanz 1914	1607,16	
Zugang	1468,75	
	3075,91	
ab Abschreibung		1,-
Einrichtungskonto		
Verkaufte Veränderungen ufm. laut Bilanz vom 31. Dezember 1914	1215,04	
Zugang	462,85	
	1677,89	
ab Abschreibung		1,-
Warekonto		
Wareneinführung		87123,51
Kontokorrentkonto (Debitoren)		
Kaufhändler		12855,55
Kassakonto		
Vorbestand		459,40
Baukonto		
Guthaben bei der Dresdner Bank		40253,60
Kautionskonto		
Kaution für Gas und Elektrizität		870,-
Anteilkonto		
Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (Stammanteil)		272,95

Mitglieder-Guthabekonto	Dr.	Hr.
Mitglieder-Darlehenskonto		27956,-
Darlehne der Mitglieder inklusive 4% Zinsen		38450,30
Kontokorrentkonto (Kreditoren)		
Schulden		38769,87
Dividendenkonto		
Nicht abgehobene Dividenden		1493,59
Reservefondskonto		
laut Bilanz vom 31. Dez. 1914	15610,91	
zugänglich aus Gewinnverteilung 1914	100,-	15710,91
Dispositionfondskonto		
laut Bilanz vom 31. Dezember 1914	12503,08	
zugänglich aus Gewinnverteilung 1914	55,34	12558,42
zugänglich Rückzahlung auf Darlehne	210,40	12768,77
Gewinn- und Verlustkonto		
Reingewinn		11277,87

Summa 141967,81

Mitgliederzahl am 1. Januar 1915 . . . 143
Neu eingetretene . . . 4
Summa 147

Kausgeschleiden freiwillig
durch Tod . . . 15
Summa 16

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1915 . . . 131

Die Mitglieder-Guthaben verringerten sich im Jahre 1915 um 2315 M. Die Guthabensumme, für welche alle
Genossen zusammen am 31. Dezember 1915 aufzukommen haben, beträgt 20200 M. Diefelbe hat sich im Geschäftsjahr
1915 um 2400 M. vermindert. 103/8

Berlin, den 1. Juni 1915.

„Hoffnung“ Berliner Schneiderei-Genossenschaft
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Aufsichtsrat: H. Menzel.
Der Vorstand: E. Becker, J. Apel, H. Stobbe, G. Gebauer.

7. Preussisch-Süddeutsche (283. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 22.ziehungstag 31. Mai 1915 Donnerstag

Hinf jede gezogenen Nummer hat zwei gleich hohe
Gewinne erhalten, und zwar je einer auf die Vorse
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr K. St. W. f. S.) (Wochdruck verboten)

88 136 237 (500) 307 (500) 451 (500) 587 709 835 987 87
1171 207 600 (500) 60 200 100 314 (500) 457 520 (3000) 807
2025 (500) 129 446 82 (500) 352 531 718 (500) 869 983 28 (1000)
4161 (3000) 87 493 828 61 811 87 (5000) 87 806 806 82 02
118 (500) 613 87 (500) 825 781 85 195 988 85 8212 331 87 419
867 79 743 986 7310 82 329 33 496 876 955 47 8027 75 170
211 18 42 85 600 828 953 6355 479 628 658 (500) 820 958
(500) 18 85
10193 488 727 11242 418 32 38 616 877 29 (500) 905 12918
458 92 805 13100 (3000) 323 61 417 63 834 830 948 98 14038
62 607 40 49 960 16087 87 284 303 82 534 504 75 718 51 (1000)
892 18123 719 801 29 66 983 17166 85 280 301 99 495 664
501 781 (1000) 846 18164 597 857 (1000) 124 631 10126 20
207 342 400 629 84 283 (500) 948 61 (1000)
20010 249 (500) 64 401 20 602 85 (500) 729 (1000) 41 928
62 21094 291 307 (1000) 518 908 22707 805 442 636 (1000)
48 63 719 23053 78 138 (500) 45 215 742 803 938 24016 66
77 189 219 339 85 606 88 778 845 71 25129 333 721 (1000)
79 892 978 78 (3000) 28196 357 89 902 27145 330 390 500
404 646 784 28138 73 207 10 384 878 802 26 861 28048
184 299 324 78 (1000) 438 48 817 897 928
80028 80 58 822 988 31017 86 109 88 353 581 763 513
917 29071 108 418 130 612 710 912 33153 (500) 339 402 23
653 720 50 797 34108 101 7 203 59 418 507 602 85 336 901
35297 495 377 75 901 65 38070 314 71 413 843 742 46 (5000)
823 87 99 87112 (500) 271 316 431 874 616 (3000) 765 (500)
38141 225 323 82 613 (500) 730 26 (500) 81 982 33025 470
753 82 803 92
40044 74 79 485 888701 418137 375 400 617 801 5 (1000) 14
70 916 466 2703 187 288 343 418 541 721 (500) 53 85 84 829
43189 321 870 889 44148 803 918 45027 123 318 61 429
91 607 (3000) 89 713 54 77 879 80 990 94 48048 100 298 48
(500) 288 948 (3000) 928 42 47108 87 70 243 46 735 303 (1000)
51 48048 327 47 876 81 (1000) 689 108 58 35 40 (500)
86 918 62 83 48010 93 180 223 83 440 771 (500) 280 68 92 2
40 84 90
80914 98 429 573 638 80 873 89 81147 89 348 313 82 444
504 20 63 (1000) 612 41 784 82030 46 101 321 413 853 716
953 53043 49 810 20 487 628 44 80 (1000) 79 54 018 (1000)
79 111 202 72 69 333 83 483 (500) 628 878 (500) 793 819
85083 207 812 790 804 28 82 80023 308 807 430 841 801
80007 87 809 279 (1000) 97 400 31 559 712 900 88181
(1000) 71 428 84 817 35 40 (3000) 748 942 48 89182 (500)
250 338 423 601 912
80011 58 183 204 (3000) 338 405 731 48 87 804 85 (500)
821 (1000) 89 17001 81064 (500) 173 271 327 28 29 430
82007 283 318 494 898 84 (500) 728 83187 377 428 671 760 911
(1000) 64 84088 140 30 411 17 20 712 242 (500) 80 918 81
85014 144 336 46 841 (1000) 469 820 (1000) 32 61 718 839 829
86281 389 59 425 (1000) 918 87119 82 280 71 808 847 84
888 988 88281 483 (3000) 80320 748 89144 99 733 61 821 67
808 89
70001 99 276 618 618 828 88 78 808 71010 71 (500) 178
292 (1000) 89 98 813 888 72028 (500) 473 910 (3000) 73033 73
191 274 407 (3000) 74 844 844 58 716 84 74203 87 807 413
878 78078 146 332 432 501 798 812 31 84 78300 448 81
61 636 774 77055 221 384 407 33 (1000) 509 94 682 812 80
84 78063 181 81 204 308 58 840 712 902 79038 120 (1000)
70 83 232 404 (1000) 500 618 40 503 917 81
80090 108 88 308 38 328513 870 717 81170 200 62 (500) 303
72 888 528 (500) 779 937 82082 (500) 93 819 4 810 828 728
825 83107 923 82 828 734 823 78 (500) 84508 589 63 827
86 842 85089 79 863 828 620 84 825 81 501 47 (1000) 40
88086 58 172 348 73 450 251 948 89 87088 119 77 873 892
492 (1000) 813 26 771 22 828 95 88041 83 112 (500) 18 277
639 781 806 89269 (3000) 873 489 895 (1000) 610 641
87 89 (500) 950
80006 (500) 79 (500) 138 83 87 (1000) 378 85 429 80 851
613 91081 80 273 313 82 (500) 91 (1000) 442 627 733 834 84
80 82000 266 794 96 821 (500) 83000 480 812 837 84028
86 289 378 478 58 (500) 872 671 728 81 85008 50 104 12 86
433 (500) 641 (1000) 717 810 48 77 89325 729 804 87090 182
84 208 43 (1000) 336 480 (500) 896 742 89022 (500) 188 73
282 361 491 836 923 89110 500 889 870 751 72 941
100244 421 635 58 580 94 (500) 707 83 101231 (1000) 583
877 850 102041 494 488 589 910 103070 (1000) 181 876 728
73 881 (500) 103080 (3000) 150 85 232 396 448 80 819 20 82
87 98 103011 118 21 207 18 38 84 608 874 106307 37 95
485 879 107233 333 (500) 73 410 61 (500) 589 (500) 78 88
907 88 108070 880 401 38 384 73 827 714 59 988 924 70
108946 408 89 823 79 (1000) 809 14
110093 303 458 812 890 818 23 74 (1000) 952 70 11187
710 63 61 961 112074 328 428 (1000) 89 79 621 11328 87

7. Preussisch-Süddeutsche (283. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 22.ziehungstag 31. Mai 1915 Donnerstag

Hinf jede gezogenen Nummer hat zwei gleich hohe
Gewinne erhalten, und zwar je einer auf die Vorse
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr K. St. W. f. S.) (Wochdruck verboten)

88 136 237 (500) 307 (500) 451 (500) 587 709 835 987 87
1171 207 600 (500) 60 200 100 314 (500) 457 520 (3000) 807
2025 (500) 129 446 82 (500) 352 531 718 (500) 869 983 28 (1000)
4161 (3000) 87 493 828 61 811 87 (5000) 87 806 806 82 02
118 (500) 613 87 (500) 825 781 85 195 988 85 8212 331 87 419
867 79 743 986 7310 82 329 33 496 876 955 47 8027 75 170
211 18 42 85 600 828 953 6355 479 628 658 (500) 820 958
(500) 18 85
10193 488 727 11242 418 32 38 616 877 29 (500) 905 12918
458 92 805 13100 (3000) 323 61 417 63 834 830 948 98 14038
62 607 40 49 960 16087 87 284 303 82 534 504 75 718 51 (1000)
892 18123 719 801 29 66 983 17166 85 280 301 99 495 664
501 781 (1000) 846 18164 597 857 (1000) 124 631 10126 20
207 342 400 629 84 283 (500) 948 61 (1000)
20010 249 (500) 64 401 20 602 85 (500) 729 (1000) 41 928
62 21094 291 307 (1000) 518 908 22707 805 442 636 (1000)
48 63 719 23053 78 138 (500) 45 215 742 803 938 24016 66
77 189 219 339 85 606 88 778 845 71 25129 333 721 (1000)
79 892 978 78 (3000) 28196 357 89 902 27145 330 390 500
404 646 784 28138 73 207 10 384 878 802 26 861 28048
184 299 324 78 (1000) 438 48 817 897 928
80028 80 58 822 988 31017 86 109 88 353 581 763 513
917 29071 108 418 130 612 710 912 33153 (500) 339 402 23
653 720 50 797 34108 101 7 203 59 418 507 602 85 336 901
35297 495 377 75 901 65 38070 314 71 413 843 742 46 (5000)
823 87 99 87112 (500) 271 316 431 874 616 (3000) 765 (500)
38141 225 323 82 613 (500) 730 26 (500) 81 982 33025 470
753 82 803 92
40044 74 79 485 888701 418137 375 400 617 801 5 (1000) 14
70 916 466 2703 187 288 343 418 541 721 (500) 53 85 84 829
43189 321 870 889 44148 803 918 45027 123 318 61 429
91 607 (3000) 89 713 54 77 879 80 990 94 48048 100 298 48
(500) 288 948 (3000) 928 42 47108 87 70 243 46 735 303 (1000)
51 48048 327 47 876 81 (1000) 689 108 58 35 40 (500)
86 918 62 83 48010 93 180 223 83 440 771 (500) 280 68 92 2
40 84 90
80914 98 429 573 638 80 873 89 81147 89 348 313 82 444
504 20 63 (1000) 612 41 784 82030 46 101 321 413 853 716
953 53043 49 810 20 487 628 44 80 (1000) 79 54 018 (1000)
79 111 202 72 69 333 83 483 (500) 628 878 (500) 793 819
85083 207 812 790 804 28 82 80023 308 807 430 841 801
80007 87 809 279 (1000) 97 400 31 559 712 900 88181
(1000) 71 428 84 817 35 40 (3000) 748 942 48 89182 (500)
250 338 423 601 912
80011 58 183 204 (3000) 338 405 731 48 87 804 85 (500)
821 (1000) 89 17001 81064 (500) 173 271 327 28 29 430
82007 283 318 494 898 84 (500) 728 83187 377 428 671 760 911
(1000) 64 84088 140 30 411 17 20 712 242 (500) 80 918 81
85014 144 336 46 841 (1000) 469 820 (1000) 32 61 718 839 829
86281 389 59 425 (1000) 918 87119 82 280 71 808 847 84
888 988 88281 483 (3000) 80320 748 89144 99 733 61 821 67
808 89
70001 99 276 618 618 828 88 78 808 71010 71 (500) 178
292 (1000) 89 98 813 888 72028 (500) 473 910 (3000) 73033 73
191 274 407 (3000) 74 844 844 58 716 84 74203 87 807 413
878 78078 146 332 432 501 798 812 31 84 78300 448 81
61 636 774 77055 221 384 407 33 (1000) 509 94 682 812 80
84 78063 181 81 204 308 58 840 712 902 79038 120 (1000)
70 83 232 404 (1000) 500 618 40 503 917 81
80090 108 88 308 38 328513 870 717 81170 200 62 (500) 303
72 888 528 (500) 779 937 82082 (500) 93 819 4 810 828 728
825 83107 923 82 828 734 823 78 (500) 84508 589 63 827
86 842 85089 79 863 828 620 84 825 81 501 47 (1000) 40
88086 58 172 348 73 450 251 948 89 87088 119 77 873 892
492 (1000) 813 26 771 22 828 95 88041 83 112 (500) 18 277
639 781 806 89269 (3000) 873 489 895 (1000) 610 641
87 89 (500) 950
80006 (500) 79 (500) 138 83 87 (1000) 378 85 429 80 851
613 91081 80 273 313 82 (500) 91 (1000) 442 627 733 834 84
80 82000 266 794 96 821 (500) 83000 480 812 837 84028
86 289 378 478 58 (500) 872 671 728 81 85008 50